
Beetz, Stephan / Walter, Katrin

**Milieuanalyse
Bündnis 90 / Die Grünen
in Brandenburg**

Eine Studie im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Lindenstraße 53

14467 Potsdam

Potsdam 2004

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	4
1	Problemstellung	5
2	Empirisches Vorgehen	6
3	Motivation für Engagement	9
	3.1 Milieuzugehörigkeit	9
	3.2 Generationenbezug	11
	3.3 Dauer der Zugehörigkeit	12
	3.3.1 Alte Grüne	12
	3.3.2 Neue Grüne	13
	3.4 Bruch oder Aufbruch	16
4	Netzwerke	18
	4.1 Ausdifferenzierung und Neustrukturierung von Grünen Milieus	18
	4.1.1 Phasen der Milieuentwicklung	18
	4.1.2 Typen lokaler Grüner Milieus	20
	4.2 Struktur der Basisgruppen als lokale Netzwerke der Grünen	21
	4.3 Auswirkungen der geringen Mitglieder- und Engagiertenzahl	24
5	Kontakte in der Region	27
	5.1 Kontakte zu Vereinen und Einrichtungen	27
	5.1.1 Kontakte zu Naturschutz- und Umweltverbänden	27
	5.1.2 Kontakte zur Wirtschaft	28
	5.1.3 Kontakte zu Kirchen	29
	5.1.4 Kontakte zu Hochschulen und zur Kultur	29
	5.1.5 Kontakte zu Bürgerinitiativen	30
	5.2 Fraktionsbildungen	31
	5.3 Übergänge des Engagements	32

6	Regionale und überregionale Parteistrukturen	35
6.1	Vernetzungen auf den Parteebenen	35
6.1.1	Kreisverbände	35
6.1.2	Landespartei	36
6.1.3	Bundespartei	39
6.1.4	Heinrich-Böll-Stiftung	40
6.2	Parteienverständnis	40
7	Themen	44
7.1	Themenschwerpunkte	44
7.1.1	Bildung und Kultur	44
7.1.2	Bürgerbeteiligung	45
7.1.3	Wirtschafts- und Regionalpolitik	46
7.1.4	Ökologie	47
7.1.5	Frieden, Geschlechterdemokratie, Menschenrechte	49
7.1.6	Soziale Gerechtigkeit	50
7.2	Profilierungsmöglichkeiten grüner Themen	51
7.3	Themen als Ausdruck einer Wert- und Lebenshaltung	53
8	Konkurrenz um Wählerstimmen	55
8.1	Verhältnis zu etablierten Parteien	55
8.1.1	Verhältnis zur PDS	55
8.1.2	Verhältnis zur CDU	56
8.1.3	Verhältnis zur SPD	57
8.1.4	Verhältnis zur FDP	57
8.2	Verhältnis zu Wählerbündnissen	57
8.3	Wahrnehmung der Grünen in der Öffentlichkeit	58
9	Wahlverhalten	61
9.1	Wahlchancen	61
9.2	Milieubildung und Wahlentscheidung	63
	Literatur	

Vorwort

Ein längerer intensiver Diskussionsprozess in der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg führte dazu, das Grüne Milieu im Land Brandenburg genauer untersuchen zu lassen. Fast fünfzehn Jahre nach der Wende von 1989 hat dieses Milieu eine Entwicklung genommen, die mit nicht wenigen Brüchen und Neuanfängen verbunden ist.

Mit der nun vorliegenden Untersuchung wird eine detaillierte Analyse der Situation des Grünen Milieus im Land Brandenburg vor allem auf lokaler Ebene geleistet. Darüber hinaus wird sie sicherlich die Diskussion in der politischen Bildung beleben und Auswirkungen auf die Arbeit nicht nur der grünen Partei haben. Im Rahmen der Untersuchung ermöglichten mehrmalige Treffen mit Vertretern der brandenburgischen Landes- und der Bundesstiftung sowie der Grünen Partei in Brandenburg eine Rückkopplung der Zwischenergebnisse und die Anregung weiterer Fragen. Für alle an der politischen Entwicklung Brandenburgs Interessierten gibt die Studie einen fundierten Einblick in die Erfahrungen, Probleme und Ziele von Menschen, die an „grünen“ Werten einer lebenswerten Umwelt interessiert sind.

Gedankt sei allen Personen, die an dieser Studie mitgewirkt haben.

Der Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Potsdam, August 2004

1 Problemstellung

Politisches Handeln bedarf außerhalb des politischen Systems eines lebensweltlichen Zusammenhanges. Die Transformation der politischen Institutionen in Ostdeutschland ist von einer ausbleibenden Legitimität und zivilgesellschaftlichen Lücke gekennzeichnet. Geradezu symptomatisch für diesen Zustand ist die Entwicklung der letzten zehn Jahre für Bündnis 90 / Die Grünen, die sich als politische Partei in Brandenburg – ähnlich wie in den anderen ostdeutschen Ländern - kaum etablieren können. Für die Ursachen gibt es verschiedene Argumentationen:

1. Die innerparteilichen Strukturen besitzen eine starke "Westlastigkeit", ostdeutsche Bürgerrechtler sind noch mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beschäftigt. Die meisten ostdeutschen Oppositionellen der Wendezeit haben sich in segmentierte und private Nischen zurückgezogen.
2. Im Osten werden Bündnis 90 / Die Grünen nicht als dritte Kraft und Bürgerbewegung wahrgenommen, diese Rolle kommt eher der PDS zu. Die PDS hat es verstanden, eine Reihe von Themen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zu besetzen: Menschenrechte, Frieden, Soziale Gerechtigkeit.
3. Während im Westen ein Grünes Milieu existiert, besteht ein solches nur rudimentär im Osten. Das westdeutsche Grüne Milieu hat sich in sozialen Netzwerken stabilisiert, symbolisiert die Erfahrungen einer Generation (der so genannten 68er) und hat sich in Verwaltungen, im Bildungssystem, in der Wissenschaft und Kunst fest etabliert. Im Osten dominieren dagegen die Brüche und Fragmentierungen in den Milieus.

Die vorliegende Studie will sich vor allem mit dem Milieuzusammenhang der Brandenburger Grünen auseinandersetzen, um Problemlagen, Potentiale und Mobilisierungschancen zu eruieren. Das Milieukonzept ist in der Sozialforschung entwickelt worden, um die bisherigen sozialen Großgruppen wie Klassen oder Schichten feiner differenzieren zu können. Die Studie ging davon aus, dass für Bündnis 90 / Die Grünen eine in lebensweltliche Zusammenhänge eingebettete Kommunikation für Wahlentscheidungen eine mindestens ebenso große Rolle wie medial und öffentlich vermittelte Informationen spielt.

Die meisten Analysen zur Situation von Bündnis 90 / Die Grünen in Ostdeutschland behandeln die Landesebene und die sich dort vollziehenden politischen Entwicklungen. Sie fokussieren auf Themen und Personen, die auf dieser Ebene vorhanden sind. Die vorliegende Studie behandelt in erster Linie die lokale Ebene, die oftmals als das Rückrat der Partei bezeichnet wird, weil auf ihr die meisten Mitglieder und Sympathisanten organisiert sind. Dadurch ergeben sich andere Perspektiven auf eine wichtige Schnittstelle zwischen Partei und einem Milieu, das die (potentielle) Wählerschaft der Partei bildet. Damit schließt die Untersuchung eine Lücke in der Diskussion um Rahmenbedingungen und Einflussmöglichkeiten politischen Handelns.

2. Empirisches Vorgehen

In den letzten Jahren entwickelte sich eine Theorie von Milieus, die damit lokalisierbare "Wertegemeinschaften", kulturelle Besonderheiten und Gruppenzugehörigkeiten abbildet. Wahlentscheidungen finden in einem bestimmten, sozialräumlich definierten Kontext statt. Die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Gruppen erzeugt politisch ein weitgehend homogenes Verhalten, was insbesondere beim Wahlverhalten nachgewiesen wird. Auch Änderungen des Wahlverhaltens eines Individuums erfolgen weitgehend in Richtung auf die politische Prädisposition des sozialen Umfeldes (Lazarsfeld 1967). Die Übereinstimmung von Individuen in ihren Lebensstilen, politischen Wertorientierungen und sozialstrukturellen Merkmalen definiert die Ähnlichkeit sozialer Milieus (Müller-Rommel / Poguntke 1991: 182).

Hinsichtlich der Träger des Grünen Milieus (trotz des grammatischen Geschlechts sind im Folgenden stets Männer und Frauen eingeschlossen) lassen sich die folgenden Gruppen unterscheiden:

Aktivisten	Repräsentanten der Partei, Wahlkandidaten, besetzen Schnittstellen zur Landes- und Bundespolitik
-------------------	--

Mitglieder	organisierte Milieugehörige, besetzen Schnittstellen auf lokaler und lebensweltlicher Ebene, engagieren sich bei Aktivitäten/Kampagnen
-------------------	--

Anhänger	gefestigte Wahlpräferenz, vermitteln grüne Ideen in eine breitere Wählerschicht
-----------------	---

Ausgangspunkt der Studie war eine Analyse der Kommunalwahlen (Gusy 2004), eigene Recherchen zu Wahlergebnissen von Bündnis 90 / Die Grünen und Informationen über die Situation der Grünen in Brandenburg. Auf dieser Grundlage wurden sechs Gemeinden ausgewählt, in denen die Grünen Milieus untersucht wurden. Die Vorgehensweise war – um stärkere Einblicke in soziale Zusammenhänge zu bekommen – als Fallstudie angelegt. Dazu erfolgte ein kontrastierendes Verfahren zwischen Gemeinden, das heißt, es wurden nach bestimmten Kriterien ausgewählte Fälle analysiert: die Suche nach "grünen Inseln". Die Gemeinden unterscheiden sich hinsichtlich der Bevölkerungsstruktur, der Größe, der regionalen Zentralität, den Wahlergebnissen und der Zeitdauer bestehender grüner Organisationsstrukturen.

Fall A

Bei Fall A handelt es sich um eine altindustriell geprägte größere Stadt, die enorm unter dem Strukturwandel der 1990er Jahre leidet. Das vorherrschende soziale Milieu der (ehemaligen) Industriearbeiter, aber auch der technischen Intelligenz zählt nicht zum klassischen Wählerkreis der Grünen.

In der Stadt besteht eine sehr starke CDU, eine relativ schwache PDS und eine relativ starke FDP und mehrere – vor allem ortsteilbezogene - Bürgerinitiativen.

Die Wahlergebnisse der Grünen liegen hier unter dem Brandenburger Durchschnitt und sind ähnlich wie in den anderen Stadtkreisen – sogar weiter rückläufig. In den vergangenen zwei Jahren vollzog sich ein deutlicher Wechsel im Kreisverband hinsichtlich der Mitgliedschaft, so dass zu der Gruppe langjährig Aktiver neue hinzugekommen sind.

Fall B

Die von Berlin entfernte größere Stadt besitzt große wirtschaftliche Strukturprobleme, auch wenn mit der Universität und den Landesverwaltungen neue Arbeitsplätze entstanden sind. In einem dominierenden Industrieland nehmen Studierende und das grünennahe Milieu einen relativ kleinen sozialen Raum ein.

Es existieren sehr starke PDS und CDU-Fraktionen und verschiedene Wählergruppen. Massive Einbrüche bei den Ergebnissen der letzten Kommunalwahlen gab es bei der SPD.

Die Wahlergebnisse der Grünen liegen hier gleichbleibend über dem Brandenburger Durchschnitt. Der Kreisverband ist relativ stabil und geprägt durch eine Gruppe von langjährigen Grünenmitgliedern, die im Wesentlichen einer Generation angehören (35 bis 50 Jahre) und aus der Bürgerbewegung kommen.

Fall C

Fall C ist eine Großgemeinde mit ca. 5.000 EW, die im engeren Verflechtungsraum liegt und in den letzten Jahren einen starken Zuzug aufweist. Die Stadt ist vom Abbau von politischen Verwaltungen und militärischen Einrichtungen betroffen, erlangte aber als Wohnstandort eine zunehmende Bedeutung. Zwischen den bereits lange ansässigen Bewohnern und Zugezogenen bestehen starke politische und kulturelle Spannungen.

Im Fall C existieren eine sehr starke PDS-Fraktion, mehrere ortsteilbezogene Wählerinitiativen und ein Wirtschaftsbündnis.

Während im Landkreis die Grünen kommunalpolitisch bereits sehr kontinuierlich arbeiten, sind sie bei den Gemeinderatswahlen erstmalig 2003 aufgestellt und erreichten durchschnittliche Erfolge. Die Gruppe der Grünen besteht ausschließlich aus Zugezogenen.

Fall D

Die periphere Gemeinde umfasst mehrere Ortsteile mit insgesamt 8.000 Einwohnern. Die Siedlungen stellen eigenwillige Mischform von Dörfern und Industriesiedlungen dar. Die Bevölkerung verkörpert ein sehr bodenständiges Arbeitermilieu. Der Umbruch aus der monostrukturellen Braunkohleindustrie führte zu enormer Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Jugendlichen.

In der Gemeindevertretung dominiert eindeutig die CDU vor den etwa gleich starken Parteifraktionen der PDS, SPD und einer Unabhängigen Wählerinitiative.

Die Grünen sind seit der Wende in der Gemeindeversammlung und erzielten dort überdurchschnittliche Ergebnisse. Es handelt sich ausschließlich um langjährige Mitglieder bzw. Sympathisanten der Grünen.

Fall E

Der Fall E ist eine Landstadt von etwa 10.000 Einwohnern mit deutlichen Funktionsverlusten nach der Wende. Sie liegt in vergleichsweise mittlerer Entfernung zu Berlin und ist durch ein sehr ländliches, teilweise touristisch erschlossenes Umland geprägt.

In der Gemeinde gibt es relativ gleich starke Parteifraktionen der CDU, PDS, SPD und eine starke Wählerinitiative mit 20% Stimmenanteil bei den letzten Kommunalwahlen.

Die Grünen sind zur Kommunalwahl erstmals angetreten und haben einen Platz in der Gemeindeversammlung errungen, das Ergebnis lag leicht unter dem Brandenburger Durchschnitt.

Fall F

Die Umlandgemeinde im Süden von Berlin ist durch Zuzüge in den vergangenen Jahren sehr gewachsen. Die Einwohnerzahl der durchaus städtisch geprägten Gemeinde mit mehreren Ortsteilen liegt bei 20.000. Viele Einwohner pendeln nach Berlin, dabei handelt es sich überwiegend um besser qualifizierte Angestellte.

Der Gemeinderat von F. verfügt über zwei gleich starke SPD- und CDU-Fraktionen, eine deutlich schwächere PDS und mit jeweils 10% zwei relativ starke Wählerinitiativen.

Der neu gegründete Basisverband trat erstmals zu den vergangenen Kommunalwahlen an und errang einen Platz in der Gemeindevertretung mit einem durchschnittlichen Wahlergebnis. Auch die Umlandgemeinden haben z.T. sehr hohe Wahlergebnisse bei den Grünen.

Das methodische Vorgehen bestand darin, 24 leitfadengestützte Interviews mit Aktivisten, Mitgliedern und Anhängern in den ausgewählten Gemeinden zu führen. Das erfordert eine etwa einstündige mündliche Befragung in ausgewählten Gemeinden, um Aufschluss über Milieubesonderheiten zu bekommen. Ausgehend von den Aktivisten wurden gezielt Mitglieder und Nichtmitglieder aus dem Umfeld der Partei angesprochen, die sich in unterschiedlicher Weise bei Bündnis 90 / Die Grünen engagieren oder mit ihnen kooperieren. Bei der Auswahl wurde darauf Wert gelegt, nicht ein repräsentatives Sample zu erhalten, sondern die Vielfältigkeit des Spektrums zu erfassen, um die Besonderheiten des Milieus herausarbeiten zu können. Die aus der Auswertung der Interviews folgenden Ergebnisse beruhen auf einer methodischen Herangehensweise, bei der das empirische Material der Interviews nach den spezifischen Themenfeldern analysiert wurde, die im Wesentlichen der Gliederung entsprechen. Zur Dokumentation wurden prägnante Interviewausschnitte in die Studie übernommen.

Ausgewählte Merkmale der Interviewpartner

Fall	Int. Nr.	Aktivitätsbereich	Mitglied	Alter	Geschlecht
A	1	Umwelt/Natur	ja	45	m
			nein	40	w
	2	Grüne	ja	35	m
	3	Kirche	nein	50	m
	4	Grüne	ja	35	w
B	5	Grüne	nein	60	m
	1	Grüne	ja	40	M
	2	Umwelt/Natur	ja	45	m
	3	Grüne	ja	50	m
	4	Grüne	nein	20	m
C	5	Kunst/Kultur	nein	45	m
	1	Grüne	ja	50	m
	2	Grüne	nein	35	w
	3	Umwelt/Natur	nein	60	w
	4	Kunst/Kultur	nein	50	w
	5	Unternehmen	nein	45	w
D			nein	50	m
	1	Umwelt/Natur	nein	65	m
	2	Grüne	ja	55	m
	3	Grüne	nein	65	w
E	4	Grüne	nein	45	w
	1	Grüne	nein	50	m
F	2	Bürgerinitiative	nein	40	w
	1	Grüne	ja	40	m
	2	Grüne	nein	20	m

Eigene Darstellung

3 Motivation für Engagement

3.1 Milieuzugehörigkeit

Die interviewten Akteure gingen von einem abgrenzbaren grünen Milieu in Brandenburg aus. Ihre Einschätzungen stimmen im Wesentlichen mit den politikwissenschaftlichen Analysen überein: Das postmaterialistische Milieu ist in der Anhängerschaft der Grünen besonders stark vertreten (Stöss 1999: 26). Der Volltreffer in der Zielgruppe der Grünenwähler, der linksalternativ eingestellte Postmaterialist, der zu 39% den Grünen zugeneigt ist, zeigt sich im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung in Ostdeutschland nur schwach vertreten (Müller-Rommel/Poguntke 1991). Die materiell abgesicherten neuen Mittelschichten sind nur gering entwickelt. Eine weitere für den Westen typische Zielgruppe, die Frauen zwischen 35 und 44 Jahren, wird

im Osten kaum erreicht, sie wählen eher die PDS. Auch die sozialen Verlierer des Wendeprozesses, die Arbeitslosen, geben ihre Zustimmung eher SPD, PDS und rechten Parteien (ebd.).

Hinsichtlich der Lebensphase befinden sich die meisten befragten Grünen im Alter zwischen 35 und 50 Jahren mit im Haushalt wohnenden Kindern. Die Lebenssituation ist insgesamt durch eine relativ hohe berufliche wie familiäre Stabilität gekennzeichnet, sie verfügen z.B. über Wohneigentum bzw. komfortable Mietwohnungen. Ihr Engagement ist relativ stabil und es findet in Ergänzung zu den beruflichen und familiären Lebensbereichen statt. Die Zugehörigkeit zur (oberen) Mittelschicht zeigt sich in einem akademischen Abschluss und mittleren bis höheren Einkommen. Hinsichtlich ihrer Berufe handelt es sich vor allem um Ingenieure, Beamte, Hochschullehrer, Sozialpädagogen. Berufsgruppen wie Lehrer und Juristen sind kaum vertreten, die Ursache dürfte in einer zu DDR-Zeiten stärkeren Staatsbindung liegen. Ärzte sind in einigen Orten sehr aktiv, in anderen wurden sie eher als nichtgrün eingeschätzt.

Bei den Grünen sind viele Zugezogene, gut verdienend, jung, dynamisch, durchsetzungskräftig (F1)

Ein Lifestyle, der auf gewissen grünen Plakaten überkommt, schon so Öko-Yuppi, also Erfolgsorientierte, die auch ihre Kinder erfolgsorientiert erziehen, gleichzeitig moderne Erziehungsmethoden (A2)

In ihren Werthaltungen zeigen sie ein Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen und sind engagiert, weil sie mitgestalten wollen. Dabei werden unmittelbare Fragen der Lebensqualität mit solchen von globaler Tragweite verknüpft. Aus der sozioökonomischen Lage der Angehörigen des Grünen Milieus ergibt sich eine ganz wesentliche Folge: Die Grünen entsprechen zu wenig dem Lebensgefühl, das für breite Teile der Bevölkerung von existenziellen Sorgen und Unsicherheiten geprägt wird. Dadurch wird dieser Personenkreis auch viel weniger erreicht.

In den alten Bundesländern, die ganzen grünen Themen, erstmal sind sie ganz langsam gewachsen, und die Bevölkerung hat einen gewissen Wohlstand gehabt, wo man auch mal sagen kann, hier schränken wir uns ein, das machen wir mal nicht, aber in der DDR ist es ja doch so gewesen, dass man all das, was so an westlichen Standard war, erstmal kritiklos gewünscht hat, jedenfalls viele, im Grunde haben die Grünen von Anfang an versucht, da wieder was wegzunehmen, und das ist das Handicap, da jeder sagt, wenn ihr was gegen die Autos habt, jetzt will ich erst mal ein richtiges Auto, wenn ihr gegen Klärgruben wollt, ich hab ja nicht mal eine, jetzt muss ich erstmal mein Haus in Ordnung bringen, es sind so viele Sachen die extrem unbequem sind wenn die Grünen was sagen, das geht man erst ein, wenn man die Möglichkeit hat, etwas abzugeben, wenn ein gewisser Luxus da ist, in Bayern z.B., wenn da die Grünen was sagen, dann stoßen die nicht so auf Widerstand wie bei uns, das ist meine Theorie. (D4)

Das grüne Milieu wird vor allem in den Großstädten verortet, denn die Wahlanalysen der letzten Jahre zeigen, dass die Grünen insbesondere von der städtischen Bevölkerung gewählt werden. Bei den Zweitstimmenergebnissen erzielte Bündnis 90 / Die Grünen bei der Bundestagswahl 2002 in Ostdeutschland – gemessen an der Bevölkerungsdichte - nur in den urbaneren Gebieten höhere Werte: bis 90 EW/km² 3,4%; 91 bis 150 EW/km² 3,6%; 151 bis 400 EW/km² 4,0% und erst darüber 8,6% (nach Stöss 2002: 94). Doch zeigen die Ergebnisse im Land Brandenburg, dass der Stadt-Land-Gegensatz nicht ganz aufgeht: Nicht alle

kreisfreien Städte weisen überdurchschnittliche Wahlerfolge auf. Einige ländliche Regionen zeigen bessere Wahlergebnisse und politische Aktivitäten von Bündnis 90 / Die Grünen als die Großstädte, in anderen besitzen Bündnis 90 / Die Grünen überhaupt keine Bedeutung (Gusy 2004). So dämpfen die Befragten in den untersuchten kreisfreien Städten die Erwartungen an ein Grünes Milieu.

Wir merken das bei den Grünen, das soziale Milieu spielt eine große Rolle, deswegen haben wir schon dieses Gefälle zur Stadt, die meisten Anhänger sind in den Großstädten, ... selbst da ist schwierig so ein Milieu zu finden, dieses Potenzial haben wir nicht, im Osten ist es sowieso schwieriger (D2)

B. ist nicht eine Stadt mit breiteren aufgeschlossenen Schichten. Es existiert keine kritische Masse (B2)

Die sozialstrukturellen Voraussetzungen eines Grünen Milieus, von dem Bündnis 90 / Die Grünen in den Wahlen profitieren könnte, ist in Brandenburg insgesamt schwach ausgeprägt (Poguntke 1999). Das Stammwählerpotenzial, das im Westen ausgeprägte postmaterielle Milieu, ist nicht ausreichend und wird auf 1 bis 2% geschätzt (Neugebauer 1999; Janecek 2000). Um perspektivisch eine bessere Situation zu erreichen, ist es notwendig, weitere Zielgruppen anzusprechen. Die Aktivitäten von Bündnis 90 / Die Grünen müssen als milieubildend in dem Sinne verstanden werden, dass sie weitere gesellschaftliche Gruppen als Wähler ansprechen und in die politische Arbeit einbeziehen.

3.2 Generationenbezug

Die These vom Generationenbezug der Grünen, die besagt, dass sie vor allem eine Partei der 68er Generation sei, lässt sich nicht von der Hand weisen. Bündnis 90 / Die Grünen besitzt zwar einen hohen Anteil von Erstwählern, sind aber bei weitem keine Partei der Jugend, sondern die mittleren Altersgruppen sind besonders vertreten (Scherer 1999: 77f.). Sehr gering ist Bündnis 90 / Die Grünen bei Rentnern vertreten.

Die 18- bis 25-Jährigen befinden sich eher in der Phase der Sinnfindung, die parteipolitischen Präferenzen sind weniger ausgeprägt, die Bereitschaft zum Engagement ist auf bestimmte Phasen beschränkt, denn lebensphasenspezifisch ist die Mobilität sehr hoch. Das führt zu stärkerer Fluktuation. Das Engagement Jüngerer (Schüler und Studenten) ist in der Regel weniger kontinuierlich. In der Grünen Jugend sind vereinzelt parteipolitisch sehr motivierte Jugendliche anzutreffen. Der Zugang zur Jugend dürfte in den kommenden Jahren ein ganz wichtiges Potenzial darstellen, das aber über die bisherige kommunale Arbeit nicht erschlossen werden kann.

Wo wir überhaupt keinen Zugang zu haben sind die älteren Leute, Rentner, die die größte Gruppe ausmachen. (C1)

Das ist völlig gegen den Trend der Jugend, sich politisch zu engagieren, doch das finden sie an der Schule gut, das ich nun bei den Grünen bin, das ist so geteilter Meinung, da haben sich auch viele beteiligt bei der Wahl, da konnte ich viele überreden. (F2)

Es ist sehr schwierig jüngere Menschen anzusprechen, sie wollen sich nicht unbedingt für eine Partei engagieren, ich hatte in der Schule einen Politikklub gegründet, das Interesse an politischer Arbeit war sonst eher gering, Zeitung lesen ja, aber nicht den Nachmittag draufgehen lassen. (B4)

Bei politischen Themen hier am Gymnasium merke ich, viele Schüler wollen gar nicht ... Grüne Kernthemen haben ja gewissen Ewigkeitswert, Ökologisches, auch Friedensthemen, auf der Ebene muss man vielleicht arbeiten, um Jugendliche zu erreichen. Nicht so kurzfristig abarbeiten. (A3)

Jugendliche sind interessiert, aber machen lieber konkrete Projekte, ... Jugendliche haben ja ein gnadenloses Urteilsvermögen, wenn sie irgendwo sitzen, denn merken sie gleich, wird hier was getan oder wird hier gequatscht, dann sind die weg, gehen einfach zum nächsten. (B5)

Jugendliche dürften eine wichtige Zielgruppe sein, um das Grüne Milieu zu verbreitern und zu erneuern. Allerdings bedürfen sie einer gezielten Werbung und Einbeziehung. Dieser Arbeitsaufwand wird von den Basisgruppen bislang kaum bewältigt, so dass gezielte Maßnahmen ausbleiben.

3.3 Dauer der Zugehörigkeit

Im Grünen Milieu lassen sich sehr deutlich zwei Gruppen nach der Dauer der Zugehörigkeit und ihren Motivationen unterscheiden:

3.3.1 Alte Grüne

Die Alten Grünen sind bürgerbewegte Oppositionelle oder Nichtpolitische aus der DDR, die über unterschiedliche oppositionelle Zusammenhänge in die politische Arbeit gekommen sind. In der Lausitz dominieren die Umweltbewegten, die sich aus betrieblichen Zusammenhängen, aus Umweltschutzgruppen, aus kirchlichen Umweltgruppen oder der Gesellschaft für Natur und Umwelt gebildet haben. Diese waren eher der Grünen Partei und nicht Bündnis 90 beigetreten. In den beiden untersuchten Großstädten waren die heute Aktiven überwiegend im Neuen Forum und sind dann über Bündnis 90 zur Grünen Partei gekommen. Während der Wende gingen auch Einzelpersonen mit kritischer Haltung zur DDR in die Politik.

Ich war nach der Wende beim Neuen Forum sehr stark engagiert, sehr zeitig dort unterschrieben, dann der Umbruch, die Kommunalwahl 1990, da hab ich dann auch ein Mandat bekommen. (A1)

Ich hatte mich bereits in der DDR für Umweltschutz interessiert, bin aber erst mit der Wende richtig aktiv geworden, ... es haben sich eine ganze Reihe von umweltpolitisch Interessierten, die sich aus dem Ort kannten, zu einer gemeinsamen Liste bei den ersten Kommunalwahlen zusammengeschlossen. (D1)

Zu DDR-Zeiten bin ich aus Umweltschutzgründen zunehmend in die Opposition geraten, ... zur Wendezeit spielten die Umweltschützer eine ganz große Rolle, ich war vorher nicht in der Politik, wir hatten dann diesen runden Tisch, und es war mir klar, wie dass in der Bundesrepublik abläuft, dass sich Natur- und Umweltschützer engagieren müssen, wir müssen auf allen politischen Ebenen vertreten sein. (D2)

Meine Freundin ist nach der Wende in die Politik gegangen als Vertreterin der CDU, sie hat mich da ein bisschen übergangen und da habe ich mich ebenfalls aufstellen lassen, der Physiklehrer R., der hatte sich bereits in der DDR mit Umweltschutzfragen beschäftigt, der ist für die Grünen angetreten, hat mich dann gefragt, ob ich nicht bei ihm mitmachen möchte. (D3)

Zu DDR-Zeiten habe ich immer gesagt, wenn ich im Westen wäre, dann wäre ich bei den Grünen, dann kam die Wende und da haben wir ganz viel gemacht, Runde Tische und so, auch unabhängig von Parteien, ... dann ging es darum, sich aufstellen zu lassen, da wollte ich zuerst nicht, weil ich noch nie aktiv Politik gemacht habe, zu DDR-Zeiten war das ja nicht, und da sagten alle, ich solle das machen, und da habe ich es gemacht. (D4)

Ich war in der DDR nicht in irgendwelchen Parteien oder Organisationen und hab mir gedacht, okay, jetzt machst du was, in der Umweltgruppe war ich vorher nicht gewesen, ich hab zwar die Leute gekannt, aber war nicht aktiv, habe das Neue Forum mit gegründet, war in der Arbeitsgruppe Wirtschaft, Geschäftsräume suchen, erste Wahlen vorbereiten, war aber leider noch nicht gleich im Stadtparlament, als Nachrücker erst 1991 hereingekommen. (B3)

Also angefangen hat es 1980 in der kirchlichen Friedensbewegung, ... ich war von Anfang an dabei, zur Jahreswende 89 ist das Neue Forum ins Parlament gegangen und hat fast alles bestimmt, weil die anderen nichts mehr entscheiden konnten, ... bin derjenige, der am längsten dabei und immer noch aktiv ist, die anderen sind eher in der Rolle der Sympathisanten, die sich nicht binden. (A5)

Bei den heute Aktiven handelt es sich also um die Dabeigebliebenen, die die Ausdünnung ihres Netzwerkes in den letzten 14 Jahren erlebt haben. In der Vorwendezeit arbeiteten die Aktiven innerhalb der Kirchen, der Umweltorganisationen oder informeller Gruppen mit. Fast alle standen bzw. gerieten in Opposition zur DDR, so dass auch fachliches Engagement für den Umweltschutz einen gesellschaftskritischen Bezug erhielt. In der Wendezeit führte dieses Engagement zur Teilnahme an Runden Tischen, Gründungsinitiativen von politischen Parteien und zur Teilnahme an den Kommunalwahlen. Die Wenigsten besaßen ein ausgeprägtes politisches Interesse, es waren vielmehr die gesellschaftlichen Umstände, die Notwendigkeit, einen Reformprozess weiter voran zu bringen, die zu persönlichen Konsequenzen führten.

In kleineren Gemeinden ist eine Kontinuität der Bürgerrechtsbewegung zu den heutigen Grünen kaum mehr zu bemerken. In drei der kleineren Gemeinden sind die ehemaligen Mitglieder des Neuen Forums nicht mehr bei den Grünen aktiv. Aber auch in den Großstädten hat sich die Situation vollständig verändert.

Von der Wendezeit ist nichts mehr zu spüren, wüsste nicht, wer sich damals in diesem Rahmen engagiert hätte und heute in der Gemeindevertretung übrig geblieben ist (F1)

Ich kenne erst die abgespeckte Version, die dann bis jetzt weitergelaufen ist, ich kenne nur die Listen, teilweise auch Leute, die vorher mit dabei waren, das waren auch ganz andere Leute, die dann auch irgendwann desillusioniert von Politik waren, doch seit 1997 ist es relativ stetig (B1)

Die Alten Grünen sind in ihrer Zahl abnehmend, sie engagieren sich weniger in der Öffentlichkeit. Viele haben ihre Aktivitäten in andere Bereiche verlagert, sind aber dem Grünen Milieu weiterhin verbunden. Im Gegensatz zur Bundesebene sind die Alten Grünen auf der lokalen Ebene von großen Einfluss (Poguntke 1999).

3.3.2 Neue Grüne

Bei den Neuen Grünen handelt es sich überwiegend um Zugezogene aus Berlin und Westdeutschland nach Brandenburg, die sich seit Ende der 1990er Jahre verstärkt bei Bündnis 90 / Die Grünen engagieren. Dieser Kategorie sind auch Jugendliche zuzuordnen,

die sich aus einem allgemeinen politischen Interesse heraus in einigen Basisgruppen beteiligen und nach konkreten Aktivitäten suchen. Die Zugezogenen haben sich in einer neuen Lebensphase beruflich und familiär stabilisiert und sind für neue Betätigungsfelder und soziale Kontakte offen. Auf Grund einer sozioökonomisch guten Lebenssituation verfügen sie sowohl über das Interesse wie die Ressourcen des ehrenamtlichen Engagements.

Die ersten zwei Jahre braucht man, wenn man hier her zieht, um sich einzurichten, Haus bauen, Firmenstandortwechsel, viel Kraft, viel Zeit und dann hab ich gesagt, mal gucken, was da eigentlich läuft in der Stadtverordnetenversammlung. (C1)

Dann ergab sich aus der ehrenamtlichen Tätigkeit ein Job, ... inzwischen werde ich richtig gut bezahlt. (A1)

Den Hintergrund für das Engagement der zugezogenen Neuen Grünen bildet vor allem der wahrgenommene Mangel an grünen Strukturen an den Orten, in denen sie leben. Verkürzt gesagt, wollten sie gern grün wählen, es war aber niemand da, den sie hätten wählen können. Sie fühlen sich dem Grünen Milieu verbunden und vermissten ein solches in ihrem neuen Lebensumfeld. Der Zuzug führte zu einer erheblichen Umstellung der bisherigen Lebensgewohnheiten, der sozialen Kontakte oder der Inanspruchnahme von Infrastruktur. Bisherige Selbstverständlichkeiten wurden nicht vorgefunden und erforderten eigenes Engagement um eine zufriedenstellende Lebenssituation zu gewährleisten. Bei genauerer Betrachtung geht es um ein bestimmtes Lebensgefühl, dass die Neuen Grünen benötigen, um sich in ihrem Wohnumfeld wohl zu fühlen: Es reicht von den Lebensbedingungen der Kinder, dem Ökoladen und der Stadtentwicklung bis zu kulturellen Werten und Vorstellungen der Offenen Gesellschaft. Die Neuen Grünen wirken dadurch milieubildend und realisieren eine gewünschte Lebensqualität. Mit der Gestaltung des Lebensumfeldes werden oft Aufwertungsprozesse in den Zuzugsgebieten in Gang gesetzt.

Seit ich hier wohne, habe ich mich so nach und nach damit befasst, was hier aktuell ist, was wünschenswert wäre, was ich gern verändern würde. Dadurch auch das wir dann Freunde gewonnen haben hier und mit denen dann auch gedacht haben, man müsste mal was machen, aktiver werden. (C2)

Da hab ich mich gewundert, dass man keine Grünen wählen konnte. Das war letztendlich der Anlass, wo ich gesagt habe, wenn ich hier schon wohne, will ich es irgendwie auch mitmachen. Ich war schon der Meinung, das es hier ein Potenzial gibt an Leuten. (C1)

Hier ging der Wahlkampf los, ... ich bin Mitglied geworden, einfach weil mich das genervt hat, wie wenig die Grünen präsent waren, in der Presse und auch in der Öffentlichkeit, ich konnte die einfach nicht bemerken .. hier in der Stadt wie A fand ich das komisch, aus Kreuzberg war ich das anders gewohnt, ich wäre auch nur zu den Grünen gegangen, aus langjähriger Bindung. (A1)

Zu den wichtigsten Motiven für ein politisches Engagement zählt bei den Neuen Grünen ein Mitmischen auf kommunaler Ebene. Die Befragten möchten politische Zusammenhänge verstehen und tiefere Einblicke in Entscheidungsprozesse gewinnen. Meistens bestehen konkrete Missstände in der kommunalen Politik, z.B. die Abwahl des Bürgermeisters, Intransparenz bei politischen Entscheidungen, mangelnde Innovationen oder fehlende Bürgerbeteiligung. In einigen Fällen wurde auch auf die Verantwortung des Einzelnen für die Entwicklungen des Gemeinwesens aufmerksam gemacht. Nicht ohne Einfluss ist die Tatsache, dass für die Zugezogenen Bündnis 90 / Die Grünen diejenige Partei ohne Stallgeruch ist (Gusy 2004).

Es hat die Politik diskreditiert, weil die sich an dem Prozess nicht beteiligt hat. Die haben dokumentiert, dass sie überflüssig sind. Das ist eine Erfahrung, die sich bis jetzt immer noch durchzieht. (E1)

Ich bin mit dem Geschehen in der Gemeinde nicht so zufrieden gewesen, was die können, kann ich schon lange, und dann eben vor der Kommunalwahl haben wir zu viert fünf zusammen gesessen und eine eigene Liste aufgestellt, versuchen wir es, uns einzuklinken in die Kommunalpolitik. (F1)

Zerstrittene Kommunalpolitik – wir wollten was dagegen stellen könne. Unser Ziel war, wir gehen jetzt so ran, wir machen das jetzt alles, wir sind halt Neue hier, da stehen wir auch zu, man kann ja auch viele Sachen neu angehen, einfach. (C1)

Wenn man an den Ausschusssitzungen vorher teilgenommen hat, hat man erst ganz spät die Einladung bekommen, irgendwann später, auf nachhaken, das Protokoll, in den Sitzungen, durfte man die Papiere nicht sehen, das war auch ein ganz starker Grund (C2)

Ich wollte mich überhaupt politisch engagieren, nicht nur zu Hause sitzen, sondern wissen, was so läuft, Zusammenhänge erkennen, wie Politik am Ort funktioniert (F2)

Die meisten zugezogenen Aktiven waren bereits vorher den Grünen in irgendeiner Weise verbunden, sahen sich selbst in einem Grünen Milieu verortet. Allerdings waren sie nicht parteipolitisch aktiv. Die Gründe dafür lagen in der geringeren Notwendigkeit, sich zu engagieren und in einer Abneigung gegenüber den vorgefundenen Parteistrukturen. In wenigen Fällen war das Engagement nicht auf Bündnis 90 / Die Grünen festgelegt, ihre Entscheidung für die Grünen fiel auf der Grundlage persönlicher Kontakte und dem Interesse, einen möglichst großen Gestaltungsspielraum zu besitzen.

Habe früher in Hessen gelebt und da viel mit den Grünen zusammen gearbeitet, aber die Verhältnisse in dem Landesverband die waren damals so, dass ich mir geschworen habe, in den Verein trittst Du niemals ein. (E1)

Ich bin halt vorher nicht parteipolitisch aktiv gewesen, weil ich auch ungern so, bin in verschiedenen Vereinen in Berlin gewesen, fand das immer unerfreulich, was man so alles intern zu tun hat mit dem ganzen Verein. (C1)

War immer politisch aktiv, früh nach Berlin gezogen, da waren wir parteiunabhängig, ich war in einer Künstlergruppe, im Kollektiv, dann die ganze Hausbesetzerszene. (A2)

Habe die Alternative Grüne Liste in Berlin seit zwanzig Jahren verfolgt, war aber wegen des Chaos in der Diskussionskultur den Grünen nie beigetreten, das war einfach zu stressig, immer irgendwo interessiert, aber nicht aktiv irgendwo dabei. (B1)

Habe in meinem Studium schon die Grünen ein bisschen beschnuppert und habe dann zeitweilig mitgearbeitet in der dortigen AG Christinnen und Christen der Grünen. (A3)

Ich bin eingetreten vor zwei Jahren zum Bundestagswahlkampf, weil mich Politik sehr interessiert hat. (B4)

Wenn ich andere Leute kennen gelernt hätte, wäre ich über kurz oder lang vielleicht auch in der SPD gelandet oder in der CDU. (F1)

Am Anfang hatte ich auch überlegt, ob ich eher zur PDS gehe, also ich war schon eher links orientiert. (B4)

Die Neuen Grünen bringen als wichtigen Impuls eine Veränderung der eigenen Lebens- und Umfeldsituation in die politische Arbeit ein. Sie entwickeln neue Netzwerke und fühlen sich dem Grünen Milieu zugehörig, auch wenn sie bislang nicht parteipolitisch aktiv waren. Während zur Wende die politische Tätigkeit aus einem gesellschaftlichen Machtvakuum

entstand, sind für die Neuen Grünen die Möglichkeiten der konkreten lokalen Umgestaltungen sehr wichtig.

3.4 Bruch oder Aufbruch

Alte und Neue Grüne zeigen auf Grund der unterschiedlichen Erfahrungen auch eine unterschiedliche Bewertung der heutigen Situation von Bündnis 90 / Die Grünen in Brandenburg. Erleben die einen eher einen Verlust oder ein Stagnieren der Grünen Bewegung, verkörpern die anderen eine deutlich positivere und initiativreichere Grundstimmung. Die Alten Grünen haben einen langen Prozess von Desillusionierungen hinter sich, sie haben überlebt und sind noch aktiv, weil sie ihre Aktivitäten eingeschränkt haben und trotzdem die Ideale hoch heben. Das führt zu einer spezifischen Einstellung zwischen fundamentalistischer Grundhaltung, Verlagerung der Aktivitäten und politischer Selbstgenügsamkeit.

Es fällt mir schwer jemanden [von den Bürgerbewegten] zu benennen, die haben sich aus dem parteipolitischen Leben auch zurückgezogen, nach zehn Jahren wollte das nicht mehr jeder machen, man wird müde, andere sind in andere Parteien, manche haben ihre Lebensvorstellungen verwirklicht, haben mehr Vorzeigbares geschafft als in der Kommunalpolitik. Vieles wurde auch in beruflichen Bereichen umgesetzt. (B2)

Im Gegensatz dazu weisen die Neuen Grünen eine weitaus positivere Sicht auf die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten von Bündnis 90 / Die Grünen auf. Sie sehen unmittelbare Erfolge, die sich aus ihrem Engagement ergeben und erleben, wie sie konkrete Veränderungen erzielen können. Von ihrer Grundstimmung her bewegen sie sich in einer Aufbauphase.

Es gibt jetzt eine neue Generation, neuen Zustrom, was ich jetzt in der Stadt erlebe, durch einen Zuzug von Leuten aus Westdeutschland hat sich eine neue Gruppe, haben sich neue motivierte Leute zusammengefunden, die sich wieder grüne Politik auf die Fahnen geschrieben haben, die wollen endlich wieder was machen, ... das war so ein Aha-Erlebnis, das neue Gesichter da sind, die auch was Spannendes zu sagen haben, Aufbruchgefühl. (A3)

Viele neue Leute und die haben immer noch Ideen und vor, was draus zu machen und das passt gerade alles gut zusammen. Eben eine Aufbruchstimmung. (C1)

Am deutlichsten wird dieser Stimmungsbruch in einer Gemeinde, in der sich gerade ein Wechsel in der Mitgliedschaft vollzieht und neben Alten zunehmend Neue Grüne aktiv werden. Sie erleben die Haltung der Alten Grünen als sehr unprofessionell, zurückgezogen und resignativ.

Wenn ich sagte, bin überzeugt, dass die Grünen gute Arbeit machen in Brandenburg, da lachten alle verzweifelt, also das war schon etwas niederschmetternd, von dem Milieu bin ich nicht angezogen worden, ganz sicher nicht. (A2)

Bei der Ausbildung eines neuen Grünen Milieus nehmen die Zugezogenen eine Schlüsselstellung ein. Sie schaffen Orte und Rahmenbedingungen, von denen sie glauben, dass sich ihre Lebensvorstellungen und –überzeugungen realisieren lassen. Sofern sie die gleichen Institutionen oder Einrichtungen nutzen, geraten sie in mehr oder minder schwere

Konflikte zu den Einheimischen, die sich durch eine andere Herangehensweise teilweise dominiert fühlen, aber die neuen Aktivitäten durchaus auch positiv und als Bereicherung aufnehmen.

Die Zugezogenen haben oft Schlüsselpositionen in Schulvereinen, Kitaausschüssen, Bürgerinitiativen besetzt, was ein bisschen übel aufstößt, wenn man es übertreibt. (F1)

Weil mit den Leuten, mit denen ich gesprochen habe war klar, das die gesagt haben, endlich passiert hier mal was, die haben schon lange drauf gewartet, nur von den Einheimischen ist niemand auf die Idee gekommen, das zu tun. (C1)

Neben den bereits beschriebenen Erfahrungen muss als Erklärung der gespaltenen Haltung von Alten und Neuen Grünen der Umstand hinzugenommen werden, dass die Milieubildungen in Ostdeutschland weniger lebensweltlich verankert sind. Sie setzen sich aus sehr heterogenen Erfahrungswelten in Kirchen, Betrieben oder Freundeskreisen zusammen, die keine gemeinsame Lebensweise herausgebildet haben, die als typisch grün zu bezeichnen wäre. Es gibt in diesem Sinne keine ostdeutsche Identität der Grünen, sie waren marginalisiert und zersplittert (Land 1999). Den gemeinsamen Kern bildet eine eher abstrakte Forderung nach bestimmten Wertvorstellungen. Es handelt sich um keinen intersubjektiv geteilten oder gar gemeinschaftlichen Erfahrungsraum, der in die bundesdeutsche Wirklichkeit übertragbar wäre. Die Gemeinsamkeit der Systemauseinandersetzung spielt unter heutigen Bedingungen nur noch eine marginale oder sogar marginalisierende Rolle. Die geringe Kontinuität von Personen, Themen und Organisationsstrukturen verhinderte eine Traditionsbildung und der Mythos der DDR-Opposition erwies sich im Zeitverlauf als zu schwach für eine Identitätsbildung (Rink 2000). Im Gegensatz dazu, können die westdeutschen Neuen Grünen auf einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund zurückgreifen.

Ich denke, die Wurzeln sind andere, es kommt aus der Bürgerbewegung schlicht heraus, das sind nicht die, die wir unter Grüne verstehen, die Alternativen, die mit den anderen Lebensvorstellungen, sondern halt Bürgerbewegte. (B1)

Wir sind eine Generation, die das Hochkommen der Grünen miterlebt hat, und ein bisschen dort seine politische Heimat auch gefunden hat. Für mich war das ein Befreiungserlebnis, das es da eine Partei gab, die was Neues machen wollte. Deswegen gibt es da so eine Affinität, das merk ich auch in so Gesprächen, dass sich das so gehalten hat. (A3)

Die Unterscheidung von Alten und Neuen Grünen nimmt einen Diskussionsschwerpunkt auf, der in den vergangenen Jahren als Westlastigkeit von Bündnis 90 / Die Grünen geführt wurde (Janacek 2000). Er thematisierte die Fremdheit der ostdeutschen Grünen gegenüber den westdeutschen Strukturen auf mehreren Ebenen: der Werthaltungen, der Milieuzugehörigkeit, den Politikstilen und Organisationsstrukturen, der Akteurspräsenz und der kollektiven Mythen (Sauer 1999). Dass dieser in den Interviews so nicht angeführt wird, hängt sicherlich mit der hier untersuchten kommunalen Ebene zusammen, auf der sich erst in den letzten Jahren ost- und westdeutsche Grüne trafen.

Die Ausbildung neuer Strukturen von Bündnis 90 / Die Grünen in den letzten Jahren erfolgt in einem eher westdeutschen lebensweltlich und politisch geprägten Rahmen, so dass sich durch die Neuen Grünen die auf lokaler Ebene durchaus vorhandenen und tradierten „ostdeutschen Sonderwege“ an die Struktur der Gesamtpartei angleichen dürften. Die Herausforderung wird vor allem darin bestehen, die trotzdem vorhandenen Brüche und Differenzenerfahrungen stärker zu thematisieren, nicht zwischen resignierten Alten und optimistischen Neuen Grünen zu polarisieren, sondern die jeweiligen Erfahrungen zu nutzen.

Dazu bietet die Zukunftsfähigkeit von Bündnis 90 / Die Grünen einen wichtigen Ansatzpunkt. Bei den befragten Alten Grünen spielte die Bewältigung der Vergangenheit kaum mehr eine Rolle, aber um so deutlicher traten Probleme der inhaltlichen Programmatik, der Identifizierung mit der Partei und der innerparteilichen Beteiligung hervor.

4 Grüne Netzwerke

4.1 Ausdifferenzierung und Neustrukturierung von Grünen Milieus

4.1.1 Phasen der Milieuentwicklung

Es wurde von der These ausgegangen, dass ein spezifisches Milieu die Politik von Bündnis 90 / Die Grünen stützt und ein Potenzial für Engagement bildet. Für die Alten Grünen sind die wichtigsten milieubildenden Gruppen das Neue Forum, die Kirche, die Umwelt- und Friedensgruppen gewesen, die als Nischen eine besondere politische Kultur hervorgebracht haben. Die gemeinsame Erfahrungswelt endete 1989 und es setzte eine sehr diffuse Herausbildung des Grünen Milieus ein, die im Wesentlichen auf einem Prozess der Ausdifferenzierung und nicht in der Ausprägung einer gemeinsamen Identifikation beruhte.

1. In den Jahren 1990/91 kam es zur Parteibildung der Opposition, die sich in ihrer Anlehnung an Blockparteien, bundesdeutsche Parteien oder eigenständige Initiativen unterschieden. Das damit verbundene Auseinanderfallen der (informellen) Oppositionsgruppen verlief teilweise sehr schmerzhaft, es wurde eine politische Ausdifferenzierung und neue Gegnerschaft erfahren.

Nach der Wende merkten wir schnell, waren die Kräfte zentrifugal, wie sehr man in diese Nische gedrückt wurde, das war schmerzhaft zum Teil, musste es aber akzeptieren, ... das war schwer, dass man sich mit Leuten, die aus der Umweltgruppe kamen, dann kommunalpolitisch Gefechte geliefert hat, weil die Entwicklung soweit gegangen war, in Einzelfällen war das nicht einfach, fachlich so eine große Differenz zur Kenntnis nehmen zu müssen. (B2)

2. Danach kam eine Phase des Politikfrustes, der die Erfahrung beinhaltete, als Einzelner nach der Wende viel bewegen zu können, aber dann eine schnelle Stabilisierung von Teilen des früheren politischen Establishments zu erleben (Wendehälse), zurückgehende kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten durch den Bürger (Durchsetzung der Verwaltung), wachsende Bedeutung der Parteistrukturen, die bei anderen Parteien besser entwickelt und durchgesetzt wurden (PDS, SPD, CDU, FDP). Erstaunlicherweise wird dieser Prozess vor allem durch die Neuen Grünen beobachtet, die mit Alten Grünen zusammenarbeiten und diese Erfahrung weniger reflektieren.

Die ganze alte Grünenmannschaft hier, waren sehr engagiert noch zu DDR-Zeiten, im neuen Forum, wenigstens die Alten davon, die hatten sich zurückgezogen aus Enttäuschung über die Bundespolitik oder waren sogar ausgetreten, einer zahlt seinen Mitgliedsbeitrag als Spende und ist auch jederzeit zu haben als Sachverständiger, aber er ist nicht mehr in der Partei, ... viele hatten auch so einen Frust, 1990/91, fünfzehn Stunden am Tag, unentgeltlich geackert, und jetzt sieht er eben dieselben Leute hochgespült, der SPD-Chef hat früher die Ausreisanträge bearbeitet, die CDU-Chefin war eine total rote Socke gewesen. (A2)

Es war es eine tiefe Enttäuschung, dass die, die Wende gemacht haben, nicht dauerhaft politische Verantwortung tragen. Eine tiefe Verletzung, hat auch dazu geführt, das die Grünen für eine Zeit aus dem politischen Blickfeld verschwunden sind. (A3)

3. Innerparteiliche Auseinandersetzungen um die Fusion von Bündnis 90 und Die Grünen, bei der einige stark Umweltschutzorientierte ("Eigenbrötler", "Fundamentalisten") nicht mitmachten, die Grünen fühlten sich auch personell weniger vertreten, aber insbesondere die Abspaltung des Bürgerbündnisses, die Verarbeitung der Landtagswahl Niederlagen führten zu einem Rückzug aus landespolitischem und auch kommunalpolitischem Engagement. Von den heute Aktiven wird die Entwicklung der letzten Jahre insgesamt positiv beurteilt. Die kritische Identifikation mit den Grünen resultiert nicht zuletzt aus einer sehr intensiven Auseinandersetzung.

Das Zusammengehen war folgerichtig, da gab es andere Leute, die viel mehr dagegen waren, so Eigenbrötler, wenn überhaupt die Grünen eine Chance haben, dann musste man am gleichen Strick ziehen. (A1)

Die Vereinigung mit der Westpartei ging ziemlich unspektakulär ab, obwohl uns damals viele verließen, weil sie das nicht verkrafteten, viel spektakulärer war dann die Vereinigung mit Bündnis 90, das war in der Regierungsverantwortung, da waren die profilierten Politiker, bei den Grünen waren ein paar junge, sehr engagierte, auch fundamentalistische Leute, da war natürlich mit den Profis zu verhandeln und dann in Potsdam immer, das Bündnis hat sich ja auch gespalten, das hat uns insgesamt in Brandenburg geschadet. (D2)

Bei jeder der Vereinigungen haben wir ein paar Leute verloren, also das erste hab ich gar nicht verstanden, das waren sehr ähnliche Vereinigungen, aber wie es immer so ist, ein paar trugen es nicht mehr mit, es war sowieso so, dass von den vielen Leuten beim Neuen Forum nicht mehr so viele zu sehen waren, andere hatten Probleme, Parteimitglied zu werden, für mich war das kein Thema, es war klar, dass es von der Mehrheit gewollt wurde und mit den Grünen hatte ich kein Problem. (A5)

4. Schließlich erfolgte eine Entmutigung und Überlastung der Verbleibenden durch Rückzug und Abwanderung von sehr Aktiven. Für viele Engagierte war es zudem notwendig, nach einigen sehr bewegten Jahren die berufliche und familiäre Stabilisierung stärker in den Vordergrund zu rücken. Für die meisten Alten Grünen war die Wende auch mit einer beruflichen Neuorientierung verbunden. Sie befanden sich in keiner konsolidierten Position, von der aus sie ehrenamtliche Arbeit hätten leisten können.

Da waren wir verbraucht, muss man sagen, die Kinder waren damals noch klein, da musste man erstmal was nachholen, da hab ich mich zurückgezogen aus der ersten Linie, bin nach wie vor Mitglied der Grünen, ... viele sind aus der Politik gegangen, weil man erstmal persönlich die Wende schaffen musste, sich auf den Beruf konzentrieren, da war die Kraft dafür vonnöten aus der ehemals geordneten, nun was Neues aufzubauen, mal sehen was jetzt übrig bleibt, die Kinder gehen aus dem Haus, da kann man wieder anheben das Niveau, aber nicht mehr zu Lasten des Berufs, weil ich auch an der Stelle Chancen habe, meine Überzeugungen zu vertreten. (A1)

Es ist insgesamt schwierig, weil die jungen Leute weggehen, viele pendeln, die können nicht mehr aktiv sein, wir haben in den letzten fünf Jahren keine neuen Mitglieder gewonnen, wir haben den alten Bestand, die treuen Frauen und Männer, die von Anfang an dabei waren, das ist ein ungesundes Verhältnis, weil immer welche abspringen. (D2)

Diejenigen, die es ein bisschen interessiert, die gehen auch noch weg, also Freunde von unseren Kindern, die gerne mitgemacht hätten, die studieren irgendwo, sind weg. (D4)

5. Der Kosovokrieg führte zu einer Austrittswelle, wobei hier neben dem konkreten Anlass eine aufgestaute Unzufriedenheit eine Rolle gespielt haben dürfte. Die starke Verwurzelung vieler Bürgerbewegter in der Friedensbewegung und im Wertefundamentalismus führte dazu, dass die politischen Ansichten nicht mehr bei Bündnis 90 / Die Grünen aufgehoben waren. Doch blieb in vielen Fällen nach dem Austritt aus der Partei das kommunale Engagement bestehen. Bei den Verbliebenen zeigt sich ein gewisser Pragmatismus, denn sie gaben an, dass die Zustimmung zur Partei eben höher als zu anderen Parteien sei.

Es gab Punkte in der Deutschlandpolitik, wo wir überlegt hatten, weiter Mitglied zu bleiben, damals der erste Soldateneinsatz, das war eine echt kritische Phase, tragen wir das noch oder nicht, wir kommen aus dem Bereich der Kirche, das strikte Nein, das Neue Forum in der DDR, da trafen zwei unterschiedliche Traditionen aufeinander. (A1)

6. Durch den Zuzug von Westdeutschen und Berlinern nach Brandenburg finden im so genannten Speckgürtel neue Mitglieder und Aktive zu Bündnis 90 / Die Grünen. In vereinzelt Fällen findet auch eine Rückkehr von früheren Aktiven statt. Es entsteht eine polarisierte Situation: Während im Berliner Umland die Netzwerke dichter und kleinräumiger werden, dünnen sie in den peripheren Regionen aus und erstrecken sich über immer größere Entfernungen. Auch in den Großstädten hat sich durch die Universitäten und Fachhochschulen und einige Zugezogene wieder eine gewisse Belebung bemerkbar gemacht.

4.1.2 Typen der Basisverbände

Je nach sozialer Struktur und Genese lassen sich vier unterschiedliche Typen von Basisverbänden finden.

1. Beim ersten Typ (Fälle B und D) handelt sich um Gruppen der Alten Grünen von Umwelt- und Bürgerrechtsbewegten, die vor allem mit der Wende in die Kommunalpolitik gegangen sind. Dort wo sich stabile Strukturen gebildet haben, sind diese auch mit allen Höhen und Tiefen erhalten geblieben. Bei den heute Aktiven sind die langjährigen DDR-Bürgerrechtler eher in der Minderzahl, es handelt sich überwiegend um während oder nach der Wende in die Politik eingetretene Personen. Dieser Milieutyp zeigt einen starken Gruppenzusammenhalt mit langjährigen persönlichen Beziehungen, die Aktivitäten sind in hohem Maße verstetigt worden und in den letzten Jahren ist eine gewisse Konsolidierung eingetreten.

2. Beim zweiten Typ (Fälle C und E) handelt es sich um den Zusammenschluss Neuer Grüner, die in die Gemeinde zugezogen sind und eine relativ geschlossene Gruppe bilden. Im Unterschied zu anderen Parteien sind die aktiven Grünen allerdings eine reine Zugezogenenvereinigung. Dabei verschmelzen soziale Gruppen- und Milieuzugehörigkeiten mit bestimmten thematischen und politischen Auseinandersetzungen. In diesem Milieutyp mit größtenteils Neuen Grünen spielen die Alten Grünen zumeist keine Rolle, sie haben sich bereits unmittelbar nach der Wende aus der politischen Arbeit zurückgezogen, aber unterstützen teilweise die neuen Strukturen. Die zu bearbeitende Herausforderung liegt darin, die neuen Inhalte, aber noch mehr die Vorgehensweise in die jeweils anderen Erfahrungswelten zu übersetzen. Hier lassen sich zahlreiche Kommunikationsbarrieren finden, wobei diese zumeist auf die lokalen Gegebenheiten in den Einheimischen-Zugezogenen-

Beziehungen begründet sind, aber über grünenspezifische Themen behandelt werden. Es zeigt sich, dass über langjährige und stetige Arbeit diese Spaltung aufweicht.

Die Grünen sind Neu-C., auch diese Agenda-Gruppe und damit werden sie dann auch manchmal abgetan. Man ist sehr kritisch, da sie ja doch einiges bewegen wollen. Und z.Z. haben wir gerade wieder so eine Auseinandersetzung um die Telekomstraße. ... für die C-ler unverständlich, und da bin ich auch im Zwiespalt, ... Das eben die Meisten meinen, die Grünen verhindern alles und die wollen alles zurück und wir brauchen Arbeitsplätze und da wird eben verhindert. (C3)

Also die Grünen die jetzt mitmachen, das sind hauptsächlich Zugereiste im Sinne von in den letzten 3 bis 5 Jahren. Aber ich glaube, dass bei den Wählern auch schon Alte dabei sind ... Wir haben uns auch danach gerichtet, gesagt, diejenigen für die wir hier was machen wollen, sind in erster Linie die neu Zugezogenen und Familien mit Kindern, wobei das dann größtenteils wirklich so Hand in Hand geht. (C1)

Es sind viele Leute aus Berlin, mit denen hab ich hauptsächlich über Kita, über Krabbelgruppe und so Kontakt, oder Freunde, die wieder Freunde haben. Diejenigen, die neu zuziehen, kennen meist schon Leute, die hier wohnen und dann irgendwann auf einer Party trifft man sich. Alle, bis auf eine Frau kommen aus einem Wohngebiet. Wo wir dann auch viele Stimmen hatten. Hier waren viele Häuser leer, viele sind zugezogen, die wir persönlich oder um Ecken kennen, das ist ein ganz klar umrissenes Wählerklientel. (C2)

Die alten C-ler finden das gut, ich weiß das, nur sie selber sind nicht aktiv geworden, das kann sich aber auch ändern. Die sind noch auf dem Beobachterposten. Wenn sie zeigen, das sie es ernst meinen, dann kann es passieren, dass immer mehr C-ler sich dazu gesellen. (C4)

3. Beim dritten Typ (Fall A) findet in der Gruppe ein Wechsel von Alten zu Neuen Grünen statt, der im Wesentlichen durch Zuzug getragen wird. Nach außen weniger wahrgenommen, vollzieht sich dieser Prozess nicht ohne interne Konflikte. Die Neuen Grünen negieren teilweise die Leistungen der Alten Grünen und stellen ihre Aktivitäten heraus, die Alten Grünen ziehen sich eher zurück. Die Erfahrungen und Vorgehensweisen bedürfen einer Vermittlung, die dann durchaus als Gewinn gesehen werden kann. In den Folgen lässt sich eher eine Zunahme von Aktivitäten und Profilierungen feststellen.

Dann kam die ständig sinkende Zahl engagierter Mitglieder, zu Wendezeiten war es ein unheimliches Aufbrausen, dann ein langsames Wiederrückgehen, die vier Jahre danach waren auch eine spannende Zeit, allerdings immer mehr von hässlichen Parteiquerelen gezeichnet, nicht mehr vordergründig Sachpolitik seit zwei Jahren kommt es wieder, weil sich X. etwas kontinuierlicher engagiert, werden regelmäßig Briefe geschrieben, das wird sich nicht groß ändern, eine neue Engagementphase wird nicht kommen. (A1)

Der Wechsel wird teilweise aggressiv aufgenommen, aber auch geduldet, weil keine andere Möglichkeit da war, ... auch einige Alte kommen wieder, tauchen auf den Sitzungen auf, die Vermittlung von Visionen, einige kommen aus ihren Löchern, andere maulen und fühlen sich überfahren, die Aktivitäten werden nicht weniger, ..., ich find es ja richtig, das die Alten mitkommen, aber wenn nicht, wäre es auch okay, denn die Veränderung ist nötig, das wissen die auch. (A2)

4. Beim vierten Typ (Fall F) treffen ost- und westdeutsche Neue Grüne in einem neuen Basisverband zusammen und entwickeln neue Strukturen. Dabei kann es sich durchaus um einen Prozess handeln, bei dem die Initiative von Zugezogenen ausgeht, der aber von früher

oder bisher nicht Aktiven mit getragen wird und Neue Grüne aus dem Kreis der einheimischen Bevölkerung aktiviert.

Aus den Typen der Basisgruppen ergeben sich unterschiedliche Handlungsbedingungen und –orientierungen.

4.2 Die Struktur der Basisgruppen als lokale Netzwerke der Grünen

Die Mitgliederdichte von Bündnis 90 / Die Grünen ist in Brandenburg – wie in ganz Ostdeutschland - insgesamt sehr gering. Hinzu kommt, dass die regionale Verteilung der Mitglieder sehr weit auseinanderdriftet. Die ohnehin sehr niedrigen Mitgliederzahlen haben in den letzten zehn Jahren die Entwicklung erfahren, dass in den berlinnahen Regionen die Mitgliederzahlen angestiegen, währenddessen sie in den peripheren Regionen zurückgegangen sind.

Entwicklung der Mitgliederzahlen der Grünen nach Kreisverbänden

Kreisverbände	Dezember 1993	April 2004	Differenz
Potsdam	106	114	8
Andere Großstädte	78	55	-23
Berlinnahe Kreise	296	317	21
Periphere Kreise	205	97	-108
Gesamt	685	583	-102

Quelle: Bündnis 90 / Die Grüne Brandenburg

Es handelt sich bei allen untersuchten Basisverbänden um sehr enge, persönlich geprägte Netzwerke, die den Kreis der Aktiven bilden. In den beiden Großstädten existieren Kreisverbände mit etwa 20 bis 25 Mitgliedern. Obwohl der Anteil der Aktiven an den Mitgliedern wesentlich größer ist als in anderen Parteien, ist die Anzahl der Aktiven in den Basisgruppen kaum größer als 5 bis 10 Personen. Die anderen Mitglieder beteiligen sich an bestimmten Aktionen, bleiben der Partei nach einer aktiveren Phase verbunden, sind weggezogen oder sehen sich als unterstützendes Mitglied. Hinzu kommen allerdings Aktive, die sich in die inhaltliche Arbeit einbringen, aber nicht Mitglied der Partei werden wollen. Etwa die Hälfte der Aktiven ist Mitglied bei Bündnis 90 / Die Grünen. Über unabhängige Kandidaten versuchen die Basisgruppen ihre Kompetenzen und Netzwerke breiter aufzustellen als es die Mitgliederzahl zulässt. Allerdings sind diese Aktiven weniger an der parteipolitischen Arbeit interessiert (Poguntke 1999). Zur Gruppe der Aktiven kommt ein so genannter *“Dunstkreis”* hinzu, der zwar mit Bündnis 90 / Die Grünen sympathisiert, aber sein Engagement bewusst offen hält. In den Klein- und Mittelstädten sind es in der Regel zwei oder drei Mitglieder bzw. 3 bis 8 Aktive, die sich regelmäßig treffen, mit kommunalpolitischen Themen auseinandersetzen und Aktivitäten planen. Hier gibt es weniger inaktive Mitglieder.

Übersicht Fallbeispiele

	Fall A	Fall B	Fall C	Fall D	Fall E	Fall F
Mitglieder	22	24	2	0	1	6
Wahl 2003	3,4 %	6,1 %	4,5 %	8,8 %	2,1 %	4,9 %
Stimmen	2.972	4.513	273	716	210	1.066
Sitze	2	3	1	2	1	1
Kandidaten	14	34	4	2	1	6
Aktivengruppe	12	10	8	3	6	8

Eigene Darstellung

Die wenigen Aktiven sind sehr großen Anforderungen ausgesetzt. Obwohl sich die Mitgliederstärke stark unterscheidet, fällt die Gruppengröße der Aktiven zwischen den Untersuchungsgemeinden im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen eher einheitlich aus. Der Grund dafür kann die Anforderung nach einer minimalen Arbeitsfähigkeit und -notwendigkeit in den kommunalpolitischen Zusammenhängen sein. Ein wichtiger Unterschied bleibt allerdings bestehen, weil in den Großstädten ein umfangreicheres Grünes Milieu existiert, das zu vielfältigeren Engagementformen und Vernetzungen führt. In kleineren Gemeinden setzt dagegen bei den wenigen Engagierten wegen der engeren sozialen Netze eine stärkere soziale Verpflichtung zur Mitarbeit ein. Zu beachten ist allerdings, dass in einigen Gemeinden (Fall D) ein vollständiges Einzelkämpfertum besteht, das sehr hohe Anforderungen an die Aktiven stellt, weil weder ein Austausch noch eine Aufgabenteilung in der Gruppe möglich ist. Aber auch dort, wo eine Gruppe existiert, hängt deren Bestand von einzelnen Akteuren ab. Die meist monatlich abgehaltenen Treffen der Basisgruppen finden – obwohl öffentlich - zumeist in einer sehr informellen und vertrauten Form statt. Die Aktivitäten erfolgen auf Zuruf und verstärken die informellen Netzwerkstrukturen. In einigen Gemeinden sind keine öffentlichen Räumlichkeiten vorhanden und die Sitzungen finden in privaten Räumen statt. Tendenziell führt diese Informalität zu einer sozialen Schließung der Netzwerke, da sich die Aktivisten vor allem an der Arbeitsfähigkeit und weniger an der Öffentlichkeitswirkung orientieren.

Es handelt sich um sehr enge Netzwerke, die den Kreis der Aktiven bilden. Die geringen Mitgliederzahlen zeigen eine deutliche Ressourcenschwäche von Bündnis 90 / Die Grünen in Brandenburg insbesondere in den peripheren Gebieten. Deshalb sind die vorhandenen Akteure gezwungen, vorhandene Strukturen zu nutzen, Aktivitäten zu bündeln, Prioritäten zu setzen und Kooperationen durchzuführen. In den kleineren Gemeinden können wichtige Ausschüsse wie der Hauptausschuss infolge des Personalmangels nicht besetzt werden. In den größeren Städten wird eher mit sachkundigen Bürgern gearbeitet, über die die Ausschüsse besetzt werden.

Wir sind noch eine relativ kleine Gruppe und ich denke, je mehr es werden, desto mehr kann man machen. Wir laufen ein bisschen Gefahr, dass wir uns verzetteln. Wir wollen bei allem mitreden, was jetzt ansteht, aber ich bin alleine da, kann nur in einen Ausschuss gehen. (C1)

Ich habe einen Job, der die Arbeit nach Feierabend stark einschränkt, ... in der Zeit als ich Fraktionsvorsitzender war, das war hammerhart, ich habe mich dann auf Finanzen konzentriert, aus dem Anderen zurückgezogen. (A5)

Manchmal finde ich es ganz schön frustrierend, das alles auf so wenigen Leuten liegen bleibt, aber das ist vermutlich überall so, dass es immer die Gleichen sind, die angesprochen werden. (D2)

Das ist auch so einer, der nicht nein sagen kann, der auch ziemlicher Alleinkämpfer ist, der denke ich irgendwann mal total überfordert sein wird, weil er keine Mitstreiter hat, jedenfalls nicht viele, die paar Leutchen, die zur Kreisversammlung kommen, sind auch total überfordert, weil sie alles alleine machen, man kann nichts delegieren, weil niemand zum Delegieren da ist. (D4)

Die Arbeit in den Ausschüssen wird völlig abgedeckt, wir kommen aber an den Rand unserer Kapazitäten, auch wenn es nur sieben Ausschüsse sind, die auch kompetent zu besetzen. Die großen Parteien haben mehr Leute. (B1)

Es ist eine Initiative der kleinen Zahl. Die Stimmung ist sehr intim. ... Wir hatten zwischendurch Tiefs gehabt, wo wir dachten, es ist morgen zu Ende. Ging aber immer weiter. Im Unterschied zu anderen Parteien sind wir hier auf gleicher Augenhöhe. (B2)

Eine politische Arbeit ist bei den fehlenden institutionellen Strukturen nur dadurch möglich, dass es einzelne Personen sind, die die Netzwerke aufbauen und aufrechterhalten. Diese Promotoren wirken milieubildend und engagementfördernd, indem sie konkret Personen in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis ansprechen, um sie für die kommunalpolitische Arbeit bei Bündnis 90 / Die Grünen zu begeistern. Inwieweit also ideengebende, organisierende und aktivierende Personen lokal vorhanden sind, spielt eine große Rolle für die Ausbildung und den Bestand der grünen Netzwerke. Sie tragen viel Verantwortung, müssen Aufgaben auf wenige Mitstreiter verteilen und koordinieren. Sie gewährleisten innerhalb der Gruppe eine Kontinuität und verkörpern in der Öffentlichkeit die grünen Aktivitäten.

Los ging es mit X, ... der hat gesagt, dass er sich aufstellen lassen will für die Kommunalwahlen, um in der Gemeinde was zu verändern, und da hat er noch ein paar Mitstreiter gesucht, damit er nicht alleine auf der Liste steht ... Die Zeit ist ziemlich begrenzt, für ihn ist es ziemlich anstrengend, er hat ja jeden Tag Termine, das ist schwierig, er hat die Hauptverantwortung und kümmert sich um alles. (F2)

Und Y hatte dann auch gesagt, man müsste jetzt hier wirklich mal eine Ortsgruppe aufstellen, ... alleine wäre ich nicht auf die Idee gekommen. (C2)

Es müssen Leute als Motor da sein, das ist ein Problem im Süden, wenn Z nicht wie dämlich durch die Gegend rasen würde und seine Schäfchen zusammenhalten, dann würde das schlecht aussehen, in S merken wir es ja, da waren Leute aktiv, die jetzt beruflich weiter weg sind, da wird es mau. (B1)

Man braucht einen Kümmerer, das ist überall so, von alleine geht nichts, gut ist, man hat jemanden, der viel Zeit hat und für Bündnis 90 / Die Grünen durch die Gegend rennt, aber das ist nicht überall so. (B3)

Man nimmt sich so viel vor, die Frage ist, was man am Ende alles schafft, vor allem wenn man so ein bisschen Einzelkämpfer ist. (E1)

Klar erkennbar leisten die lokalen Akteure eine wichtige Aufgabe für die Partei und bedürfen einer stärkeren institutionellen Förderung. Es geht allerdings weniger darum, parteipolitische Profile zu entwickeln, als lokale Rahmenbedingungen für Engagement zu schaffen.

4.3 Auswirkungen der geringen Mitglieder- und Engagiertenzahl

Eine wichtige Folge der Ressourcenschwäche der Basisgruppen ist die geringe parteipolitische Arbeit. Je nachdem wie stark die kommunalpolitisch Aktiven dominieren, bestimmen sie die Sitzungen. Vereinfacht gesagt, bilden viele Basisgruppen den Ort der Rückkopplung für die Fraktionsarbeit. In fast allen untersuchten Gemeinden stellt die Fraktion das Zentrum der grünen Aktivitäten dar. Die Fraktionsarbeit spielt in der Regel eine größere Rolle als die parteipolitische Tätigkeit der Basisgruppe, weil hier sowohl die personellen Ressourcen gebunden sind als auch die unmittelbare sachpolitische Arbeit anfällt. Will man als Bündnis 90 / Die Grünen auf kommunaler Ebene präsent sein, besteht ein enormer Handlungsdruck, der die vorhandenen personellen Kapazitäten aufbraucht und den Zeitrahmen vorgibt. Die institutionelle und personelle Schwäche der Verbandsstrukturen hat deshalb unmittelbare Auswirkungen auf den politischen Handlungsrahmen, der kaum über die kommunale Ebene hinausreicht.

Da gibt X immer ein kleines Resümee aus der letzten Sitzung, wenn aktuelle Fragen sind, es sind so Informationstreffen, da wird gesagt, was so beschlossen wird, welche Probleme auftreten und da wird besprochen, wie man sich verhalten könnte. (F2)

Der Ort, wo die Partei lebt, ist die Fraktion, der Kreisverband ist ein halbtotes Gebilde. (B2)

Das Vorherrschen der kommunalpolitischen Arbeit besitzt noch einen weiteren Grund: Sie weckt das Interesse von Personen, die sich weder in den vorhandenen Bürgerinitiativen noch in den Parteien selbst engagieren. Der kommunalen Arbeit wird viel Respekt entgegengebracht, sie ist besser einsehbar und begreifbar, für einzelne Projekte und Entscheidungen sind Menschen schneller mobilisierbar. Auf kommunaler Ebene finden deshalb viele Engagierte eine politische Heimat bei Bündnis 90 / Die Grünen, ohne dass sie sich in die Parteistrukturen einbringen wollen oder müssen. Die Gründe hierfür liegen in einer stärker sachlich-inhaltlichen Orientierung (z.B. als sachkundige Bürger in Ausschüssen) oder in der Ablehnung von Parteistrukturen. Die an Parteipolitik Interessierten sind eher Mitglied in der Partei als die sachbezogenen Aktiven. In den beiden untersuchten Großstädten nimmt der Kreisverband inzwischen einen stärkeren Raum ein. Dazu war oft eine jahrelange Arbeit notwendig, um z.B. einen aktiven Vorstand zu wählen und eine Kontinuität in der Mitgliederpflege zu erreichen. Insgesamt scheint in den letzten Jahren ein größeres Augenmerk darauf gelegt worden zu sein, die überlokale politische Arbeit zu verstärken.

Es funktioniert jetzt besser als früher, es kommt durch den neuen Vorstand mehr Kontinuität rein, es wird sich mit Themen auseinandergesetzt, am nächsten Mittwoch zur Fusion der Kreisverbände hier, solche Themen sind interessant und die Mitglieder kommen, so Sachthemen, wir haben eigentlich verkehrte Welt hier, die Fraktion setzt die Impulse und macht die Sacharbeit, es müsste aber so sein, dass der Kreisverband die Impulse setzt. (B3)

Einmal im Monat treffen wir uns als Partei, einmal ist Fraktionssitzung, also themenabhängig. Als wir den Haushalt gemacht haben, hatten wir eine Klausurtagung. Im Moment unterscheiden sich Fraktion und Kreisverband schon, sind die Leute aus dem Parlament auch die Aktiven, dann bestimmen die Themen aus der Stadt schon die Partei, das war als ich Fraktionsvorsitzender war so, jetzt sind aber mit X schon Leute da, die sehr engagiert sind und nicht im Parlament sitzen, und da ist es getrennt. (A5)

Das Dilemma zwischen Fraktions- und Parteiarbeit resultiert aus einem geringen Kreis von Aktiven und einem starken Handlungsbezug der Kommunalpolitik. Trotz fehlender Kapazitäten wird von den Befragten eine stärkere Berücksichtigung übergreifender politischer Themen als sehr wichtig erachtet. Dazu ist eine Erweiterung und Öffnung der bisherigen Tätigkeitsfelder

notwendig, doch praktisch zeigt sich als Folge der geringen Mitgliederzahl eine tendenzielle Schließung der grünen Netzwerke gegenüber der lokalen und überlokalen Öffentlichkeit. Um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen, werden auf der lokalen Ebene arbeitsfähige Basisgruppen angestrebt, doch geht es weniger darum, möglichst viele neue Mitglieder zu werben. Es haben sich Arbeitsformen mit einer kleinen Zahl von Engagierten herausgebildet. Entsprechend gering sind die direkte Öffentlichkeitsarbeit und die gezielte Werbung ausgeprägt. Vielmehr herrscht das Verständnis vor, als Minderheit etwas bewegen zu können; die Akzeptanz der Minderheitensituation ist groß. Obwohl eine große Offenheit gegenüber Initiativen besteht, die mit den Basisgruppen zusammenarbeiten wollen, kann man nur reagieren und kaum gestaltend tätig werden. Neuankömmlinge fühlen sich nicht selten überfordert, weil ihnen dringende Aufgaben zugeteilt werden, dies wird aber auch zu wenig gefordert, weil sie den Eindruck einer geschlossenen Gruppe vermitteln bekommen.

Wir machen keine umfangreichen Werbekampagnen, das Ziel der Ortgruppe besteht nicht darin, die Zahl der Menschen einfach zu vergrößern, die Mitgliedsbeiträge bezahlen, sondern wie viel Sympathie kann ich dafür gewinnen. (F1)

Unsere Treffen werden von der Zeitung veröffentlicht, aber neue Leute kommen nicht, es werden auch keine angesprochen, für Werbung reicht die Zeit nicht. (F2)

Ich hab versucht dafür zu werben, dass man mehr Rückhalt hat oder einen besseren Auftritt in der Öffentlichkeit, aber es fragt niemand danach. Das sind persönliche Kontakte, die aber erst entstanden sind, nachdem wir gesagt haben, wir machen das jetzt, wo Mundpropaganda gewirkt hat. (C1)

Obwohl die Parteizentrale direkt an der Hauptstraße war, immer wenn man da vorbeilief, dass sah immer komisch aus, wenn man da klingelte. Da standen keine Öffnungszeiten, da war immer zu, die waren kaum erreichbar. (A2)

Aus der Bevölkerung wüsste ich nicht, wen ich ansprechen sollte, ich habe ganz schön viele Stimmen bekommen, ich habe jemanden gesucht, der sich auf meine Liste stellt, ich hätte noch einen mit in den Gemeinderat ziehen können, hat sich niemand gefunden, alle Möglichen angesprochen, Jugendliche, eine Krankenschwester. (D4)

Zur ohnehin geringen Mitgliederzahl in den Untersuchungsgemeinden kommt erschwerend hinzu, dass die Aktiven oft noch die Nachbarorte vertreten müssen, weil es dort gar keine Grünen gibt. Gerade für regionale Erfolge ist es nicht ausreichend, sich nur auf die eigene Gemeinde zu konzentrieren. Interviewpartner, die selbst versucht hatten, auf dem Land grüne Politik zu machen, resümieren die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Wenn du der Einzige bist, was willst du dann machen, wenn du dann noch der Wessi bist, was willst du dann machen, wenn du hier geboren und aufgewachsen bist, dann kannst du noch ein paar Leute mitziehen in solchen Käffern, was willst du machen mit einem Grünen auf 100 km², setzt dich hin und tröstest den. (A2)

In E ist die Situation besonders schlimm, da sind nur drei, vier Leute, die tragen ein schweres Los, die sind in einer riesigen Fläche, in der Stadt ist es konzentrierter, da kann man die Leute ansprechen, das sind halbe Tagesreisen, wir treffen uns, das wird schon ein logistisches Problem, die haben auch das Problem, dass sie überhaupt nicht wahrgenommen werden. (B1)

Es war ganz entscheidend durch die Atmosphäre und die Zusammenarbeit der paar Grüne, die es hier gibt, die eine sehr günstige Organisationsform haben, weil man in einer großen Stadt sich sehr schnell finden kann, wir kennen die Diaspora, mein Bruder war lange Zeit in P aktiv, da ist es ein ganz anderer Zeitaufwand. (B2)

Um außerhalb der kommunalpolitischen Aktivitäten zu einer stärkeren Profilierung und Milieubildung der Grünen zu gelangen, ist es notwendig, institutionelle Rahmenbedingungen und neue Kommunikationsstrukturen zu schaffen, die helfen, den bisherigen Kreis der Aktiven zu erweitern. Hier besteht ein wichtiger Ansatzpunkt für Partei- und Bildungsarbeit.

Es ist unbedingt notwendig so Zentren zu schaffen in den peripheren Gebieten, in Potsdam ist alles gebündelt, hier braucht man einen zentralen Punkt, einen Geschäftsraum, eine Informationsstelle, das ist doch nicht so viel. (D1)

Es ist notwendig die Strukturen hier zu stärken, damit Grüne überhaupt mit einem eigenständigen Profil wahrgenommen werden, ein großer Schlag war es, als das Bundestagsbüro aufgelöst wurde, wir haben Anträge gemacht, und alle haben versprochen, das es bleibt, aber dann ist es doch weggemacht worden, 2003 ist es weggekommen und 2004 überlegt sich der Bundesvorstand wir müssen die neuen Länder stärken, das ist kontraproduktiv, wenn man vorher erst alles weg geschlagen hat. Über das Büro wurde die Arbeit mit den Verbänden abgewickelt, alles und jenes, es ist viel wichtiger, da ein bisschen Miete und Personalkosten zu bezahlen als große Werbeaktionen zu bezahlen. (B4)

Das fängt mit so einfachen Sachen an, wenn man politisch arbeiten möchte, dann braucht man an irgendeiner Stelle so einen Fixpunkt, wenn du nicht mal eine Geschäftsstelle hast, dich nur so im Wohnzimmer triffst, dann ist das besser als in der Telefonzelle, aber ist es schon rein organisatorisch eine ganz doofe Geschichte, das Grundproblem der Ostgrünen ist, dass durch die geringe Mitgliederzahl, dieses geringe Geldaufkommen, hängst du organisatorisch auch nach, hier müsste man über Organisation und Administration mehr machen als dort, wo ohnehin 150 Leute im Kreisverband sind, gerade hier wird noch ausgedünnt, ich sage Regionalstelle der Bundestagsfraktion, weg, brauchen wir nicht, da ist gerade auf der politischen Schiene viel Effekt erzeugt worden. (B3)

Um eine stärkere parteipolitische Profilierung von Bündnis 90 / Die Grünen vor Ort zu erreichen ist es notwendig, Aktivitäten außerhalb der kommunalen Arbeit zu entwickeln, ohne diese aufzugeben, da sie das Rückgrat der politischen Tätigkeit in Brandenburg bildet.

5 Kontakte in der Region

Das politische Engagement findet in persönlichen Netzwerken statt. Es bedarf des Aufbaues sozialer Netze, um Lebensvorstellungen gemeinsam mit Anderen gestalten zu können. Die Kontakte zu anderen aktiven Gruppen in den Bereichen Naturschutz und Kunst / Kultur sind für die politische Arbeit der Grünen unverzichtbar (Kux 1999) Über die Basisgruppe hinaus besitzen die befragten Grünen sehr vielfältige persönliche Kontakte, denn die Engagierten waren in den untersuchten Gemeinden untereinander sehr stark vernetzt. Neben der politischen Tätigkeiten bestand ein Engagement in unterschiedlichen Verbänden und Bürgerinitiativen, ohne Vollständigkeit zu beanspruchen zählen dazu die Agenda Gruppe, die Initiative gegen rechte Gewalt, die Mieterinitiative gegen den Abriss eines Hauses, die Friedensmahnwache, die Bürgerinitiative zu Anschlussgebühren, die Bürgerinitiative Pro Heide, die Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau oder die Bürgerinitiative gegen eine umweltbelastende Fabrik. Nicht unwichtig ist gerade für die Zugezogenen das Kennenlernen anderer Einwohner; hierbei entstehen oft multifunktionale Kontaktnetze über Kitas, Schulen oder Sportvereine. Die Initiativen sind in der Regel über- oder unparteiisch angelegt. Als

Untersuchungsziel stand die Frage, ob außerhalb der Parteistrukturen eine Verstärkung des Grünen Milieus stattfindet und die politische Arbeit über Netzwerke in ein weiteres Umfeld diffundiert.

5.1 Kontakte zu Vereinen und Einrichtungen

5.1.1 Kontakte zu Naturschutz- und Umweltvereinigungen

Entgegen den ersten Vermutungen ließ sich nur schwer ein konkretes Grünes Milieu identifizieren, das über Netzwerkstrukturen an die Gruppe der Aktiven angeschlossen ist. Selbst dort, wo die größte Nähe vermutet wurde, sind die Engagierten im Bereich des Natur- und Umweltschutzes nicht zwangsläufig grünennah orientiert. Zu den Ursachen gehören die Trennung von fachlichen und politischen Interessen, aber auch die unterschiedlichen Entstehungshintergründe der Naturschutz- und Umweltvereinigungen.

Zu den Naturfreunden haben wir gar keinen Kontakt. (C2)

Wer bei den Grünen als Partei ist, weiß ich jetzt nicht. Hat mich eigentlich auch nie so sehr interessiert, mich interessiert dann mehr, wo arbeiten die, wie kann ich die für meine Arbeit mit einspannen, wo kann ich Material bekommen. ... Ich muss ihnen ehrlich sagen, dass ich ein Parteiprogramm der Grünen in dem Sinne so genau nicht kenne, das mir die Grünen oftmals auch zu grün sind. ... Ich bin eigentlich immer etwas mehr für Kompromisse. ... Es wird keiner sagen, ich unterstütze grüne Politik, aber unsere Ziele hier, wir möchten unsere Natur erhalten, das wird schon unterstützt. (C3)

Die Arbeit ist überparteilich, nicht unbedingt den Grünen verpflichtet, das Thema Umweltpolitik spielt in allen Parteien inzwischen eine Rolle. Gerade hier gibt es viele Alte, die aus DDR-Zeiten noch der PDS anhängen, engagierte und teilweise ehrliche Leute, die haben nun weitergemacht, automatisch sind die aber nicht Grüne. (D2)

Wir hatten in der Vergangenheit gute personelle Kontakte zum NABU und ganz enge Kontakte zur Grünen Liga, jetzt ist das nicht mehr so ganz gegeben, über die sachkundigen Bürger teilweise, aber es ist nicht so intensiv, die kommen auch nicht zu uns, aber die sind auch nicht mehr so gut aufgestellt. (B3)

Problematisch ist die Spaltung in den Umweltverbänden. ... Es besteht ein Freundschaftsnetzwerk, aber wir treten nicht mehr öffentlich auf. Man kann auf Leute zurückgreifen. NABU und BUND haben es einfacher, weil die Mitglieder nur zu bestimmten Aktionen angesprochen werden und bundesweit auftreten. Es ist eine sehr stark fachlich geprägte Arbeit. Schwieriger hat es die Grüne Liga als Relikt und Heimat der DDR-Oppositionsbewegung, sie hat einen stärker politischen und ganzheitlichen Ansatz. (B2)

Das Naturschutzmilieu ist nicht identisch mit den Grünen. Es handelt sich dabei durchaus um unterschiedliche Entstehungszusammenhänge, z.B. Aktivisten des Neuen Forums, Zugezogene und Personen, die sich einen neuen Arbeitsplatz geschaffen haben. Daran sind unterschiedliche Themen und Arbeitsweisen gebunden. Das Parteiinteresse ist entsprechend gering und die Zusammenarbeit eng auf bestimmte Bereiche, z.B. Schulprojekte, zugeschnitten.

5.1.2 Kontakte zur Wirtschaft

Die Beziehungen zu Unternehmern können für die Mitarbeit oder die Unterstützung der Partei, aber auch zur inhaltlichen Profilbildung in der Wirtschaftspolitik aufgebaut werden. Insbesondere Geschäftsräume stellen eine wichtige Form der Öffentlichkeit dar, die an anderen Orten kaum erreicht wird. Allerdings ließen sich wenige Kontakte zu ökologisch orientierten Unternehmen finden, z.B. Ökobauern, Handwerksbetriebe und Bio-Läden. Als Begründung wird angegeben, dass das Engagement bei Bündnis 90 / Die Grünen eher als problematisch in den Geschäftsbeziehungen angesehen wird. Die unternehmerischen Anforderungen widersprechen einem Engagement aus zwei Gründen: zum Einen fehlt die Zeit, zum Anderen besteht eine Rücksichtnahme auf Geschäftskontakte. Aber auch dort, wo Kleinunternehmer Mitglied bei Bündnis 90 / Die Grünen sind, bilden die Basisgruppen bilden keine besonderen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen aus.

Ich habe hier den Hofladen, da kenne ich sehr viele, die den Grünen nahe stehen. ... Eine Zusammenarbeit birgt für mich gleich die Gefahr, in so eine Schublade rein zu kommen. Wenn ich explizit mit den Grünen zusammenarbeite. Und ich glaub, ich bin ganz froh im Moment, so hab ich zumindest den Eindruck, für die Dörfler hier, nicht in so einer Schublade drin zu sein. Also als Bio-Betrieb hier nicht als Grüner verschrien zu sein. Meinetwegen als Bio, der nicht spritzt, aber das find ich in Ordnung dann. Sonst, aus so einer Schublade heraus, ist es dann auch wieder schwierig, zu handeln. ... Das heißt für mich aber nicht, dass ich die Zusammenarbeit mit den Grünen jetzt ablehnen würde. Wenn die kommen würden und irgendwas Konkretes hätten, wo was entstehen könnte, wäre ich erst mal offen, aber mir fällt erst mal nichts ein und weiß ich nicht, ist halt so. ... Ich bin dicht. Ich kümmere mich nicht um so was. ... In zehn Jahren ist vielleicht Luft um zu gucken, was links und rechts und nebenan noch passiert, aber im Moment geht das nicht. (C5)

Trotz der Vorbehalte selbst grünennaher Unternehmen, sich parteipolitisch zu engagieren, bietet sich eine solche Kooperation an, weil in diesem Zusammenhang wirtschafts- und regionalpolitische Themen zusammengeführt werden können.

5.1.3 Kontakte zu Kirchen

Eine große Rolle spielen die Kirchen für grüne Milieubildungen. In allen Untersuchungsgemeinden bestehen gute Kontakte zu Kirchengemeinden und einzelnen Kirchenmitarbeitern, die teilweise Mitglieder der Basisgruppen sind. Die Verbindung wird häufig getragen von einer relativ stabilen institutionellen Basis, die die Kirchen aufweisen können. Zum einen sind es die Kirchengemeinden selbst, aber noch wichtiger sind kirchliche Infrastruktureinrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Hier versammeln sich Angehörige eines Grünen Milieus und bilden öffentliche Räume des Kennenlernens und des Austausches. Sie symbolisieren gleichzeitig neue Lebensstile und Lebensqualitäten, denen sich das Grüne Milieu verbunden fühlt. Von der Wertebasis her gesehen verbindet sie die Fragestellungen von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, wie sie im konziliaren Prozess angestrebt wurden.

Was sich um die Kirche tut, ist ein richtiger Segen, das hat eine große Ausstrahlung. Wenn sich etwas entwickelt, dann wird das der Katalysator sein, ein neuer Großbetrieb mit Sicherheit nicht. (A2)

Analog den anderen Vereinigungen handelt es sich bei den Kirchen zwar nicht um grünennahe Institutionen, aber sie stellen perspektivisch in vielen Fragen wichtige Kooperationspartner dar und bilden eine Öffentlichkeit, in der das Grüne Milieu bereits besteht oder sich ausbilden kann.

5.1.4 Kontakte zu Hochschulen und zur Kultur

Obwohl Studierende zu den wichtigsten Trägern des Grünen Milieus gehören (Poguntke 1999), bestehen von Seiten der Basisgruppen zu den Hochschulen und Fachhochschulen erstaunlicherweise kaum Kontakte. Zwar wurden wiederholt Studierende in die kommunalpolitische Arbeit einbezogen, doch dabei handelte es sich um Einzelpersonen, die keine Rückkopplung in die Fach- und Hochschule ermöglichten. Institutionelle Verbindungen, z.B. zu Studierendenvertretungen, bestehen in keiner der untersuchten Gemeinden, selbst wenn sie Sitz einer Fach- oder Hochschuleinrichtung sind. Die Ursachen für die geringe Beteiligung der Studierenden werden in deren geringer lokaler Bindung und ihrem nicht vorhandenen kommunalpolitischen Interesse gesehen. Möglicherweise setzt ein breiteres politisches Angebot neue Anreize für politisches Engagement bzw. können hochschulpolitische Themen eine stärkere Rolle spielen.

Weil die Studenten einfach nicht da sind, die versuchen ihre Vorlesungen auf drei, vier Tage zu legen und verschwinden dann wieder, sie kommen oft aus der Umgebung, aber kommen in der Stadt nicht an, wir haben immer so Publikum bei Veranstaltungen, aber sie sind hier nicht zu Hause. (A5)

Dort sind auch die Universitäten angesiedelt, wobei an der BTU sind beispielsweise überwiegend technische Fächer, das ist ein großer Unterschied zu Unis wo man Sozial- und Politikwissenschaften hat. (D1)

Unsere große Hoffnung sind immer noch die Studenten, dass man an die rankommt, aber es gestaltet sich wahnsinnig schwierig, irgendwie sind die nicht so richtig motivationsfähig, wir sind da auch in der Zwischenzeit entnervt, alle paar Jahre versuchen wir es wieder, Kontakt zum Studierendenrat, wollt ihr nicht mal zu uns kommen, mit euren Problemen, alle zwei Jahre einen verzweifelten Anlauf, die Studenten wechseln sehr häufig im Studierendenrat, dadurch ist Kontinuität nicht möglich, man fängt immer neu an, die Studenten sind abgekapselt, sie interessieren sich wenig für die Stadt, ist ein Ghetto für sich, alles liegt auf dem Campus, da ist alles vorhanden, dadurch das auch viele ausländische Studierende sind, getrauen sich diese nicht in die Stadt, sie fühlen sich unsicher, ob man will oder nicht, viele kommen hier aus dem Raum, die reißen dort ihre Stunden ab und fahren dann mit ihrem Auto in ihre Heimatdörfer, die sind kaum anwesend, nur ein kleiner Stamm siedelt sich hier an. (B1)

Der Aufbau von Kontakten zu Fach- und Hochschulen auf der studentischen und akademischen Ebene stellt eine wichtige Herausforderung für die Bildung eines Grünen Milieus dar. Ein wichtiges Bindeglied für die grünennahe Subkulturen dürfte der kulturelle Bereich darstellen. Außerdem vermag dieses Gebiet einen leichteren Zugang zu eröffnen als explizit politische Veranstaltungen.

Warum Künstler in B bei den Grünen nicht mitmachen, ist nicht zu verstehen, auch marginal mit bestimmten Aktionen, ob das Grün ist oder Selbstdarstellung, man steht als Künstler auch gern drüber. (B5)

Grundsätzlich können Künstler und in der Kultur Tätige als ein Bündnis 90 / Die Grünen nahe stehendes Milieu angesehen werden. Der geringe Zugang zu Studierenden ist nicht nur auf die beschränkten Kapazitäten von Bündnis 90 / Die Grünen zurückzuführen, sondern auch auf das Fehlen eines studentisch-alternativen Milieus, wie es in größeren Universitätsstädten zu finden ist, wo es eine eigene Subkultur und politische Organisationsformen hervorbringt.

5.1.5 Kontakte zu Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen oder politische Vereine gehören zu den wichtigsten Kooperationspartnern von Bündnis 90 / Die Grünen. Hierbei besteht oft eine große sachlich-inhaltliche Nähe, aber auch personelle Überschneidungen. Viele Interviewpartner sind selbst oder eines der Familienangehörigen Mitglied von Bürgerinitiativen und zeigen in anderen Zusammenhängen Engagement: Kitas, Bürgerinitiativen, Soziokultur, Menschenrechte, Amnesty International, Friedensinitiativen, Eine-Welt-Läden, attac, Sportvereine, Kultur- und Heimatvereine oder in Aktionsbündnissen (z.B. gegen Rassismus).

Elterninitiativen, wo es speziell um Kinder und Schulen ging, die sind zu uns gekommen, als es um die Umgestaltung der Schullandschaft ging, sie haben wohl bei uns am ehesten ein offenes Ohr gefunden, da sind zwei auch zu uns gekommen. (A5)

Bemerkenswert ist, dass die multifunktionalen persönlichen Netzwerke kaum institutionalisiert sind. Die Zusammenarbeit erfolgt über Personen, nicht über formale Gruppen oder Einrichtungen. Zwar wird den meisten dieser Initiativen eine Nähe zu Bündnis 90 / Die Grünen unterstellt, aber sie sind keineswegs gleich zu setzen.

Würde ich nicht sagen, dass die Leute beim Dritte-Welt-Laden der grünen Politik nahe stehen, sicherlich ist auch einiges PDS gerichtet, sicherlich auf ne Art in soziale Richtung, aber nicht unbedingt jetzt grünes Umfeld, ... bin noch aktiv bei Amnesty International, da haben wir auch immer Grüne dabei, aber so jetzt, direkt, die Grünen arbeiten ja auch im Bereich Menschenrechte, also insofern könnte man sagen ja, aber eben auf der Schiene, das man bei Amnesty mitmacht. (E2)

Man könnte ein bisschen mehr auf das grüne Milieu zugehen, z.B. im Eine-Welt-Laden etwas zu fairem Handel anbieten, da sind ja Leute mit grünen Ansichten, ich war da selbst ein Jahr aktiv, da könnte man noch ein paar erreichen. (B4)

Die Zusammenarbeit ist häufig von dem Umstand geprägt, dass die Bürgerinitiativen eher personelle oder infrastrukturelle Hilfe bei den Basisgruppen von Bündnis 90 / Die Grünen suchen, als selbst eine Unterstützung leisten zu können (Klux 1999). Trotzdem sind von der Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen wichtige Synergieeffekte verbunden, weil hier sachbezogene und lebensweltlich eingebundene politische Arbeit geleistet wird. Obwohl die Schwellen zu einer parteipolitischen Einbindung hoch sind, bieten Themen wie Arbeitsweisen enge Verknüpfungsmöglichkeiten zu Bündnis 90 / Die Grünen. Allerdings liegt das Interesse der Bürgerinitiativen zunächst nicht in der institutionellen und politischen Förderung einer Partei, sondern in der Vertretung ihrer Interessen. Erst die Einsicht in die politischen Verfahren der Durchsetzung dieser Interessen führte bei einigen befragten Akteuren in Bürgerinitiativen zu einem verstärkten parteipolitischen Engagement.

5.2 Fraktionsbildungen

Sowohl für die kommunalpolitische Arbeit wie für die öffentliche Wahrnehmung von Bündnis 90 / Die Grünen spielt die Zusammenarbeit mit anderen Parteien eine herausragende Rolle. Die Notwendigkeit, eine gemeinsame Fraktion zu bilden, besteht darin, entweder eine Arbeitsteilung oder überhaupt den Fraktionsstatus zu erreichen. Bis auf eine untersuchte Gemeinde haben alle anderen grünen Abgeordneten gemeinsame Fraktionen mit anderen Parteien oder Wählergemeinschaften gebildet. Darüber hinaus bestehen durch die Arbeit in den Gemeindevertretungen in Sachfragen Kontakte zu allen Parteien, ausgenommen rechten Gruppierungen. Vorbehalte bestehen bei den Alten Grünen vor allem hinsichtlich der PDS wegen ihrer DDR-Vergangenheit und einiger Wählerinitiativen, die eine zu populistische Ausrichtung aufweisen.

Ich bin ja in einer ganz komischen Koalition, ich bin zusammen mit der FDP und dem Herrn Z. vom BDV und so ist von mir erreicht worden, dass die CDU die FDP-Leute aus ihrer Zählergemeinschaft ausgeschlossen haben. ... Da haben einige Leute schon geschluckt, beim Grünen-Kreisverband, als sie gesehen haben, was da für eine Koalition zusammenkommt, aber ich lasse mich auch nicht so gern in Zwänge stopfen, deswegen sind mir die Grünen auch am liebsten unter den Parteien, wir sind so richtig liberal. (E1)

Wir sind eine Fraktion mit der PDS eingegangen, hat mir lange gestunken, wir wollten ja unabhängig auftreten, aber mit einer Person geht es nicht. Lange gesucht mit wem, SPD ist völlig diffus, mit den Leuten möchte man nicht in Zusammenhang gebracht werden, wir haben versucht verschiedene Einzelbewerber zusammen zu kriegen, die haben sich aber unter das Dach des Wirtschaftsbündnisses begeben. Das ist so ein Sammelbecken, SPDler, CDUler. Bedienen auch FDP-Klientel, wollte auch sonst niemand mit uns. PDS waren die Einzigen, die die Agenda mit unterstützt haben, da waren die meisten Gemeinsamkeiten zu erkennen. Verhandlungen waren schwierig. Zur Zeit stellt sich das so dar, dass es eine richtige Entscheidung gewesen ist. Die Fraktion hieß erst nur PDS, nach zwei Monaten hat er durchgesetzt, dass sie sich umbenannt haben in PDS / Grüne. (C1)

Wir haben hier eine Fraktion mit dem Bürgerbündnis, dem sich K. angeschlossen hat, er besucht auch deren Fraktionssitzungen, aber ansonsten arbeiten wir als Grüne nicht weiter mit ihnen zusammen. (F2)

Wir sind eine gemeinsame Fraktion mit der Bürgervereinigung, die sind auch in den Ausschüssen vertreten und stellen einige sachverständige Bürger, drei Abgeordnete sind gleichzeitig Ortsteilbürgermeister. (D3)

Wir haben mit einer Ortsteilbürgerinitiative den Wahlkampf zusammen gemacht, aber da besteht schon die Gefahr, dass sie ins Ideologische umschlagen. (A5)

In keiner der untersuchten Basisgruppen waren die Grünen an einer mehrheitsbildenden Koalition beteiligt. Sie standen als Fraktionen in der Opposition. Bei den Fraktionsbildungen besteht natürlich die Gefahr, dass mit politischen Konkurrenten Zweckbündnisse eingegangen werden. Dazu zählt insbesondere, dass eine notwendige Profilierung ausbleibt, wenn Bündnis 90 / Die Grünen sich auf die inhaltliche Arbeit konzentriert oder zahlenmäßig in der Minderheit ist.

Die Grünen haben hier den Stimmzulieferer über Jahre ohne Gegenleistung geliefert. Die haben z.B. eine gemeinsame Fraktion gehabt mit dem Bürgerbündnis, die ersten zwei Jahre sind die der Fraktionsvorsitzende, in der zweiten Hälfte dann ein Grüner, nach den zwei Jahren haben sie gesagt: och nö, mach mal weiter, das ist so anstrengend. Im Wahlkampf stand dann in der Zeitung, dass der Fraktionsvorsitzende eine Empfehlung abgibt für den

FDP Kandidaten, super, als ich die Fraktionsmitglieder aufforderte, das zu dementieren, da sagen die, du hast ja nicht fünf Jahre mit dem zusammengearbeitet, da macht man einen entsprechenden politischen Eindruck. (A2)

Über die Kommunalpolitik werden Kontakte zu anderen Parteien, aber auch Verbänden und Initiativen geknüpft, die nicht als grünennah bezeichnet werden können, mit denen aber eine sachbezogene Zusammenarbeit erfolgt. Dabei wird immer wieder hervorgehoben, dass die konkreten Inhalte und Interessen sowie die einzelnen Personen im Vordergrund stehen.

5.3 Übergänge des Engagements

Die Arbeit in Initiativen bildet häufig die Basis für ein politisches Engagement. In einigen Fällen hatten die etablierten Parteien kein Interesse für die Bürgeranliegen bekundet, sondern die Aktivitäten ignoriert. Für die befragten Aktiven bildeten sie das Forum, von dem aus sie ein Interesse entwickeln, sich enger mit kommunaler Politik zu beschäftigen. Sie stellen wiederum den Ausgangspunkt für politisches Engagement dar.

Den Ausgangspunkt bildete der Sportverein, über den man Leute kennen lernt, die sich schon in der Kommunalpolitik engagierten, man ist da so reingewachsen, der Sport ist ein Vehikel, um Fuß zu fassen, Leute kennen zu lernen. (F1)

Wir haben in der Agendagruppe diskutiert, ob man als solche zur Wahl antritt; aber die Agenda sollte ein Bürgerforum bleiben, unabhängig von Parteien, damit alle Parteien sich engagieren können. (E1)

Das alte Haus in dem wir wohnten, sollte abgerissen werden, damit die Fahrspur erweitert werden kann, da sagten wir uns, die haben wohl nicht alle Tassen im Schrank, geht ja zu wie im wilden Osten, muss man was machen, haben großes Aufsehen erregt, weil ich zum ersten Mal bemalte Plakate hier in B aus dem Fenster gehangen habe, das fanden alle hier schon sehr erregend, das ist nicht typisch für B, der Hauseigentümer wollte eigentlich klagen, doch wir wollten politisch den B-Plan beeinflussen, der wurde dann auch zurückgezogen, zum großen Ärger der Stadt. ... Am meisten haben wir mit den Grünen zusammengearbeitet, das war zuerst die Partei, die der politischen Einstellung am nächsten kam. Da man nicht nur mit drei Leuten was machen kann, sind wir dann auch an die PDS ran und haben die ein bisschen aufgemischt. Und wenn man schon mal so weit gegangen ist, dann hab ich gesagt, okay dann komme ich auch dazu, hab mich erstmal bei den Kommunalwahlen aufstellen lassen, bin dann auch sachkundige Einwohnerin geworden. (B1)

In diesen Vereinen und Initiativen nehmen Vertreter des Grünen Milieus häufig wichtige Positionen ein. Hierdurch wird der Wunsch deutlich, sich engagieren zu wollen und an der Entwicklung ihrer Umwelt zu partizipieren.

In einer Kleinstadt gibt es 50 oder 100 Aktive, die in verschiedenen Zusammenhängen immer wieder auftauchen. Es geht um Personen, nicht um Parteiprogramme. Es gibt wenige Gremien, wo aktive Leute mitmachen können. (F1)

Eine Stadt wie B ist ein Dorf, wenn du hier zu einer Veranstaltung gehst, politisch oder künstlerisch, wenn du das zehnmal gemacht hast, dann kennst du die Hälfte der Leute, weil es immer die Gleichen sind. (B 3)

Bei der Beteiligung in Bürgerinitiativen wird von den parteipolitisch aktiven Grünen ihre Parteizugehörigkeit zurückgestellt. Es kann ihrer Meinung nach nicht darum gehen, diese Zusammenhänge für Werbezwecke zu benutzen oder als grüne Veranstaltungen zu

etikettieren. Über die Bürgerinitiative ist oft ein vielfältigeres und praktischeres Engagement als über Parteistrukturen möglich, weil diese in der Öffentlichkeit breiter aufgestellt sind. Es gibt also auf lokaler Ebene eine ganze Reihe von Gruppen, in denen grüne Themen behandelt werden, die aber nichts mit Bündnis 90 / Die Grünen unmittelbar zu tun haben, und deren Mitglieder sich auch wehren, durch die Partei okkupiert zu werden. Sie befürchten eine Vereinnahmung der lokalen Initiativen durch Parteistrukturen. Die Akteure müssen ganz konkret Rücksicht auf die Kooperationspartner nehmen. Sie gelten als Personen, nicht als Repräsentanten einer Partei, und bringen sich als solche in unterschiedliche Zusammenhänge ein. Sie verfolgen langfristige Ziele in stark lebensweltlich geprägten Zusammenhängen.

Ich habe da Hemmungen so eine parteipolitische Fahne mit mir zu führen, ich bin in der Bürgerinitiative Mitglied, denn geh ich halt hin. Die meisten wissen, dass ich gleichzeitig Grüner Stadtverordneter bin, und wenn mich einer fragt, Presse oder so, ob das was mit grüner Politik zu tun hat, dann sag ich das natürlich auch, na klar. Mir ist wichtig, dass da vor allem die Bürgerinitiativen zum Zuge kommt, die auch erfolgreich selbst mit Leuten verhandelt haben. Mein Ziel kann nur sein, die an etablierte politische Strukturen anzukoppeln. (E1)

Ich würde einfach unterscheiden zwischen der Vertretung im Stadtparlament und den sonstigen Aktivitäten. Ich würde jetzt nicht versuchen wollen, die zu vereinnahmen, sondern die einzelnen Gruppen sind wichtig. Wir nehmen uns derer Interessen an, wenn die sie an uns herantragen. (C1)

Das ist hier auf so einem Dorf so, dass Parteien keine große Rolle spielen. Entweder man kommt menschlich irgendwie aus. Ich möchte mich nicht um politische Richtungen kümmern wollen, wenn ich mit den Menschen hier zurecht kommen muss. Nicht diese Schablone Grüne benutzen. Ich glaube, das würde nicht sehr viel fruchten. Ich möchte, wenn ich hier lebe, nicht über die Partei oder meine Ansichten wahrgenommen werden. (C5)

Gemeinsame Aktionen, bei denen Bündnis 90 / Die Grünen als politische Partei auftritt, sind dagegen relativ selten anzutreffen. Es entstehen eher *“Familienbeziehungen, die nicht ganz fassbar sind”*. Es werden gegenseitige Unterstützungen und Informationen geleistet. Insgesamt gesehen werden von vielen Interviewpartnern viel mehr Möglichkeiten gesehen, sich mit anderen Initiativen zu vernetzen. Vereine und Bürgerinitiativen, die sich mit grünen Themen beschäftigen, besitzen in der Regel selbst wenig Zulauf und können kaum finanzielle und personelle Kapazitäten aufweisen. Darunter leidet auch die Zusammenarbeit, weil die dafür erforderlichen Impulse ausbleiben und jeder mit sich selbst beschäftigt ist. Insgesamt wird eine geringe Bereitschaft zum politischen Engagement konstatiert. Wie die Forschungen zum Bürgerschaftlichen Engagement zeigen, gilt dies vor allem dann, wenn diese Prozesse mit längerfristigen Bindungen verknüpft sind. So wird die Bereitschaft zum politischen Engagement nicht in einer breiten Schicht der Bevölkerung ausgemacht, sondern nur bei Einzelnen, die den Willen zeigen, sich zu beteiligen.

Es gibt eine geringe Bereitschaft irgendwo einzutreten und mitzumachen, nutzen wollen es viele, es gibt einen großen Bedarf, aber er wird nicht formuliert, auch so eine allgemeine Verdrossenheit, die die Arbeit haben, haben keine Zeit, die anderen sind resigniert. (A1)

Aber ich glaube, dass einfach den Leuten im Moment, ich glaube, die gucken nicht über den Tellerrand hinaus. Die Leute sind so mit sich beschäftigt, ist vielleicht ein Stückweit auch zu verstehen, ich meine, die wirtschaftliche Not in manchen Familien ist natürlich groß und viele Leute haben Angst um ihre Arbeit. Wenn man selber so im Straucheln ist, ist es glaube ich sehr schwer, sich dann wirklich für andere Sachen zu interessieren. (E2)

Mir fällt da niemand direktes ein, aber vielleicht warte jemand auf uns, bloß ich weiß seine Telefonnummer nicht. (B4)

Übergänge zwischen bürgerschaftlichem und parteipolitischem Engagement spielen eine große Rolle für Bündnis 90 / Die Grünen. Die Schwäche der Partei und die mangelnde Ausbildung eines Grünen Milieus kann nicht losgelöst vom Zustand der ostdeutschen Zivilgesellschaft diskutiert werden. Es ist geradezu kennzeichnend, dass Bündnis 90 / Die Grünen nahe stehende Netzwerke und Vereinigungen ebenfalls in einem Zustand der Stagnation eingetreten sind, der nicht selten mit dem Auslaufen von institutionellen Förderungen und den geringen Ressourcen der Aktiven verbunden ist (Rink 2000). Das Schicksal von Bündnis 90 / Die Grünen ist sehr eng mit der künftigen Entwicklung der gesamten ostdeutschen Zivilgesellschaft verbunden und erfordert eine Auseinandersetzung mit deren Rahmenbedingungen und Chancen.

6. Regionale und überregionale Parteistrukturen

Nachdem in den vorangegangenen Kapiteln die lokalen Netzwerke von Bündnis 90 / Die Grünen und deren Kooperationspartner analysiert worden sind, wird im Folgenden der Verbindung mit überregionalen Parteistrukturen nachgegangen. Es wird davon ausgegangen, dass hier andere Profilierungs- und Milieubildungsprozesse anzutreffen sind. Die überregionalen Ebenen wurden nicht ausdrücklich untersucht, so dass an dieser Stelle nur auf die Perspektive der lokalen Ebene eingegangen werden kann. Die in der Literatur zu den ostdeutschen Parteistrukturen von Bündnis 90 / Die Grünen konstatierte Organisationsschwäche, die sich aus der Neugründung, dem Zusammenwachsen der verschiedenen Gruppierungen und der fehlenden parlamentarischen Vertretung ergibt (Sauer 1999), findet sich in den untersuchten Basisgruppen, aber auch in den überregionalen Parteistrukturen wieder.

6.1 Vernetzungen auf den Parteebenen

6.1.1 Kreisverbände

Die Kreisverbände von Bündnis 90 / Die Grünen bilden nicht nur die den Basisgruppen am engsten verbundenen regionalen Parteistrukturen, sondern sie stellen oft die kleinste parteiliche Organisationseinheit dar. In den beiden kreisfreien Großstädten sind die untersuchten Basisgruppen identisch mit den Kreisverbänden, in den anderen Gemeinden bildete nur eine Basisgruppe tatsächlich einen eigenen Ortsverband von Bündnis 90 / Die Grünen. In den anderen Gemeinden trugen die Basisgruppen informellen Charakter. In den Kreisverbänden trafen sich die Mitglieder, aber auch die kommunalpolitisch aktiven Sympathisanten von Bündnis 90 / Die Grünen alle vier bis sechs Wochen. Allein an den Größenordnungen von etwa 10 bis 70 Mitgliedern lässt sich ablesen, dass die Struktur und Arbeitsweise der Kreisverbände sehr unterschiedlich ist. Einige besitzen ein oder mehrere mitgliederstarke Zentren, andere eine ausgesprochen polyzentrische Struktur von einzelnen, mitgliederschwachen Basisgruppen.

Es besteht kaum Zusammenarbeit mit dem Kreisverband. Wir hatten uns anfangs die Grünen-Gruppen in X. und Z. angesehen, beides keine Gruppen, mit denen wir eng zusammenarbeiten möchten. Deswegen kein Anschluss da, sondern eine eigene Gruppe. (C2)

Der Kreisverband ist so ein netter, etwas chaotischer Haufen, die sich auch privat alle ganz gern haben, aber das reicht halt nicht, um professionell Politik zu machen. (E1)

Richtige Partner habe ich wirklich nur beim Kreisverband, also wenn ich ganz arg in Not bin, da kann ich dort anrufen, was soll ich jetzt machen, als das mit den Windrädern war, da ist A. auch hergekommen, da hatte ich völlige Unterstützung. (D4)

Die Ausführungen deuten an, dass die Qualität und Kontinuität der Zusammenarbeit in den Kreisverbänden unterschiedlich ausfällt. Bereits auf der Ebene der Kreisverbände lassen sich ausgesprochen lokal orientierte Haltungen finden. Eine überaus wichtige Aufgabe der Kreisverbände wird in einer Übertragung landes- und bundespolitischer Themen in die

Basisgruppen hinein gesehen. Dazu zählt die Auseinandersetzung mit der Landesliste zu den Wahlen, mit dem Landeswahlprogramm oder mit den Ergebnissen der Delegiertenversammlungen. Eine weitere Funktion des Kreisverbandes liegt in der Möglichkeit der Schaffung von Netzwerken, damit sich Kommunalpolitiker treffen und austauschen können. Die Wirkung der Kreisverbände hängt wesentlich von dem Engagement einzelner Personen ab, die oftmals gleichzeitig in den Kreistagen vertreten sind, sich der parteipolitischen Arbeit auf Landesebene und der Koordinierung der Verbandstätigkeit widmen. Nicht alle Kreisverbände zeigen eine entsprechende Ausstrahlung in die Gemeinden; doch um längerfristig ein Grünes Milieu in ländlichen Regionen Brandenburgs bilden und in die Parteiarbeit einbinden zu können, ist die Ebene der Kreisverbände unerlässlich und bedarf besonderer Unterstützung.

6.1.2 Landespartei

Der Landesverband von Bündnis 90 / Die Grünen bildet eine politische Ebene, die wesentlich stärker auf überregionale Zusammenhänge ausgerichtet ist. Die Schwierigkeit besteht in Brandenburg allerdings darin, dass die Landespartei institutionell nur schwach entwickelt ist und so der lokalen Ebene nur geringe Unterstützung anbieten kann. Eine weiterreichende Unterstützung durch den Landesverband wird von den Basisgruppen kaum erwartet, weil dort die personellen und finanziellen Kapazitäten gar nicht gesehen werden. Fast scheint es so, als ob die Landespartei aus dem strategischen Bewusstsein der Basisgruppen gerückt sei.

Bei der Wahl gab es Zuschüsse, die aber bei weitem nicht ausreichten, ein Großteil kam aus der Geldbörse von A. (F2)

Landespolitik habe ich bei den Grünen fast aus dem Gedächtnis gestrichen, wir sind seit acht Jahren nicht mehr [im Landtag] vertreten. (A1)

Potsdam ist weit weg, aber ich habe es noch nie probiert, habe es auch nicht gebraucht. (D4)

Das Problem in der Landespolitik ist, wir sind immer Opposition gewesen, durch unsere Mitgliederschwäche, waren die meisten Aktiven durch die sehr guten Ergebnisse auf kommunaler Ebene sehr eingespannt, die meisten wollen in ihrer Kommune was machen, das reicht ihnen, die mehr machen wollten, waren sehr belastet. (D2)

Ein weiteres Problem liegt in den inhaltlichen Verknüpfungen. Die Landespolitik bietet den befragten Grünen im Verhältnis zur eigenen lokalen Situation nur wenige Berührungspunkte. Auf Grundlage landespolitischer Themen ergaben sich wenig Anhaltspunkte, zwischen den Parteiebenen stärker zusammenzuarbeiten. Allerdings wird sich von einer möglichen Landtagsfraktion versprochen, dass hier schneller Informationen an die Kommunen weitergegeben werden. Eine stärkere Vernetzung der kommunalpolitischen Ebene wird gewünscht, auf der Erfahrungen und Informationen ausgetauscht werden können. Mehrmals wurde die SPD hervorgehoben, die eine sehr gute Unterstützung ihrer Kommunalpolitiker leistet.

Was funktioniert ist so was wie der SPD-Landtagsabgeordnete D, der ist hier landauf landab bekannt, der ist immer in der Presse, nimmt die Gemeinden an die Hand, die Probleme mit ihrer Abwasserentsorgung haben, das ist eins seiner Themen, nimmt den Bürgermeister und fährt mit dem zum Landtag oder macht mit dem einen Termin beim Landesumweltamt, das Ergebnis steht hinterher in der Presse. Und so macht er das mit den Schulen, mit

verschiedenen Sachen. Das ist natürlich was, was man begreiflich machen kann, da ist einer, der kennt unsere Probleme und organisiert da was. (C1)

Als ausgesprochen schwierig wird die personelle Situation des Landesverbandes in Brandenburg geschildert. Immer wieder wurde der Eindruck vermittelt, das die Personalpolitik der letzten Jahre als *katastrophal* angesehen wird, *feindliche Übernahmen* erfolgten und ein geringes Maß an politischer Professionalität vorhanden war. Die Ursachen werden in der fehlenden parlamentarischen Arbeit gesehen, was dazu führte, dass sich die Partei in erster Hinsicht mit sich selbst auseinandergesetzt hat.

Sobald jemand gewählt ist, finden sich schon die, die die Säge haben, und anfangen prophylaktisch an den Stuhlbeinen zu sägen, wir haben noch nicht gelernt, innerparteiliches Vertrauen zu entwickeln, zu Leuten und Dingen, es muss immer alles in Frage gestellt werden, das positive Denken ist nicht entwickelt, es hat sicher damit zu tun, wenn man zehn Jahre nicht im Landtag ist, damals war das noch eine ganz interessante Angelegenheit, weil da noch ein Ziel vor den Augen war, da ist richtig Politik gemacht worden. (B3)

Die Unterstützung des Landesverbandes war immer schlecht, wir hatten dann eher Unterstützung aus irgendwelchen Partnerstädten, auch aus Berlin, finanziell war nix da und personell hat der Landesvorstand sich auch viel mit sich selbst beschäftigt, untereinander bekriegt. (A2)

Wir hatten hier die LDK vor Ort und diese Personaldebatten, das muss ich mir nicht antun. Ich hoffe, jetzt geht es besser. Gut, es gibt noch ein paar gekränkte Leute. (A5)

Erschwerend kommen die vielen personellen Wechsel in den letzten Jahren hinzu (B2)

Als ausgesprochen konstruktiv wurde von den Befragten die Teilnahme des Landesvorstandes an den KV-Sitzungen eingeschätzt, durch die eine engere Präsenz auf lokaler Ebene und eine erweiterte politische Diskussion gefördert wird.

Da hat also jetzt eine Auseinandersetzung begonnen, das wäre früher wahrscheinlich völlig an uns vorbeigegangen. Durch diese neuen Strukturen ist ein gutes Stück Professionalität reingekommen. (E1)

Unseren Landesvorstand finde ich Spitze, mit denen arbeitet es sich wirklich sehr gut zusammen, die sind total engagiert, wir haben volle Unterstützung bekommen im Wahlkampf, ... mit dem neuen Landesvorstand läuft es super. (A2)

Die Leute im Landesvorstand, da kann man nur den Hut ziehen, die fahren durch ganz Brandenburg zu Sitzungen und müssen am nächsten Morgen wieder arbeiten, und die Anderen meckern. (B3)

Als Problem wird die Verschiebung der Parteistrukturen, der Personen und inhaltlichen Akzente in den so genannten Speckgürtel angesehen. Die landespolitische Arbeit ist durch eine starke Regionalisierung geprägt, die – wie beim Fusionsthema - vor allem durch einen Zentrum-Peripherie-Konflikt ausgedrückt wird. Der ausgesprochen lokalen Perspektive der befragten Akteure fehlt eine symbolische Mitte und ein politisches Forum, um diese Spannungen zu verarbeiten. Paradoxerweise werden dadurch die neuen, anwachsenden Grünen Milieus, die zu einer landespolitischen Stärkung beitragen können, selbst als Teil dieses Konfliktes begriffen. Überdenkt man die unterschiedliche Stimmungslage zwischen Alten und Neuen Grünen, Speckgürtel und Randregionen, so wird die Gefahr der Verfestigung dieses Gefälles deutlich. Erstaunlicherweise wird diese Konstellation in den Interviews nicht mit dem häufig diskutierten Ost-West-Gegensatz innerhalb der Partei in Verbindung gebracht, dürfte aber latent zu der vorgenommenen regionalen Polarisierung beitragen. Zwar wurde

wiederholt auf fehlende ostdeutsche Identifikationsfiguren verwiesen, aber daraus wurden keine unmittelbaren Konsequenzen für das Verhältnis zur Landespartei gezogen.

Es gibt zunehmend ein Gefälle im Land Brandenburg, im Speckgürtelbereich Bevölkerungszuwachs, auch viele Grüne. In den abgelegenen Gebieten ziehen die Aktiven weg, die Mitgliederzahlen sinken. Bei der letzten Landesdelegiertenwahl waren die ersten acht Listenplätze aus dem unmittelbaren Umfeld von Potsdam besetzt, wir haben eine zunehmende Strukturschwäche, das führt automatisch dazu. Wir sind nicht mehr so vertreten und die Differenzen verschärfen sich, dass dann die Leute frustriert sind, das ist eine ungesunde Entwicklung. Es wird gesagt, wir können nicht mehr mit der Gießkanne, da sehe ich Probleme, wenn man nicht gegensteuert, meinetwegen durch eine Quotierung für periphere Regionen, bei Listen für Kandidaten. (D2)

Auf dem platten Land hat die Partei versagt, ein Wunder, dass die paar Leute noch durchhalten. Sie bekommen dort höchstens ein bis zwei Prozent, da sind keine Erfolge, weil keine Leute vorhanden sind. (B2)

Der Potsdamer Landesverband ist unheimlich stark, das ist die Hälfte der Grünen, die steigen noch an. Aber den Konflikt haben sie zwischen München und Oberbayern auch. Es schadet uns sehr, egoistisch für die eigene Region zu denken, dann schafft man nur Konkurrenz, das bringt uns nicht weiter, da drehen wir an der Schraube nach unten. (A5)

Einige Basisgruppen oder zumindest viele Aktive koppeln ihre Arbeit vollständig von der parteipolitischen Entwicklung ab. Nichtmitglieder fühlen sich noch weit weniger in die Landesstrukturen integriert. Die Neuen Grünen entwickeln dagegen ein etwas positiveres Verhältnis zu den landespolitischen Vorgängen, das aber bislang zu keinem Engagement auf dieser Ebene führt, weil der Aufbau der kommunalen Arbeit als wichtiger angesehen wird. Von den Alten Grünen sind viele von der bisherigen Arbeit frustriert und ziehen sich zurück.

Sicher, einbringen könnte man sich, wenn man zu den Landesveranstaltungen der Grünen geht, da könnte man eine Wortmeldung machen, die Entfernung nach Potsdam ist kein Problem, aber das Interesse und die Zeitkapazitäten sind nicht so stark. (F2)

Die Power ist raus, die kann ich nicht noch mal für eine Landtagswahl aufbringen. Das Problem ist mit dem Programm, ... da steht viel drin, aber ich zweifle dran, dass man so was nach außen tragen kann. Und dass das wirklich jemanden interessiert. (C1)

Was soll es, jedenfalls haben viele Leute bei uns im Kreisverband die Nase voll, Wahlkampf machen wir nur noch für uns, weil wir uns sehr gut hier kennen. (B3)

So um grüne Landespolitik habe ich mich noch nicht gekümmert, man muss aber auch dazu sagen, ich stehe ja nur auf der Liste, bin ja kein Parteimitglied. (D4)

Das Interesse an Landes- und Bundespolitik ist nicht so groß, das ist eher von jedem das private Anliegen, wir sind ein kleiner Kreisverband, wir sind kommunal sehr stark vertreten, da liegt der Schwerpunkt, ich war schon sehr froh, dass wir uns in die Programmdiskussion eingeschaltet haben. (B4)

Landespolitik wird kaum wahrgenommen. Potsdam liegt sehr weit, richtig sehen tut man sich nur zur Landesdelegiertenkonferenz. Wir haben uns am Landeswahlprogramm natürlich beteiligt, aber die Resonanz ist insgesamt nicht sehr groß. Man ist einfach nicht drin im Geschehen, eine Ausnahme bildete A., der die Verbindungen aufrecht erhalten hatte. (B2)

Insgesamt bestehen nur wenige Kenntnisse über die Vorgänge im Landesverband. Selbst Mitglieder kannten die neuen Spitzenkandidaten nicht und sahen dies auch nicht als gravierenden Mangel an, weil sie sich auf die Direktkandidaturen vor Ort konzentrierten. Das geht mit Umfrageergebnissen einher, dass der Brandenburger Spitzenkandidat von den

grünen Wählern genauso wenig bekannt und relativ schlecht bewertet wurde wie von anderen Wählergruppen (Infratest 2004).

Auffallend ist die geringe Verbindung zwischen den Ebenen, die wechselseitige Informationen und Wahrnehmungen ermöglichen würde. Die Mailinglisten und Internetportale werden nur sporadisch gelesen und eher von den bereits landespolitisch Aktiven als eine Ergänzung genutzt. Sie können aber die Schwellen zwischen den Ebenen nicht überbrücken. Ähnlich wie bei den Kreisverbänden kommt Einzelpersonen eine wichtige Schlüsselstellung zu. Um die vorhandenen Blockaden aufzuweichen, bedarf es verstetigter Kommunikationsprozesse, weil nur dadurch die durchaus vorhandene wechselseitige Wahrnehmung der Arbeit bestärkt und die in den Interviews angesprochenen Lösungsansätze weiterentwickelt werden können. Die Präsenz als Partei auf Landesebene ist für die lokalen Basisgruppen ausgesprochen wichtig hinsichtlich einer parteipolitischen Einbindung.

6.1.3 Bundespartei

Die Bundespartei spielt infolge der Regierungsbeteiligung für die grüne Identität eine große Rolle. Stets wurden einzelne Personen und Ergebnisse von den Befragten hervorgehoben, um Themen und Entwicklungstendenzen zu illustrieren. Doch befinden sich die Befragten dabei in der Position der Zuschauenden, eine aktive Auseinandersetzung mit grüner Politik auf der Bundesebene wurde nur bei wenigen kommunal Engagierten sichtbar.

Man hört jetzt schon mal genauer hin, wenn irgend etwas in den Nachrichten kommt von den Grünen oder wenn die Grünen im Bundestag sprechen, aber sonst, sich beispielsweise mit einem Thema wie der Ökosteuer auseinander zu setzen, das ist nicht der Fall, vielleicht wenn was Großes passiert (F2)

Auf die inhaltliche kommunale Arbeit besitzt die Bundespolitik einen geringen Einfluss. Die Wirkungen werden eher kontrovers diskutiert. Einerseits wird die negative Grundstimmung gegenüber der Regierungspolitik wiedergegeben, andererseits die bessere Bewertung des kleinen Koalitionspartners hervorgehoben. Die Regierungsbeteiligung wird sogar als eine Aufwertung von Bündnis 90 / Die Grünen hinsichtlich der politischen Kompetenzen angesehen.

Bundespolitik kotzt die Leute hier total an. (A2)

Was auf Bundesebene los ist, ich sag die armen Kommunalpolitiker, die werden abgestraft, das spielt auch bei den Grünen eine große Rolle, die Leute schimpfen, wenn jetzt wieder die Spritpreise steigen, da fallen ihnen die Grünen ein, das ist in die Breite nicht zu vermitteln. (D2)

Die Bundespolitik hält der eigenen Arbeit entgegen, sie bringt keinen politischen Rückhalt. Sie gehen in der Agenda 2010 auf und besetzen die falschen Themen. (B2)

Analog der Landesebene werden auch auf der Bundesebene nur geringe Unterstützungspotenziale für lokale Milieustrukturen ausgemacht.

Ich hab so das Gefühl, dass auf Bundestags- oder Fraktionsebene der Flächennoten irgendwo abgeschrieben ist, die Mitgliederzahlen sind nicht da, die Wahlen werden in den Städten gewonnen, mehr oder weniger, das kann man so machen, aber dann wird hier nichts mehr passieren. (B 3)

Anders als bei der Landespartei wird von der Bundesebene eine stärkere Unterstützung erwartet. Personelle Kontakte sind kaum vorhanden.

6.1.4 Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung wurde nur von einer Interviewpartnerin als Beleg für überregionale Parteikontakte angeführt. Auf Nachfrage wurden die Aktivitäten insgesamt positiv eingeschätzt, doch werden sie von den Befragten wenig genutzt. Meistens werden das Zeitargument und die langen Wegstrecken für die geringe Teilnahme an Bildungsveranstaltungen geltend gemacht. Das Programm wird als sehr interessant empfunden, doch oftmals fehlt die Zeit, sich neben der Erwerbstätigkeit und der ehrenamtlichen Arbeit weiterzubilden. Allerdings wird von den Befragten die Notwendigkeit gesehen, Bildungsarbeit stärker zu etablieren und mit der politischen Arbeit zu verknüpfen. Deutlich wurde außerdem der Wunsch, dass die Veranstaltungen möglichst ortsnah stattfinden.

Sinnvoll erweist sich politische Bildung auch dort, wo sie eine gewisse Unterstützung in der Auseinandersetzung mit (kommunal-)politischen Themen und Vernetzungen leisten kann. Eine Schulung für Kommunalpolitiker, wie sie beispielsweise durch das Rhetorikseminar geleistet worden war, wurde als sehr hilfreich angesehen. Insbesondere Einsteiger in die Kommunalpolitik zeigten Bedarf an gut strukturierten Darstellungen zu Haushalts- und Verwaltungsrecht als Arbeitsfelder, die sehr verwirrend seien. Des Weiteren bestand Interesse daran, dass die Seminare zu einem Austausch zwischen grünen Kommunalpolitikern führen sollen, um „über den Tellerrand hinauszuschauen“. Es ginge darum, neue Ideen z.B. über Zukunftswerkstätten zu gewinnen, nicht zuletzt deshalb, weil solche Beteiligungsverfahren eine immer größere Rolle spielen.

6.2 Parteiverständnis

Die fehlende Verknüpfung der politischen Ebenen hängt nicht nur mit den schlechten organisatorischen und personellen Voraussetzungen in Brandenburg zusammen. Auffallend sind die grundsätzlichen Vorbehalte, die die Interviewten den parteipolitischen Strukturen entgegenbringen. Die vorhandenen Netzwerke der grünen Aktiven und ihre thematischen Ausrichtungen sind sehr lebensweltlich geprägt. Persönliche, überschaubare, fast familiäre Beziehungen dominieren die relativ kleinen und homogenen Gruppen der Aktiven und charakterisieren ihre Kommunikationswege. Die thematischen Auseinandersetzungen sind zumeist mit beruflichen Fragestellungen verknüpft, aus denen die notwendigen Kompetenzen geschöpft werden. Dabei vermeidet man es, zu stark zu generalisieren, in seinen Aktivitäten zu breit aufgestellt zu sein, denn die persönliche Autorität ist für jeden Interessierten nachvollziehbar.

Ich empfand die Streitkultur hier sehr angenehm, nicht wie in Berlin, Jeder gegen Jeden, Gott gegen Alle. Es war auch als Außenstehender sehr angenehm, sehr harmonisch, in der Sache sehr unterschiedlich und kontrovers, aber sonst sehr persönlich, das war ein wichtiger Grund dabei zu bleiben. (B1)

Es herrscht die Stimmung vor, dass jenseits der Organisationseinheit des Kreisverbandes die Strukturen der Partei nach anderen Regeln gebildet werden, die entweder nicht beherrscht oder abgelehnt werden. Deshalb sind überregionale parteipolitische Identifikationen oder gar Engagementformen selten anzutreffen. Dafür sind nicht allein die mangelnden Vernetzungen zwischen den Parteebenen ursächlich. Es herrscht - für grüne Mitglieder nicht untypisch - ein gewisses Misstrauen gegenüber den Parteistrukturen und -prinzipien vor, denen man sich nicht unterordnen möchte. Es bestehen wenig Ambitionen, sich auf Landes- oder Bundesebene meinungsbildend einzumischen. Eher herrscht eine Abneigung vor, man fühlt sich in den Strukturen nicht wohl. Eine grundsätzliche Schwelle besteht darin, überhaupt in eine Partei einzutreten. Hierfür werden sowohl das grundsätzliche (aus der DDR rührende) Misstrauen als auch Einschränkungen in der Meinungsfreiheit angeführt. Immer wieder tauchte das Bild auf, nicht mehr in seiner Individualität agieren zu können, sondern sich einordnen zu müssen. Die geringe parteipolitische Identifikation hängt natürlich auch damit zusammen, dass auf lokaler Ebene sehr viel mehr Nichtmitglieder einbezogen werden, um die kommunalpolitische Arbeit zu stärken. Sie sehen die Grünen als Rahmen ihres Engagements an, ohne großen Anteil an den Parteistrukturen zu nehmen. Allerdings nehmen auch Nichtmitglieder an den Sitzungen der Kreisverbände teil. Anders fällt die Kritik der befragten Mitglieder aus. Sie kennen die Parteistrukturen von Innen und führen entsprechende Erfahrungen an. Ihre Schwierigkeit besteht darin, dass sie persönlich die Parteistrukturen als negativ erlebt haben oder Zugänge fehlen. Von den in der Partei Engagierten wird berichtet, dass sie bei anderen Mitgliedern und Aktiven wenig Interesse an diesen Zusammenhängen wecken können.

Ich bin schon oft gefragt worden, ob ich denn nun endlich reingehe, aber das ist total albern, das rührt noch aus DDR-Zeiten her, dass ich mir geschworen habe, ich gehe nie im Leben in eine Partei. Es ist zwar eine völlig andere Situation, aber ich könnte den Gedanken immer noch nicht ertragen, dass ich nicht mehr frei bin, also das ist bei verschiedenen Sachen so, da bin ich zu sehr Individualist. (D4)

Mich persönlich hat es längere Zeit von Parteien ferngehalten, weil ich nachhaltig DDR-parteilich geschädigt war, war nie in der Partei. So dass ich mich im Bündnis für B, was so nach der Wende kam, kommunalpolitisch nicht eingebracht habe. Ich war immer aktiv in der Umweltgruppe, aber eine parteipolitische Bindung bin ich erst 93, 94 nach langem Überlegen eingegangen. (B2)

Also ich wähle schon, seitdem ich wähle, die Grünen. Und von daher vertreten sie auch bestimmte Aspekte, die mir wichtig sind. ... Was ich immer wahrnehme, ist so ein bestimmter Druck zu Kompromissen, zu Auseinandersetzungen, eben Politik zu machen. Das wäre einfach nicht meine Stärke, ich muss ehrlich sagen, Politik ist mir völlig schnuppe. Das ist alles so was von egal geworden, alles ist käuflich, alles ist machtgeil, nur darum geht es. (C5)

Irgendeine Partei, mitgefangen, mitgegangen, das war es dann. Ich möchte, das ein Leben möglich ist, ohne das Menschen oder Parteien etwas übernehmen, das die Leute mehr eigenverantwortlich leben, ... , es gibt Menschen in der Partei, die powern, interessieren sich und machen, und andere, die machen nur einen Teil, tun in diesem Rahmen auch was, dann fühlt man sich minderwertiger. Denn geht es um Macht, man hat dann kein Selbstvertrauen, das machen Parteien, das macht Politik, und die schneiden sich ins eigene Fleisch damit ... Politik ist eine verzwickte Sache. Es sind viele Kompromisse nötig, die Hintergründe unklar. (C4)

Ich teile ganz viele Ansichten von den Grünen, habe aber ein paar Sachen, so typische Parteisachen, die ich nicht so gut finde, das ist mit ein Grund, warum ich sage, ich lehne es ab, in die Partei einzutreten. Z.B. was mit der Claudia Roth passiert ist, auf dem Parteitag, ich denke es ist bei den Grünen etwas weniger, die Farbenvielfalt ist sicherlich viel größer als in anderen Parteien. Aber was ich einfach kritisch sehe, gerade jetzt wo sie in der Regierung sind, da geht viel verloren dabei. (E2)

Ich weiß von den Grünen, dass sie auch kungeln um Listenplätze, das da unheimlich viel Klein Klein drauf geht, Machtgeschiebe und Eitelkeiten. Da hat man wenig Lust mitzumachen. (B5)

Politik an sich, das hab ich sehr schnell gemerkt, mit der Fusion Bündnis 90 und Grüne ging es los, wie schön dreckig dieses Spiel sein kann, damit meine ich die Parteihierarchien und Politik lebt von den Parteihierarchien. Das ist nun mal so, wahrscheinlich liegt es an diesem System, ich kann es nicht richtig festmachen, ob es an der Macht liegt, jedenfalls hat es mich nicht gereizt, da mitzumachen, ... Aber es hat auch keinen Sinn zu metern, ich muss mich entscheiden, will ich da weiter mitmachen oder nicht, dann muss ich auch den Rahmen hinnehmen, nur mit Frusten geht's halt auch nicht. (B3)

Die Äußerungen einem allgemeinen Politikfrust zuzuordnen, würde den tatsächlichen Aktivitäten der Befragten widersprechen. Die Gründe für die Ablehnung der Parteipolitik liegen auf anderen Ebenen. Erstens geht es um eine bestimmte Form der Politik, die als sich verselbstständigendes System angesehen wird. Dieses ist - wie oben dargestellt - von der eigenen Arbeit weitgehend entkoppelt. Darin äußert sich auch eine Skepsis gegenüber dem Professionalisierungsprozess von Bündnis 90 / Die Grünen, der die Partei an das konventionelle politische System angeschlossen und relativ unabhängig von den politischen Bewegungen gemacht hat (Müller-Rommel 2002). Zum Zweiten wird die Bedeutung des Politischen nicht in Frage gestellt, sondern die Funktionalität des politischen Systems anerkannt. Aber es besteht kein Zugang und nur ein geringes Interesse, die damit verbunden Regeln zu akzeptieren. Drittens werden bestimmte Missstände benannt, die durchaus Veränderungsmöglichkeiten beinhalten. Schließlich spielt eine wichtige Rolle für die parteipolitische Abstinenz das Selbstverständnis vom Politiker als Beruf. Die kommunalpolitisch Aktiven sehen sich nicht als Politiker innerhalb der Partei, ausgewiesen mit den entsprechenden Karrierechancen und Machtambitionen, sondern als Verfechter inhaltlicher Interessen.

Nicht jeder kann Politiker sein, dafür fehlen die Voraussetzungen. (B2)

Politik als Beruf, nein, überhaupt nicht, weil ich mich beruflich sehr verändert hatte, ... da hat sich ständig was Neues ergeben, das war mir erstens wichtiger, zweitens bin ich nur bedingt belastbar, insofern hat sich das alles so die Waage gehalten, ... man muss schon Prioritäten setzen, meine erste Priorität ist der Beruf, weil ich damit mein Geld verdiene, dann kommt meine Partnerschaft und dann kommt das politische Engagement. (B3)

Was ich nicht verstehe, ist dieser Ehrgeiz. Also ich will, dass die Grünen in den Landtag kommen und meinen Beitrag dazu leisten. Und wenn es passieren sollte, dass ich reinkomme, da hab ich mich damit befasst, aber ich habe ein inhaltliches Ziel, kein persönliches Ziel. Als persönliches Ziel habe ich, dass ich mit meinen Enkeln gut klarkomme, aber nicht ein politische Karriere, da denke ich, es gibt Karrieristen bei den Grünen, aber weniger als in anderen Parteien, es geht doch eher um Inhalte. (A5)

Parteipolitisch habe ich keine direkten Pläne, mittelfristig mal sehen, möchte auf jeden Fall dabei bleiben, habe sozusagen Blut geleckt, macht schon richtig Spaß und vor allem das Gefühl einzuwirken, ... ich würde gern eine grüne Landtagsfraktion haben, die so stark ist,

dass du als sechzehnter rein kommst und du dich dann ausschließlich um Kulturpolitik kümmern kannst. (A2)

Kaum einer der befragten Akteure stand vor der Frage, sich beruflich in die Politik zu begeben. So wurde eingeschätzt, dass politische Karrieren eher bei anderen Parteien möglich sind. So finden sich in den untersuchten Basisgruppen einige Beispiele von Mitgliedern, die als grüne Berufspolitiker gescheitert sind, und von ehemaligen Grünen, die wegen der politischen Karriere in eine andere Parteien (vor allem in die CDU) gegangen sind.

Nur wenige konnten in der Politik eine berufliche Karriere machen und das ist manchmal auch nicht gut ausgefallen. Der S. war Baumanager, hat sich bei den Grünen engagiert, nach dem ersten großen Koalitionsbruch hatten wir ein Besetzungsrecht für einen Dezernenten, ... es ging dann aber Stück für Stück zurück, ist neu aufgeteilt worden, dann wurde er teilweise geschnitten vom Bürgermeister, weiß gar nicht was er jetzt macht, er ist auch geschleudert worden von einer Sache zur nächsten, nicht aus persönlichen Versagen, er ist mit Idealismus dabei gewesen, hat es gemacht, weil kein anderer da war, aber ist von Beruf kein Politiker gewesen, kein so ein Darsteller, wie manche aus Westdeutschland eingestellt wurden, die sich brillant vorstellen konnten, die viel geredet haben, auch einen guten Posten verschafft haben, ich bin heilfroh, da stand auch mal eine Diskussion 1990, Übergangsstadtrat, da haben mich auch vier, fünf angesprochen, da wäre man in so eine Schiene gerutscht, vier Jahre Aufbauarbeit, dann wäre der Rest rübergeschwappt mit den ganzen Strukturen, wer weiß wo ich heute wäre, da bin ich ganz froh, bleibe bei deinen Leisten, beim Beruf. (A1)

Ich habe nie versucht hauptberuflich in die Politik zu gehen, als kleine Partei hat man da wenig Chancen. (A5)

Die wissen in der CDU, wir fangen mit 20 an, irgendwann steigen wir mal auf, aber hier baut keiner eine politische Karriere auf, im Westen vielleicht, aber nicht im Osten, dadurch gibt es aber auch ein klares Klientel bei den Grünen, Leute die mit einem Minderheitenbewusstsein kommen und damit umgehen können, die auch die Erfolgsquoten daran messen, auch die kleinen Erfolge, dass man etwas erreicht, damit leben wir auch, die Grünen wären vielleicht auch überfordert, wenn sie in die Regierung müssten oder in bestimmte Machtstrukturen müssen, diese Kompromisse und dann die Klarheit behalten zu wollen, da lebt es sich mit so einem Minderheitenbewusstsein fast besser, das ist einfach realistisch, ich hab kein Karrierebewusstsein, für mich ist es eher überschaubar, was hier ist, das andere ist mir alles zuviel, das ist eine Gruppe, die das will, aber bei den Grünen, das sind eher Leute ohne Karrierebewusstsein, vielleicht dass sie nicht nein sagen können und dadurch immer stärker reinrutschen. (A1)

Er war sozusagen der Sprecher. Und der war auch recht kämpferisch. Ich war noch recht neu, erst 88 zugezogen. Wir haben ihn schon nominiert als Bürgermeister, aber er hat dann die Stellung gewechselt. Von der CDU aufstellen lassen. Es geht ihm um Macht, er hat Macht bis heute. Da war das Neue Forum nicht mehr interessant. (C4)

Die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung weist nicht nur starke generelle Vorbehalte gegenüber den Parteistrukturen auf, sondern sichtbar werden atmosphärische Störungen, die sich auf eine eher konsensorientierte Haltung zurückführen lassen. Sie gehen weniger profilierend und ostentativ in die politische Arbeit. Außerdem können sie weniger auf eine Sozialisation in einem politischen Milieu zurückgreifen. Den Neuen Grünen wird teilweise eine andere Haltung zur Gesamtpartei nachgesagt. Das fand sich allerdings nicht in allen Interviews bestätigt, wobei bei ihnen das fehlende parteipolitische Engagement eher mit geringerem Interesse als mit grundsätzlicher Kritik begründet wurde.

Die jetzt eintreten, unterstützen bewusst grüne Politik, die damit ihren Frieden haben, die auch jünger sind, die nicht aus der Bürgerbewegung der DDR kommen und diesen ganzen Frust hinter sich haben, also wie es dann geendet ist, jünger, Westdeutsche, die anders sozialisiert sind. (A2)

Die haben bestimmte Erfahrungen gemacht mit der DDR und die von daher was verändern wollten, eine andere Kultur mitgebracht haben. (B1)

Bei den altersmäßig jüngeren Mitgliedern findet sich eine stärkere Parteiorientierung. Sie engagieren sich zum Beispiel für die Grüne Jugend. Es ist möglicherweise davon auszugehen, dass in der jüngeren Generation der Neuen Grünen einige Mitglieder eine stärkere Karriereorientierung in die Partei einbringen. Bei den meisten Befragten wird Politik als sachorientiertes, übergreifendes öffentliches Handeln verstanden, nicht als System zur Durchsetzung partikularer Interessen oder als Ort einer beruflichen Karriere.

7 Themen

Die Auswahl und Beschäftigung mit grünen Themen erwies sich als außerordentlich wichtig für das Selbstverständnis der Interviewten. Während es Bündnis 90 / Die Grünen in den westdeutschen Bundesländern gelungen ist, zentrale gesellschaftliche Konfliktlinien durch die Themen Umwelt, Frauen, Bürgerrechte und Frieden zu besetzen, konnten sich diese in den ostdeutschen Bundesländern nur schwer auf der politischen Agenda behaupten (Stöss 1999). Auf Grund der anderen sozioökonomischen Situation tendieren die ostdeutschen Mitglieder thematisch stärker in Richtung soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik. Hinsichtlich des überwiegend kommunalpolitischen Engagements der befragten Aktiven waren als die vorherrschenden Themenschwerpunkte die Finanzsituation, die Jugendarbeit und die Verwaltungsmodernisierung zu erwarten (Gusy 2004).

7.1 Themenschwerpunkte

7.1.1 Bildung und Kultur

Wichtigstes und von allen Interviewpartnern genanntes Thema ist die Bildungspolitik. Es umfasst die strukturellen Planungen im Kita- und Schulbereich, die mit einer großen Unzufriedenheit bei den Befragten, aber auch bei weiten Teilen der Bevölkerung verbunden sind. Insbesondere in den peripheren Regionen sind Schulschließungen an der Tagesordnung und führen zu einer verminderten Lebensqualität. Das Thema ist für die grüne Wählerschaft auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil hier hohe Bildungserwartungen vorhanden sind und die Erziehung der Kinder einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Hierbei wird auch über die Entwicklungsmöglichkeiten lokaler Lebensbedingungen nachgedacht. In einer der untersuchten Gemeinden trugen die Grünen die Verantwortung für einen Runden Tisch zur Schulentwicklung.

Bildungspolitik, das ist ein Thema, wenn das richtig positioniert wird, wo im Landtagswahlkampf, zumindest hier in der Region richtig Punkte zu holen sind. Im Moment wird da Speckgürtelpolitik gemacht. Die Schließung der Schulen muss aufhören, nur weil 2

Schüler zu wenig da sind, um zwei Klassen aufmachen zu können. ... In den nächsten zwei Jahren muss man damit rechnen, dass die Hälfte der Schulen geschlossen werden muss, bei dem jetzigen System. Schulwegverlängerungen bis auf 30 km in eine Richtung. Wir brauchen Lösungsgarantien, dass am Ende nicht gesagt wird, die paar Hanseln, die können bleiben, wo der Pfeffer wächst. Das kann man nicht machen, man kann das Land nicht den Dummen und den Alten überlassen. (E1)

Bildung ist in den Randgebieten ein besonderes Problem, die Schulschließungen auf dem Land, ich mache Weiterbildung in den Schulen, da sind zum Teil katastrophale Zustände. (B1)

Sinkende Schülerzahlen, das verfolgen wir halt so mit. Wir sind dafür, dass hier in C ne Schule bleibt. Da muss man sehen, inwieweit die Schule, die es gibt, inwieweit die entwicklungsfähig ist. (C2)

Wenn die Hälfte der Schulen zumacht, werden die Wege immer länger, Eltern müssen Fahrgeld zahlen, Gymnasium schließen. Man müsste auch mit kleineren Schulen leben können. (D2)

Es ist ein Unding, dass Schulsozialarbeit und Jugendarbeit über ABM finanziert werden, man kann nicht Fördertöpfe für Kriegerdenkmäler aufrecht erhalten und der Jugendklub dümpelt vor sich hin, es ist keine Kontinuität da. (D4)

Schwieriger ist eine Positionierung in der inhaltlichen Einflussnahme. In den meisten untersuchten Kommunen wird über Schwierigkeiten berichtet, sich mit den Schulen zu verständigen, gemeinsame Aktionen durchzuführen. Hierbei macht sich auch die Unzufriedenheit der Zugezogenen mit den vorhandenen Strukturen der Kindertagesstätten und Schulen bemerkbar, die nicht ihren Lebensvorstellungen entsprechen. In einer Gemeinde sind die Grünen aktiv daran beteiligt, alternative Schulkonzepte zu entwickeln und umzusetzen.

Ähnlich wie Bildung wird Kultur als ein wichtiger Punkt bei der Erhaltung der Lebensqualität einer Region eingeschätzt. Gerade der massive Wegbruch von Arbeitsplätzen führt dazu, dass solche Faktoren nicht aufgegeben werden dürfen und eine besondere Bedeutung für die zukünftige regionale Entwicklung gewinnen. In mehreren Untersuchungsgemeinden setzten sich die Grünen ausdrücklich für den Erhalt von Theatern und Kultureinrichtungen ein.

Die weichen Standortfaktoren werden immer schlechter, die öffentlichen Haushalte sind hoch verschuldet, deshalb werden die kommunalen Dienstleistungen immer schlimmer, im Moment fehlen uns die Konzepte, das Leute hierher kommen, es geht nicht nur um die Arbeitsplätze, es geht auch um Lebensqualität, Kultur wird dermaßen zusammengestrichen. (D2)

In einem erweiterten Sinne stehen Bildung und Kultur für postmaterialistische Milieuanforderungen und tragen oftmals einen engen Bezug zu zivilgesellschaftlichen Vorstellungen. In diesen Fragen wird ein enger Bezug zur heutigen, aber auch zukünftigen Lebensqualität entwickelt. Gleichzeitig drückt sich darin die Gefahr aus, dass es gerade diese Bereiche sind, die rigorosen Sparanforderungen ausgesetzt sind.

7.1.2 Bürgerbeteiligung

Die Themen Demokratieverständnis und Bürgerbeteiligung (offenes Ohr für Bürgerinteressen, Verbesserung von Beteiligungsmöglichkeiten) finden sich vor allem bei den Neuen Grünen.

Die Alten Grünen brachten diese Forderungen weniger ein und wurden von den Neuen Grünen auch als eher sach- und konsensorientierter in ihren Politikstilen eingeschätzt.

Meine Person spielt schon auch ne Rolle, weil ich hier den Volkstribun spiele. Mir geht es dabei nicht darum, den Bürgermeister oder die Stadtverwaltung vorzuführen, aber wenn Bürgerrechte mit Füßen getreten werden, wenn die Polizei dazugeholt wird, um Interessen der Kommune durchzusetzen. (E1)

Was ich auch gut finde, die Diskussionsfreude, das viele Meinungen zusammen kommen. (E2)

Es gab in der DDR keine dem Westen vergleichbare Protestbewegung, was dort die Grünen ausmacht ist die demokratische Kultur, Beteiligung, angefangen bei der Geschlechterdemokratie, Basisdemokratie ein bisschen in Anführungszeichen, Beteiligung möglichst vieler Menschen an Entscheidungsprozessen, da sind wir ein bisschen anders als eine staatstragende Machtpartei wie die SPD, die viele Sachen anders durchpeitscht. ... der Diskussionsprozess ist bei Ost- und Westgrünen schon anders, für mich ist die Frage der Demokratie wichtiger als die Erhaltung von Grünflächen oder Kopfsteinpflaster. (F1)

Offenheit ist ein ganz starkes Thema von uns. Inzwischen steht's zwar bei vielen auf der Agenda, auch bei der PDS, die sind auch die Einzigen, die im Vorfeld schon immer diese Rathausinfo rausgebracht haben. ... Die Wähler wollen, dass man mal ein bisschen neuen Wind in das Parlament rein bringt, das da überhaupt mal Fragen gestellt werden. (C2)

Die Grünen haben für alle Bürgerinteressen ein offenes Ohr, hatten die Erfahrungen mit den anderen Parteien bei dem Bebauungsplan, das war eine schwere Arbeit, die anzubaggern, die Grünen waren viel offener. (B1)

Von den Alten Grünen werden insbesondere strukturelle Reformen im politischen System angemahnt. Über die Bürgerbeteiligung im engeren Sinne hinausreichend sollten die Grünen ein stärkeres Augenmaß auf die Verwaltungsreform richten.

Die Frage ist ja, welchen Spielraum haben Landtage überhaupt noch, da bleibt im föderalen System nicht mehr viel übrig, vielleicht sollten die Grünen die Strukturen mehr verändern, Behörden und Länder überflüssig machen. (A 1)

Der Themenbereich Bürgerbeteiligung bildet nicht nur einen grundlegenden, aus der grünen Geschichte Ost- wie Westdeutschlands hervorgegangenen politischen Ansatz, er wird auch heute noch als ein spezifischer Politikstil angesehen. Er unterscheidet Bündnis 90 / Die Grünen trotz der vollzogenen Einbindung in das etablierte politische System - mehr als inhaltliche Themen - von anderen Parteien.

7.1.3 Wirtschafts- und Regionalpolitik

Zwar wird die Wirtschafts- und Regionalpolitik als Thema häufig angesprochen, aber hier besteht eindeutig das Problem, dass den Grünen immer noch wenig Handlungskompetenz in wirtschaftlichen Fragen zugesprochen wird (Raschke 1993). Wirtschafts- und sozialpolitische Themen werden vor allem von den Alten Grünen in den peripheren Regionen thematisiert. Einige der Befragten sehen sogar die wirtschaftliche Entwicklung und die Senkung der Arbeitslosigkeit als wichtigstes landespolitisches Thema an.

Großprojekte zur Arbeitsmarktstärkung sind nicht sinnvoll hier. Man wird hier erstmal kleine Brötchen backen müssen, auch wenn das in der Politik schlecht ankommt, von dem ausgehen, was da ist, zusehen, dass man die hält und gemeinsam hier was entwickeln. (E1)

Nicht fragen, was muss ich an Straßen bauen, damit sich Wirtschaft ansiedelt, sondern ich muss Leute die bereit wären hierher zu kommen, fragen, was braucht ihr an Struktur. Dann muss man drüber nachdenken. Es ist schwer sich gegen die geläufige Argumentation zu wenden. (E1)

Wirtschaftsförderung, Speckgürtel, was passiert mit diesen weiter entfernten Gebieten, kann man da zu vernünftigen Konzepten kommen, werden Uckermark und Lausitz abgehängt, was ist in den Sand gesetzt worden, Brandt, Lausitzring, wunderbare Bananenkisten, solche Themen haben sich verdammt tief ins Gedächtnis gegraben. (B1)

Das sind ganz große Probleme, die Aktiven und Jungen ziehen einfach weg, trotzdem kommen wir von der Arbeitslosigkeit nicht runter. (D2)

Es sind wirtschaftliche Fragen, wie kann mit der hohen Arbeitslosigkeit umgegangen werden, welche Konzepte kann es geben. (B4)

Das Fusionsthema ist heftig umstritten, in den peripheren Gebieten stößt sowohl die Fusion wie die Auseinandersetzung mit diesem Thema auf vollständige Ablehnung. Die befragten Grünen sehen als allgemeines Stimmungsbild eine zunehmende Ablehnung eines gemeinsamen Bundeslandes. Das grüne Wähler in ihrer Mehrheit eine Fusion befürworten (Infratest dimap 2004), heißt nicht unbedingt, dass sie es als wichtig erachten, diese Position offensiv zu vertreten. Eher wird einer solchen mit großer Vorsicht begegnet.

Wenn der Geruch von der Fusion hochkommen würde, da hätten wir gar keine Chancen, nicht mal 2 %, ganz sicher wäre das, der Glaube sitzt in Brandenburg ganz tief. (A1)

Die Angst, die ich kenne von den Grünen aus den peripheren Gebieten, Fusionen sind immer Schwierigkeiten, aber man muss sie richtig gestalten, es muss kommen, die Situation jetzt ist nicht haltbar. (A5)

Die Fusion Berlin-Brandenburg, die wird im Speckgürtel anders wahrgenommen, die Gründe für die Ablehnung haben sich nicht geändert, es gäbe ein Übergewicht Berlins, das lehrt die Erfahrung, zu DDR-Zeiten ging alles nach Berlin, die Spaltung geht nicht durch Ost und West, so machen manche die Konstruktion, so liegt sie aber nicht. (D2)

Das Thema Fusion Berlin-Brandenburg eignet sich nicht als Thema, es punktet überhaupt nicht. (B2)

Nicht das Thema Fusion, die peripheren Regionen können dies nicht verstehen, weil sie sich zurückgestellt fühlen. (B4)

Gegenüber der Bevölkerung ist es nicht vermittelbar. Dass es nicht mal eine Minderheitenklausel gab, sondern es brutal vom Landesvorstand auf der Landesdelegiertenkonferenz durchgesetzt wurde, das ist ein Hammer. (B 3)

Die Kompetenzen von Bündnis 90 / Die Grünen für wirtschaftspolitische Fragen werden zwar im politischen Umfeld nicht sehr hoch eingeschätzt, trotzdem gehen die Aktiven von spezifischen Akzenten aus, die die Grünen - z.B. in Verbindung mit Umweltpolitik und Bürgerengagement - aufzeigen können. Ausgangspunkt ist, dass bisherige Wirtschaftskonzepte die regionale Situation kaum verändert haben. Die Aussagen weisen darauf hin, dass bei den Befragten ein Verständnis von Ökonomie vorherrscht, dass eine gebremste Modernisierung und kleinteilige Wirtschaftsstrukturen klar bevorzugt.

7.1.4 Ökologie

Das Interesse an umweltpolitischen Themen wurde von fast allen Befragten angegeben. Dazu zählen insbesondere die erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus der Atomenergie und die Verpackungsmittelverordnung. Diese Themen werden auch von denjenigen benannt, die nicht zu den Aktiven in der Partei gehören, aber Bündnis 90 / Die Grünen wählen. Als besonders wichtig wird deshalb das Argument angesehen, dass es nicht nur um Umweltschutz, sondern um Energiepolitik geht. Dies leitet unmittelbar in die Wirtschafts- und Regionalpolitik über.

Was mich groß bewegte war die Frage der erneuerbaren Energien, wir hatten ausgebildete Leute, wer sich mit Kohleenergie auskannte, konnte sich auch mit Wasserstoff beschäftigen, wer Generatoren im Kraftwerk gewartet hat, der kann das auch für Windkraftanlagen, von der Kohle ist nichts übriggeblieben, aber sie sitzt so tief im Kopf, die kommen da nicht mehr raus, ... doch mit Strukturwandel durch Energiepolitik kann man in der Region punkten, da ist was passiert, was geschieht mit Bergbaufolgelandschaften, Wasserqualität, öffentlicher Zugang, Fischereiwesen, da sind einige Betriebe entstanden. (D2)

Das die beabsichtigen die Atomkraftwerke abzuschalten, das sie die Windenergie fördern, da steh ich schon hinter. (C5)

Erneuerbare Energien, Ausstieg aus der Atomkraft. Man wünscht sich schnellere Ergebnisse. (C3)

Die Themen werden in den größeren Zusammenhang einer nachhaltigen Entwicklung gestellt. Es wurden kaum reine Naturschutzziele benannt, sondern politische Fragestellungen und übergreifende, ganzheitliche Lösungsansätze angemahnt. Bezüglich der Außenwahrnehmung werden Umweltthemen, die die Bevölkerung unmittelbar nach der Wende sehr berührten heute eher kritisch betrachtet. Gerade in diesem Zusammenhang wird aber auch betont, dass Bündnis 90 / Die Grünen unangenehme Wahrheiten zu vertreten hat und nicht nur auf Wählerstimmen Rücksicht nehmen sollte.

Wie hinterlasse ich die Erde unseren Kindern, da finden wir uns am ehesten wieder, das war zu DDR-Zeiten noch dieser Slogan von der Bewahrung der Schöpfung. (A1)

Umweltthemen sind heute schwierig, einfach weil durch den Wegbruch der Industrie die Verschmutzung zurückgegangen ist, das war früher anders, nun wird der Umweltschutz eher als Gefährdung von Arbeitsplätzen gesehen. (D1)

Durch den Niedergang der Wirtschaft hat sich die Umwelt erholt, das Thema, die dreckige und schlechte Luft hat sich auf eine Art und Weise erledigt, man spürte, das Thema hatte nicht mehr die Bedeutung, es kamen ganz andere Probleme, die wahnsinnige Arbeitslosigkeit durch die Monostruktur, ... dann der Streit, Naturschutz heißt Verhinderung der Wirtschaft, zum Beispiel im Spreewald klagten die Naturschützer gegen die Investoren und da sind sich viele Menschen ihres Schatzes gar nicht bewusst, wovon sie eigentlich leben, das lassen sie kaputt gehen. (D2)

Das Naturschutzgebiet hat uns akut die letzten Wochen beschäftigt, da geht es um Bürgerbeteiligung, ein sehr zwiespältiges Thema, weil es immer auch um Arbeitsplätze geht, schwierig es klarzumachen, das ein Teil von B verloren geht, darüber Identifikation herstellen, der Naturschutzaspekt ist sehr wichtig, kann aber in der öffentlichen Debatte nur schwer vermittelt werden, auch im Programmwurf zur Landtagswahl kann man nicht immer gegen Kohle sein, weil da immer eine Menge Arbeitsplätze dranhängen, da muss man auch vermitteln, es geht um Lebensqualität, auch persönlich, auch die Sorben, eine Minderheit, denen zu sagen, jetzt nehmen sie euch wieder ein Stück weg, ist natürlich auch platt, aber erreichen tut man damit nicht die breite Masse. (B1)

Ich bin unbedingt der Meinung, das wir alternative Energien fördern sollen, Abfallvermeidung sollte ein Ziel sein, das man weniger Energie braucht. (E2)

Weniger abstrakt als die ökologischen Verzichtforderungen sind Anknüpfungspunkte an unmittelbares Naturerleben, das für Menschen immer wichtiger wird. Damit wird Ökologie stärker an die Erhaltung einer Lebensqualität des Menschen gebunden, die nicht zu einem Verzicht, sondern zu einer Bereicherung von Lebensgewohnheiten führt.

Hier sind die vielen Segler, die interessieren sich auch für den Erhalt der Umwelt. (A5)

Es ist nicht so direkt ein politisches Interesse, ein großer Teil tendiert dahin, weil die Menschen naturverbunden sind, sie haben Gärten und Land, das ist für sie schon wichtig. (C4)

Wobei es in B sehr viel Grün gibt, die Leute das auch genießen, da wundert es mich, das es nicht mehr Grüne gibt in so einer Stadt, vom Erlebnis der Stadt zum Kreuzchen auf dem Schein ist wohl ein weiter Weg, dass man das gar nicht in Verbindung bringt. (B 5)

Erstaunlicherweise wird der Bereich Agrarwende, Ökologischer Landbau und Gentechnologie von den Befragten weit weniger benannt als andere ökologische Themen (z.B. Energie und Naturschutz). Die Gründe liegen möglicherweise in dem geringen personellen und inhaltlichen Bezug zu landwirtschaftlichen Aufgabenfeldern sowie den deshalb fehlenden fachlichen Kompetenzen.

Und der Rest ist eigentlich blass. Was die Frau Künast macht, ist blass. Es hat keine Auswirkungen für mich als Bio-Bauer. Ich sehe nicht, das wir ne bessere Förderung kriegen oder mehr anerkannt werden oder das kleine System mehr gefördert wird. Der Druck größer zu werden, ist da. Je mehr man produziert, je einseitiger man ist, desto marktfähiger wird man. (C5)

Die ganze Problematik der Gentechnik, die Landwirtschaft Frau Künast, die mir sehr sympathisch ist, hat einen Bereich, der immer rechts war, die Bauernverbände fast auf ihre Seite zu ziehen, das sie auf Dauer die Billigprodukte aus aller Welt sowieso nicht unterbieten können, in zehn Jahren ist es kein grünes Thema mehr, da betreiben es alle, wie bei allen Themen. (A5)

Das Thema Ökologie wird weiter als zentrale Problemstellung von Bündnis 90 / Die Grünen betrachtet, auch wenn es von anderen Parteien aufgegriffen und nicht als dominierendes oder einziges Thema angesehen wird. Trotzdem fällt Bündnis 90 / Die Grünen eine Vorreiterrolle zu, indem dieser Partei wichtige Kernkompetenzen, die Verbindung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen und die größte Glaubwürdigkeit attestiert werden. Allerdings ließ sich keine einseitige Fixierung auf dieses Thema finden (Raschke 1993). Der Bedrohungsdiskurs in der ökologischen Bewegung, wie er aus den Eindrücken der Tschernobyl-Katastrophe vorherrschte und deshalb einen radikale Neuorientierung forderte, wandelt sich in ein eher modernes, zukunftsbezogenes Verständnis von Umweltgestaltung. Im Selbstverständnis der Grünen lässt sich ein Wechsel von Verhinderern zu Entwicklern der Zukunft beobachten.

7.1.5 Frieden, Geschlechterdemokratie, Menschenrechte

Die Themen Frieden, Geschlechterdemokratie und Menschenrechte wurden zwar immer wieder als grüne Grundsatzthemen, aber seltener als Wahlkampfthemen benannt. Besonders

intensiv war weiterhin die Auseinandersetzung mit der Friedenspolitik und den mit der Regierungsverantwortung verbundenen Kompromissen. Der Irakkrieg war eine Situation, in der in Freundeskreisen, Schulen und Kirchen sehr stark über die Grenzen und Möglichkeiten von Pazifismus sowie über die globalen Ursachen zunehmender lokaler Kriege diskutiert wurde.

Meine Mitschüler fanden die Friedenspolitik der Grünen sehr gut, die meisten waren gegen den Irakkrieg, im Unterricht wurde darüber gesprochen, da waren die meisten gegen die Amerikaner, da spielt Bundespolitik wieder eine Rolle. (F2)

Die Friedensmahnwachen, das ist jetzt nicht mit größeren Aktionen verbunden gewesen, das war eine Phase, die Menschen auch wieder aus dem Kämmerlein geholt hat. (A2)

Gut an den Grünen ist, dass sie links sind, für Gerechtigkeit, Frieden eintreten, dass viele Vegetarier vertreten sind. (B4)

Damals mit den Soldaten nach Bosnien, das stiftete schon eine Menge Unruhe, aber wenn man Politik versteht, dann kann man es wieder verstehen, sind alle abhängig voneinander, manche halten die Spannung nicht aus und kippen dann um. (C4)

Ein Bereich mit dem ich sehr unzufrieden bin, ist der militärische, ich komme aus der Friedensbewegung, sehe sehr wohl das es Grenzen für den Pazifismus gibt, das ein Außenminister anders handeln muss als ein Abgeordneter, aber ich halte die Grünen immer noch für die friedlichste Partei, die PDS lasse ich mal ein bisschen raus, die Grünen haben zumindest den Willen gezeigt. (A5)

Geschlechterdemokratie, Antirassismus und Menschenrechte wurden in den Interviews weitaus weniger als Themen angegeben, gleichwohl sie durchaus originär für grüne Politik stehen. Nachfragen ergaben zwar, dass diese Themen als sehr wichtig angesehen werden, aber als Wahlkampfthemen zu plakativ oder ideologisch ankommen würden.

Gleichberechtigung der Geschlechter, das findet sich auch in keiner anderen Partei. (A 5)

In den letzten Jahren Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, diese Standardthemen, die immer wieder auf den Nägeln brennen. (B1)

Dass sich insbesondere Jugendliche mit diesen grünen Grundsatzfragen beschäftigen, eröffnet einen wichtigen Gestaltungsraum zur Gewinnung von Neuwählern, die sich durch die kommunalpolitische Ebene weniger angesprochen fühlen und deshalb diese Themen auch auf der Bundesebene verfolgen.

7.1.6 Soziale Gerechtigkeit

Das Thema Soziale Gerechtigkeit wird immer wieder als eines der wichtigsten ostdeutschen politischen Probleme angesehen, das aber von Bündnis 90 / Die Grünen kaum aufgegriffen wird. Vorgebracht wurde es vor allem von den Alten Grünen der peripheren Regionen in Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Allerdings ist das Thema sehr kontrovers besetzt. Es reicht von der Interessenvertretung sozial Schwacher über die Reform der Sozialverwaltungen bis zur Kritik am sozialen Umverteilungssystem.

Sozialpolitik, aber da ist es schwer was zu ändern, weil es so viele heilige Kühe gibt. (D4)

Das Thema Gerechtigkeit soll schwerpunktmäßig angegangen werden, aber bislang besteht wenig Kompetenz, bislang wird eher auf Berlin verwiesen, setzen sie sich mal mit denen auseinander, wir wissen davon nichts, aber wir sehen das Problem, das müssen wir mit

besetzen, es strahlt in alle kommunalen Probleme hinein, die Auswirkungen bekommen wir zu spüren. (B1)

Die Menschen drücken sehr existenzielle Sorgen, sie sind sehr politikmüde. Das Thema soziale Gerechtigkeit ist sehr wichtig und fehlt vollkommen. (B2)

Bei den Parteien gibt es keine Lobby für Arbeitslose, im Bundestag müssten auch Arbeitslose sitzen, auch im Hauptausschuss sitzen nur junge Männer, die haben Unternehmen, die machen ihre Machtspiele, haben nur Interesse für sich. (C4)

Es wird viel zu viel umverteilt, der Staat kann nicht mehr für alles sorgen. (A2)

Die Aussagen verdeutlichen, dass das Thema Soziale Gerechtigkeit nur bedingt in Gegensatz zu Marktorientierung und Neoliberalismus gestellt wird (Stöss 1999), sondern vor allem auf den Umbau des Sozialen Systems und die sozialökonomische Situation bezogen wird. Das Interesse begründet sich deshalb auch nicht aus der sozialistischen Vergangenheit, dieser Vergleich wurde in einem der Interviews angedeutet, sondern aus der aktuellen ökonomischen und sozialen Krise mit allen ihren Folgewirkungen. Übereinstimmend gehen die Befragten davon aus, dass die fehlende Kompetenz in diesem Bereich dazu führt, dass viele Wähler nicht erreicht werden. Obwohl das grüne Wählerspektrum zu sozioökonomisch besser gestellten Lebenslagen tendiert, sind gerade der „neuen“ Mittelklasse Krisensituationen und Brüche nicht unbekannt und biographisch bei den Befragten vorhanden. Hierzu dürfte es nötig sein, das Thema - in Abgrenzung zu anderen Parteien - auf das Grüne Milieu und dessen spezifische Erfahrungen, Bedingungen und Verarbeitungsmuster abzustimmen.

7.2 Profilierungsmöglichkeiten grüner Themen auf kommunaler Ebene

An die Frage, welche Themen für grüne Politik wichtig sind, knüpft sich unmittelbar die darauf folgende Frage an, wie diese nämlich umgesetzt werden können. Die unterschiedliche Sensibilität oder Akzeptanz gegenüber einzelnen Themen wurde bereits diskutiert. Doch für die Umsetzung müssen Aussagen nicht nur über die Relevanz, sondern auch über die Vermittlungsfähigkeit eines Themas getroffen werden. Auf der hier untersuchten kommunalen Ebene wurde auf die Berücksichtigung einiger Besonderheiten hingewiesen, die weniger auf der inhaltlichen als auf der Vermittlungsebene liegen.

Die kommunalpolitische Arbeit bestimmt das inhaltliche Interesse und die Themenfindungen der befragten Grünen. Als herausragende Politikfelder wurden in früheren Untersuchungen die Umweltpolitik, die kommunalen Ver- und Entsorgungsleistungen, die Verkehrspolitik, die Bürgerbeteiligung, die Sozialpolitik sowie die Stadt- und Regionalplanung angesehen (Klux 1999). Diese Bereiche wurden auch in den Interviews angesprochen, doch zeigten sich auch neue Schwerpunktsetzungen in der Beschäftigung mit der Haushaltsentwicklung und den Finanzen, mit der Jugend- und Bildungsarbeit sowie der Stadtentwicklung und dem Stadtumbau, die aus veränderten Problemwahrnehmungen resultieren. So kann die inhaltliche Arbeit nicht mehr ohne fiskalische Aussagen geleistet werden, was eine Auseinandersetzung mit den finanziellen Rahmenbedingungen notwendig macht.

Die thematische Vielfalt erhält auf der kommunalen Ebene ein sehr konkretes Gesicht. In einer Gemeinde beförderte Bündnis 90 / Die Grünen die Installation einer Internetseite, die

ausführlich über politische Gremien, andere Parteien, Verwaltungsstrukturen, Themen der Stadtverordnetensitzungen und politische Entscheidungen informiert. In einer anderen Kommune organisierten die Akteure von Bündnis 90 / Die Grünen eine Schulkonferenz zur langfristigen Entwicklung der Schulstandorte. Oder sie setzten sich für den Erhalt der Kultur in Form der Theater ein. Energiepolitik ist ein ebenso wichtiges Thema, das sich auch auf lokaler Ebene umsetzen lässt, so unterstützten Interviewpartner die Aufstellung von Windrädern. Die aufgeworfenen kommunalen Themen lassen sich mit überregionalen Problemstellungen gut zu verknüpfen. Die Zukunft der Kommunalpolitik rückt in dem Maße als eigenständiges Thema auf die Tagesordnung wie die Handlungsspielräume durch die katastrophale Finanzsituation immer enger werden. Zukünftig könnte es auch für kommunale Akteure interessanter werden, nicht nur Politik in den Kommunen zu machen, sondern sich stärker mit (Landes-)Politik für die Kommunen auseinander zu setzen.

Über ein *“reines Sparteninteresse”* hinausreichend wurde von den Interviewpartnern immer wieder betont, dass es notwendig sei, die Gemeinde als Ganzes wahrzunehmen, also nicht einzelne Themen durchzusetzen und zu favorisieren. Damit lässt sich auch die ausbleibende thematische Profilierung auf kommunaler Ebene (Gusy 2004) erklären. Eine ostentative parteipolitische Haltung widerspricht der oft anzutreffenden integrativen, organisierenden und lokal ausgerichteten Politikauffassung. Viele, aber nicht alle kommunalpolitisch Aktiven gehen auf Grund dieses Gegensatzes davon aus, dass es wenig Möglichkeiten gibt, sich als Bündnis 90 / Die Grünen zu profilieren. Im Einzelnen lassen sich in dieser Hinsicht die folgenden vier Politikstile erkennen.

1. Die meisten kommunalen Themen und Arbeitsweisen sind so zugeschnitten, dass sie den integrativen Politikstil fördern, bei dem die gesamte Gemeinde im Blickwinkel erscheint. Die Sacharbeit gibt den politischen Handlungsrahmen vor. Auch im persönlichen Vorgehen ist man auf einen Konsens orientiert und vermeidet eine konfrontative politische Arbeit. Eine besondere Profilierung ist nicht möglich, weil man damit eine zu starke Polarisierung befürchtet.

Es gibt keine besonderen Themen, die sich grundsätzlich von anderen Parteien unterscheiden, die Parteien liegen eng zusammen. Was typisch grün ist, eine Abgrenzung ist schwierig, die grünen Positionen überlappen sich mit allen Parteien, damit ist auch ein Wahlkampf ausgesprochen schwierig. (F1)

Kommunalpolitisch können sich die Grünen nicht so profilieren, da ist alles individuell, da muss man sich auf die Themen einstellen, wenn die einen ihr Gewerbegebiet auffüllen wollen, da kann man nicht sagen, pflanzt schöne Wälder, das tut nichts zur Sache beitragen, man muss sich drauf spezialisieren, was die Gemeinde braucht ... es muss mit allen zusammengearbeitet werden, obwohl es immer Streitpunkte gibt, klappt die Zusammenarbeit, man findet immer Leute, die mitarbeiten wollen, die gemeinsam was bewegen wollen, nicht das einer sich gegen alles stellt, das gibt's da nicht, da arbeitet Jeder mit Jedem zusammen. (F2)

2. Von einer weiteren, sehr großen Gruppe der Aktiven wird Kommunalpolitik als Feld angesehen, in dem Themen sachlich und argumentativ durchgesetzt werden müssen. Im Gegensatz zum integrativen Politikstil werden dabei durchaus unterschiedliche Positionen vertreten. Dazu gilt es, für bestimmte Fragen Mehrheiten zu organisieren, für die es dann aber eher kontraproduktiv ist, sie als Leistung einer Partei darzustellen. Die aktiven Personen

rücken in die Schnittstelle der Zusammenarbeit und prägen erheblich die Außenwahrnehmung von Bündnis 90 / Die Grünen.

Wir haben in den letzten Jahren einen guten Ruf in der Stadt erworben, arbeiten sehr konstruktiv, sind keine Verhinderer. Wir rennen nicht gegen Mauern, aber sind auch keine Hinterbänkler. Mit viel Anstrengung können alle Fachausschüsse besetzt werden. Die Grünen werden als Personen sehr wahrgenommen, als belebend und interessiert. Aber politisch sind wir nicht relevant. Lokalpolitisch müssen Kompromisse geschlossen werden. (B2)

Wenn man was erreichen will, muss man Kompromisse eingehen, und da muss man sich überlegen, wie weit kann ich gehen, dass man ein bisschen was erreichen kann, das ist so ein Spiel, ... wichtig ist, dass man nicht nur als grüner Fundi auftritt, sondern es mit Finanzen unterlegt, man kann nicht nur fordern wie bei der PDS, das war ein wichtiger Schritt, ich hatte mich z.B. für einen Fond eingesetzt, zur Begründung von Häusern, wir haben ein Jugendhaus aufgemacht, das war ein harter Kampf, wir haben es mit viel Geld gebaut, aber das ist wichtig, ... Politik ist für mich, parteiübergreifend Mehrheiten zu suchen. (A5)

3. Einige Interviewpartner betonten, dass die nach der Gemeindereform zusammengeschlossenen Ortsteile ihre eigenständigen Interessen quer zu parteipolitischen Fraktionen vertreten, z.B. bei der Erhaltung von Schulen und Kitas. Diese sehr lokal orientierte Haltung der „Kirchturmpolitik“ fand sich selbst innerhalb kleiner Basisgruppen, allerdings trat sie nicht als eigenständiger Politikstil auf, sondern bezog sich auf bestimmte Entscheidungssituationen.

Als es um die Schule ging, da habe ich auch dafür gestimmt, dass sie in unserem Ort bleibt. (D5)

4. Einige Grüne sehen ihre Aufgabe darin, in der Gemeinde grünenspezifische Themen und Einstellungen deutlich zu vertreten. Sie zeigen sich darin auch kompromisslos und stehen in einer exponierten Stellung eines Mahners oder Einzelkämpfers für grünenspezifische Themen.

Mein Anliegen ist schon grün, doch das ist extrem schwer, also man hat nie das Gefühl, dass man verstanden wird, wenn man etwas sagt, muss man immer erst erklären, warum man das so denkt und so will, und muss das meistens auch sehr massiv verteidigen, man hat keine Gleichgesinnten, also ganz selten, in der Gemeinde geht es ja immer um aktuelle Themen, wenn es um Bäume oder die Alleen geht, das die was Schönes sind, das sieht hier keiner, sie sind gefährlich, müssen gepflegt werden, hab immer gesagt, das ist was Einzigartiges, aber da ist hier wenig Verständnis dafür, ich hab auch ziemlich um die kleinen Kitas in den Dörfern gekämpft. (D4)

Die veränderte kommunalpolitische Situation führt möglicherweise eher zu einer Polarisierung der Politikstile. Einerseits wird das harmonisierende Konzept verstärkt, weil die schwierige finanzielle Situation den Schulterschluss (nach außen) erfordert. Andererseits wird gerade in dieser Situation ein Aufbrechen bisheriger Allianzen und eine stärkere politische Profilierung durch Akzentsetzungen und Veränderungsdruck gesehen. Die stärkere Konfliktorientierung der Westgrünen ließ sich allerdings auf lokaler Ebene bei den Neuen Grünen nicht finden. Auch die Kultur der Runden Tische, auf die als Begründung konsensorientierter Politikstile verwiesen wird (Poguntke 1999), entbehren letztlich des damaligen Mobilisierungspotentials. Die Außenwirkung von Bündnis 90 / Die Grünen auf kommunaler Ebene dürfte in überwiegender Hinsicht weniger auf einer thematischen Profilierung, sondern auf konkretem

und langfristigem Engagement beruhen. Die Themenfelder sind dafür nicht beliebig, aber vielfältig angelegt.

7.4 Themen als Ausdruck von Wert- und Lebenshaltungen

Werthaltungen spielen nicht nur für einzelne politische Entscheidungen eine große Rolle, sondern sie dienen auch der Mobilisierung von kontextübergreifendem, generalisiertem Handeln. Insbesondere für Bündnis 90 / Die Grünen wird die Frage der gesamten Werthaltung als sehr typisch und zentral angesehen, sie wird stärker als die klassischen sozialen Verteilungskonflikte bewertet. Auffallend ist allerdings in den Interviews, dass zunächst nicht ein konkreter Bezug zu den Wertekonflikten links-rechts oder strukturkonservativ-modernistisch (Stöss 1999) entwickelt, sondern allgemein eine stärkere Wertorientierung eingefordert wird. Themensetzungen scheinen in der Beurteilung der Parteien eine geringere Rolle als bestimmte grundlegende Wertvorstellungen zu spielen.

Wenn man sich die Wahlprogramme durchliest, so groß unterschiedlich sind die nicht mal, muss man ehrlich sein, was die Parteien unterscheidet ist eher so ein Flair, wo man sich zu Hause fühlen kann, als das Grundsatzprogramm. (A2)

Der konziliare Prozess hat uns sehr beschäftigt, dass lag vielleicht an dem Alter, dass man viel mehr Ideale hatte, aber dass trägt mich heute noch, was damals gesprochen wurde, die Gerechtigkeit in der Welt, das jeder das gleiche Recht auf den Zugang zu Ressourcen hat, danach versuche ich heute noch zu leben und das weiter zu geben, das spielt aber heute leider keine Rolle mehr, das gesellschaftliche Leben ist viel zu kompliziert geworden, dass frisst einen auf, müssen wir immer alles nachmachen, damals war eine sehr fruchtbare Zeit, seit der Wende gibt es immer nur Verteilungskämpfe, ob betrieblich, in den Kommunen, bei Grund und Boden, da gibt es keinen Raum für anderes,.. Grüne vertreten am ehesten den Wertkonservatismus, nicht das spinnige Grünentum, nicht das Blasige, eher das Geradlinige. (A1)

Da hat erstaunlicherweise mal einer zu mir gesagt, der war absoluter Gegner hier, der hat mal zu mir gesagt, das Schlimme an ihnen ist, dass man ihnen das auch abnehmen muss, da musste ich so lachen, dass man ihnen nicht böse sein kann. (D4)

Das Problem unserer Gesellschaft ist diese Kurzfristigkeit, Orientierungslosigkeit, wir rauschen so durch die Geschichte. Wir brauchen ein Wertefundament, Nachdenken über grundsätzliche Fragen ist wichtig, da hab ich schon den Eindruck, dass bei den Grünen ein bisschen was passiert. Längerfristige Dimensionen sind wichtig. (A3)

Der typische Grünenwähler ist politisch interessiert, ich hoffe, dass es überwiegend Leute sind, die zukunftsorientiert sind, es gibt zuviel Leute, die nur daran denken, wie sie zu Knete kommen, ... die nur jammern und sagen, sie haben kein Geld, die einen großen Mercedes und ein dickes Bankkonto haben, die wählen bestimmt nicht grün, sondern eher die international und ökologisch interessiert sind, die weltoffen sind. (A5)

Wozu ich einen Draht habe, ist diese rein inhaltliche Sache, das Grüne, die Stellung der Natur, steht für mich neben dem Menschen und nicht drunter, das ist das was ich vom Gefühl am ehesten annehmen kann, wenn sich die ganze grüne Partei auflösen würde, dann würde mich das auch nicht berühren in dem Punkt. ... Die sollen mit den Dinge kommen, mit denen sie angetreten sind, mit Frieden und Natur, und dabei bleiben, wenn ich sowieso nur drei

Prozent habe, wenn ich mit zehn Jahren Kompromiss nichts erreicht habe, dann kann ich doch bei meinen Ursprüngen bleiben. (B5)

Dass es den Befragten - unbeachtet der Inhalte - um Aufrichtigkeit, Authentizität und Geradlinigkeit geht, erweckt den Eindruck einer Glaubensgemeinschaft. Auch wenn durchaus politische Kompromisse geschlossen werden müssen, werden Alternativen zur Modernisierungsvorstellung am ehesten von Bündnis 90 / Die Grünen erwartet. Dahinter stehen keine staats- oder ideologiekonservativen Konstrukte, sondern der Wunsch in einer offenen, pluralisierten Gesellschaft ein Fundament der Lebensgestaltung zu festigen. Bei aller Kritik wird Bündnis 90 / Die Grünen als Partei gewählt, weil sich die Befragten mit ihren Grundüberzeugungen dort am besten aufgehoben fühlen.

Hoffe, dass es bei den Grünen nicht ganz so ist, die setzen sich doch mehr für das Natürliche ein, sie wollen zumindest stoppen die Verletzungen und Vergiftungen der Erde, von daher haben sie eine Chance, aber sie müssen die auch nutzen. (C4)

Da die sozialstrukturelle Zusammensetzung der grünen Wählergruppen in Ost- wie Westdeutschland annähernd gleich ist, wird die geringere Verankerung Grüner Milieus in Ostdeutschland vor allem durch die unterschiedlichen Wertorientierungen begründet: "Die Ursache für das zaghafte Wachstum der grünen Wählerschaft in den neuen Bundesländern besteht vor allem darin, dass sich die libertären Wertorientierungen, die die Existenzgrundlage der Partei bilden, nur langsam ausbreiten" (Stöss 2002: 94). Sie werden eher als typisch westlich angesehen. "Die ‚bread and butter‘ - Fragen haben im Osten nach wie vor absolute Priorität, was sich zu Gunsten der ‚alten‘ Parteien bzw. der ‚alten Politik‘ auswirkt (ebd.). Die daraus abgeleitete These, dass der Libertarismus "gemächlich, aber unaufhaltsam" zunimmt und sich damit die Zukunftschancen von Bündnis 90 / Die Grünen verbessern, trifft sicherlich für die Neuen Grünen zu, trifft aber nicht die aufgezeigten Grundfragen der Alten Grünen. Für sie steht vielmehr die Frage, inwieweit der gesellschaftliche Transformationsprozess in Ostdeutschland und die damit verbundenen sozialen Unsicherheiten in einer Weise bewältigt und gestaltet werden können, die mehr als bisher mit grünen Wertvorstellungen einher geht. Dieser Wunsch steht in Kontrast zu Sachorientierung und politischem Pragmatismus, denen sich viele Aktive zugewendet haben, und die möglicherweise einen Ersatz für die fehlende gesellschaftliche Perspektive bilden. Damit wäre zu erklären, dass für die Distanz zur Partei nicht nur strukturell das Handeln auf der kommunalpolitischen Ebene, sondern auch inhaltlich die fehlenden - bei der ostdeutschen Lebenswirklichkeit ansetzenden - politischen Alternativen verantwortlich sind.

8 Konkurrenz um Wählerstimmen

Die Politikforschung geht davon aus, dass sich Parteien in einer Konkurrenz um Wählerstimmen befinden. Durch ihre Themen und Einstellungen befinden sie sich in einem bestimmten Verhältnis zu anderen Parteien oder politischen Initiativen. Bei den Interviewpartnern finden sich sehr unterschiedliche Einschätzungen zur Konkurrenz mit den etablierten Parteien und Wählerinitiativen. Das hängt mit unterschiedlichen lokalen

Gegebenheiten zusammen, aber bei dieser Frage lagen auch nur wenige gesicherte Erfahrungen vor, so dass die Einschätzungen einen sehr hypothetischen Charakter besaßen.

8.1 Konkurrenz zu etablierten Parteien

8.1.1 Konkurrenz zur PDS

Der PDS wird auf Grund der von ihr besetzten Themen am ehesten ein Wählerabfluss zugetraut, weil sie thematisch (z.B. soziale Gerechtigkeit) und organisatorisch gut aufgestellt ist. Die Ausführungen der Interviewpartner zeigen ein schillerndes Verhältnis von Bündnis 90 / Die Grünen zur PDS auf, das auf sehr unterschiedlichen Aussagen und Einschätzungen gründet.

Vielleicht die Konkurrenz zur PDS, ist aber sehr persönlichkeitsabhängig. Es werden Personen gewählt, nicht Parteien. Die PDS, das sind viele Alteingesessene, die dann die Familien kennen. (C2)

Die Konkurrenz zur PDS ist sehr groß bei den Jüngeren, die hat eine gute Jugendarbeit aufgebaut, die treffen sich jede Woche und da kommen 20 Teilnehmer, das ist eine schöne Runde, da muss man sich nicht erst umständlich verabreden, sondern weiß, da ist dann und dann was los, die haben auch Verbindungen zu attac, da gibt es viele Überschneidungen. (B4)

Wer hier einen großen Schwerpunkt hat, ist die PDS, ... die greift dann zurück auf alte Strukturen. (E2)

In Ostdeutschland ist es vor allem die PDS, es gibt einige Wähler die Grüne wählen würden, wenn es die PDS nicht gäbe, das ist der ganze Bereich Soziales, wo die Grünen ja auch ganz andere Vorstellungen haben, so das Thema Grundsicherung, Themen, die die Grünen früher nicht hatten, wobei ich keineswegs meine, dass die Masse der PDS zu den Grünen gehen würde, wohl eher zur CDU. (A5)

Die PDS ist sehr engagiert. (C4)

Mit PDS wollen wir nichts tun haben, wir haben da unsere alten Ressentiments, unabhängig davon, dass ich auch schon nette Leute kennen gelernt habe, mit der PDS wird soziale Gerechtigkeit verbunden, man hätte vielleicht eine richtige Ostpartei neu gründen sollen, so wie die CSU, da hätten die Bürgerbewegten auch rein gehen können, so mussten sich die zu den Grünen assimilieren, die PDS ist so eine Übergangspartei, das geht nicht, im Direktkontakt zu Personen kann ich gut reden. (A1)

Die PDS, da darf man sich nicht täuschen, die Partei ist an vielen Stellen noch so gestrig, ich würde eine Koalition nicht gut finden. (A3)

Aber eigentlich nur durchgehalten, weil ich nicht wollte, dass die PDS wieder rankommt, da musste was dagegengesetzt werden, meine Angst, dass die wieder rankommen, war so groß, dass ich mitgemacht habe. (D4)

Von den Alten Grünen besteht zu dieser Partei die stärkste Ablehnung, die vor allem aus der Vergangenheit folgt und ihr deshalb den Anspruch einer politischen Alternative in Ostdeutschland abspricht. Gleichzeitig wird gesehen, dass thematisch sehr viele Überschneidungen vorhanden sind, teilweise die gleichen Zielgruppen angesprochen werden. Bei den Neuen Grünen sind die Vorbehalte gegenüber der PDS kaum vorhanden, ihre Arbeit wird eher positiv bewertet. Von den jüngeren Aktiven wird die PDS stärker als linke Partei

wahrgenommen. Sie sehen auch eher die Basis für eine Zusammenarbeit zwischen Bündnis 90 / Die Grünen und der PDS.

8.1.2 Konkurrenz zur CDU

Obwohl die CDU von den Parteienforschern eher in Distanz zu Bündnis 90 / Die Grünen gestellt wird, lässt sich diese Haltung in den Interviews nicht ohne Weiteres feststellen. Im Gegenteil einige der Aktiven, vor allem aus kirchennahen Kreisen, sahen bei der CDU eine gute Möglichkeit der Zusammenarbeit und inhaltliche Nähe. Allerdings müssen diese Äußerungen vor dem Hintergrund einer allgemeinen Distanz zwischen beiden Parteien betrachtet werden. Kritisch wird bemerkt, dass sie als ehemalige Blockpartei der DDR keinen wirklichen Neuanfang vollzogen hat und erst jetzt neue Mitglieder nachrücken.

CDU oder Grüne, die Alternative hört man unheimlich oft, gerade in liberalbürgerlichen Kreisen, Mann wählt CDU, Frau Grüne, keine Seltenheit hier, da haben wir bei den letzten Wahlen mehr Stimmen her als aus dem linken Spektrum, wir machen bewusst eine Politik, die die Seite von uns herausstellt. (A2)

Kann auch verstehen, das es den Grünen schwer fällt, mit einer von Jörg Schönborn geführten CDU was anzufangen. (A3)

Das wird immer so belächelt, das Schwarze und Grüne, aber das würde gar nicht so schlecht passen, die CDU, die auch nahe an der Kirche ist, da würde etwas ganz interessantes herauskommen, aber die Realität sieht noch ganz anders aus, ... aber vom Grundgefühl gibt es viele Ähnlichkeiten. (A1)

Sie sind wahrscheinlich von beiden Parteien enttäuscht, von der SPD und von der CDU, obwohl sie haben nach der Wende zuerst CDU gewählt, aber nach den ganzen Geschichten jetzt, kann ich mir vorstellen, dass mehr und mehr Grüne wählen. (C4)

Die CDU wird weniger als Konkurrenz wahrgenommen, eher wird davon ausgegangen, dass Stimmen gewonnen werden können, wenn die Grundwerte überzeugend vermittelt werden können. Das Verhältnis zur CDU wird eher als Umbruch von früheren Parteiorientierungen verstanden (vgl. Klux 1999).

8.1.3 Konkurrenz zur SPD

Die Bestimmung des Verhältnisses der aktiven Grünen zur SPD ist außerordentlich schwierig. Einerseits wird eine bestimmte politische Nähe gezeigt, die mit einem linken Grundgefühl umschrieben werden kann. Andererseits scheint innerhalb der SPD so wenig an Initiative zu entstehen, dass sie von den befragten Grünen äußerst selten als (potentieller) Partner Erwähnung fanden. Viel mehr Interesse kam in dieser Hinsicht der CDU zu.

Es gibt viele, die nicht mehr SPD wählen, die werden Grün wählen diesmal. (C5)

Die SPD wird - ähnlich der CDU- als Volkspartei nicht als direkte Konkurrenz wahrgenommen. Analog zur CDU wird eher ein Wählerpotential ausgemacht. Es wird davon ausgegangen, dass ein Teil der mit der Bundespolitik unzufriedenen Wähler die SPD abstrafen, aber Bündnis 90 / Die Grünen für ihre Regierungsbeteiligung ihre Stimme geben.

8.1.4 Konkurrenz zur FDP

Das Verhältnis der befragten Grünen zur FDP wird vor allem dadurch bestimmt, dass sie beide kleine Parteien sind, die als Opposition angesehen werden. Ähnlich wie Bündnis 90 / Die Grünen sind sie in der Landespolitik sehr schwach, aber auf kommunaler Ebene zum Teil sehr stark vertreten. Allerdings können die Kommunalpolitiker der FDP auf bessere Strukturen und eine Unterstützung durch die Wirtschaft zurückgreifen.

Stärkste Konkurrenz ist die FDP, die ist hier wahnsinnig stark. (A2)

Die Konkurrenz besteht vor allem zur FDP als der drittstärksten Kraft. (F2)

Erstaunlicherweise wird zur FDP eine starke Konkurrenz ausgemacht, obwohl die Zielgruppe der Wähler durchaus sehr unterschiedlich ist. Es ist wohl vor allem der Anspruch, das vorhandene Protestpotential abzuschöpfen, mit dem die FDP in die Landtagswahlen geht, der die Wahlchancen von Bündnis 90 / Die Grünen gefährden könnte.

8.2 Wählerbündnisse

Wählerbündnisse besitzen in den untersuchten Kommunen eine sehr unterschiedliche Ausrichtung. Dies bezieht sich auf die politische Ausrichtung, aber auch auf bestimmte Arbeitsweisen der Kooperationspartner.

Das Wählerbündnis hat sich gegründet durch die Zwangseingemeindung, da sind Leute drin, CDU-Mitglieder, die sich bewusst nicht der CDU-Fraktion angeschlossen haben, obwohl die versucht haben, so einiges an sich zu reißen ... Ob es sich auf die Dauer halten kann bleibt abzuwarten, aber im Moment fangen sie das Bedürfnis der Leute ein, die hier in der Umgebung wohnen, da viele gegenüber Parteien ohnehin misstrauisch sind. (E1)

Sie zweigen ein enormes Protestpotenzial ab, vor allem wenn sie eine einheitliche Liste erreichen. Auch wenn inhaltlich große Unterschiede bestehen, so kämpfen Grüne und Parteilose um die Protestwähler, die der Regierung keine Stimme geben wollen. (F1)

Wir haben hier nur eine SPD Abspaltung, die ärgerlicherweise, obwohl sie bei uns eine Heimat hätten finden können, irgendwie wollten sie das nicht und haben sich zu diesen unsäglichen Bürgerlisten geschlagen, kurz vor den Wahlen aus dem Boden gestampft, Unzufriedene, die keinen Listenplatz abbekommen hatten, verstärkt um irgendwelche Bürger, die sehr sachkundig, aber alle irgendwie rausgekickt wurden, die aber die Strukturen von innen kennen, haarsträubende Geschichten erzählen, die z.T. auch stimmen, mit denen arbeiten wir eigentlich sogar zusammen, sie machen kommunalpolitisch eine hochqualifizierte Arbeit. (A2)

Wir waren schon überrascht als die angetreten sind und haben schon eine Gefahr drin gesehen und wir haben ja auch in C weniger Stimmen gekriegt als für die Kreistagswahl, das liegt daran, das das Wählerbündnis für den Kreis nicht so angetreten ist. (C1)

Das Wirtschaftsbündnis war erstmals angetreten, viele Selbständige, Aktive, denen man was zutraut. Das Problem ist, dass sie fürchterlich schlecht koordiniert sind. Es ist sehr FDP-nah. Eigentlich ist das der Amtsdirektorverein. (C2)

Es gab eine ganz starke Konkurrenz von Bürgerbündnis, der Frauenliste, der FDP, und wir waren ganz frisch. (B3)

Die Konkurrenz wird von den interviewten Grünen kaum gegenüber den etablierten politischen Parteien wahrgenommen. Die Überschneidung zu politischen Wählergemeinschaften und Wählerinitiativen ist im Allgemeinen thematisch nicht sehr ausgeprägt. Allerdings wird eingeschätzt, dass sie ein Protestpotential mobilisieren können, dass Bündnis 90 / Die Grünen teilweise auch im Focus hat.

8.3 Wahrnehmung der Grünen in der Öffentlichkeit

Entscheidend für das Wahlverhalten ist neben der thematischen Profilierung einer Partei auch deren Einschätzungen, Wählerinteressen kompetent zu verfolgen. Bei den befragten Aktiven zeichnet sich eine Einschätzung ab, dass Bündnis 90 / Die Grünen in der Öffentlichkeit in dieser Hinsicht an politischem Gewicht gewonnen hat. Diese Wahrnehmung der Grünen erfolgt im Wesentlichen durch die Bundespolitik, währenddessen sie auf der kommunalen Ebene vor allem durch die Personen bestimmt wird. Deutlich wird auch, dass trotz einer wachsenden Akzeptanz in manchen sozialen Milieus (z.B. Angestellten), in anderen (wie dem der traditionslosen Arbeiter) eine deutliche Ablehnung von Bündnis 90 / Die Grünen vorhanden ist. Es kann in diesem Zusammenhang von einer Resistenz gegenüber grünen Themen und politischen Vorstellungen gesprochen werden.

Obwohl da schon die Vorstellung ist, da kommen Chaoten. Das Bild ist hier im Osten noch sehr verbreitet. Und es wird auch gesehen, dass das eine Partei für die oberen ... ist, das können wir bedauern, aber das ist eben auch so. Da müssen wir was dran tun. (E1)

Die Grünen, das ist immer so ein diffuser Begriff, oftmals auch negativ ausgelegt, denn die Grünen verhindern alles, das Ganze ist nicht immer so ganz positiv in der Stadt bewertet, weil eben die Grünen, die verhindern Investitionen und dies und jenes. (C3)

Die Leute sind ein bisschen zurückhaltend, ich hatte mal in unserem Wahlbündnis die Diskussion, die wollten damals bei den Fünf Mark [Benzinpreiserhöhung] den Namen Grüne raushaben. Ich sag, seid ihr verrückt, jetzt ist alles weg, selbst die damals dagegen waren, sind jetzt wieder dabei. Vielleicht ist das ein Punkt, wo wieder anders gedacht wird, es gibt wieder mehr Interesse, die Grünen werden wahrgenommen, die Grünen werden mit guten Kommentaren bedacht, ihr Engagement wird honoriert. (D1)

Die Grünen sind im Moment wenig präsent, man muss gucken, wie man spezifisch grüne Anliegen deutlich macht. Das ist aber nicht der Fall, darum würde ich das in der Stadt eher als skeptisch ansehen, auf Landesebene denke ich, hängt das auch davon ab, wie sich die Landespolitiker darstellen. Aber überhaupt, positive Grundstimmung, Aufbruch, Optimismus, das ist glaube ich, eine Grundvoraussetzung um überhaupt eine Chance zu haben und das scheint mir diesmal gegeben zu sein. (A3)

Früher hieß es, die mit dem Strickpulli, aber da ist ein großes Umdenken passiert, seitdem sie in der Regierung sind, sie wirklich Verantwortung haben, da werden sie nicht mehr links liegen gelassen, die haben wirklich was weitergebracht, nicht abgetan. (A1)

Das Erscheinungsbild hat sich verändert, die Strickpullovergrünen, die gibt es so nicht mehr, ich sehe auf der LDK keinen mehr stricken, Kinderbetreuung, da wird ein extra Raum angeboten, so was gibt es da nicht mehr, die haben eine wichtige Rolle gespielt für die Entwicklung, aber heute wird sich kaum mehr ein Grüner hinstellen und das Autofahren verbieten, die Grünen fahren alle Auto, es geht darum, die Gesamteinsparung zu bekommen,

mit einem Auto zu fahren, was wenig Sprit verbraucht, das Tempolimit einzuführen, ... doch die alten Bilder sind unheimlich stark, die Grünen haben sich schneller verändert als ihr Außenbild, das geht von grüner Spinner bis hin zu einer gewissen Achtung, das ist die ganze Spannbreite, auch: macht ihr mal, ich finde das gut. (A5)

Bei mir im Werk ist ein völlig anderes Niveau, da wird grüne Politik gar nicht wahrgenommen oder sie wird negativ wahrgenommen, die Frage der Ökosteuer, die heftig diskutiert wurde, die Idee wird nicht gesehen, man sieht nur, dass man an der Tankstelle mehr bezahlen muss, man sieht nur ein Grüner, der hat alles durcheinander gebracht. (A6)

Die Befragten schätzen ein, dass sich in ihrem sozialen Umfeld die Wahrnehmung von Bündnis 90 / Die Grünen durch eine Zunahme von Kompetenzen verbessert hat. Am Strickpulli wird ein Wechsel zu mehr Modernität festgemacht. Das Beispiel der Kinderbetreuung zeigt, dass sich eine arbeitsfähige Professionalität herausgebildet hat, die durchaus in der Lage ist, ehemals belächelte Veränderungsabsichten weiter zu verfolgen und zu gesellschaftlicher Akzeptanz zu verhelfen. Das Thema Autofahren verweist auf eine soziale Positionierung in der Gesellschaft, die nicht von Ablehnung, sondern von konstruktiver Veränderung geprägt sei. Deutlich wird aber auch die Schwierigkeit des Verbleibs in einer marginalen Position, weil eine Stereotypisierung des politischen Anderseins sich verfestigt hat. Sie kann sich in Bewunderung und Unverständnis ausdrücken, gemeinsam ist die politische Exklusivität.

So ein bisschen hat man auch, na wie soll ich es sagen, in gewissem Sinne eine Freiheit, wenn man zu gewissen Dingen steht, dann wird gesagt, der A. darf man solche Sachen nicht Übel nehmen, die sagt solche Sachen, also das steht einem irgendwie zu, weiss nicht, wie sich das entwickelt hat. Ich war nie erpicht auf Stimmen, hab nie etwas gesagt, damit die mich wählen, wenn sie mich nicht wählen, dann sind sie selber dran Schuld, dann mach ich was anderes, irgendwann kann man Sachen sagen, die die Anderen nicht hören wollen und wird trotzdem akzeptiert, das ist so. (D4)

Bei der veränderten Wahrnehmung spielt die Lokale Presse eine ganz entscheidende Rolle. Ihre Fokussierung auf die etablierten Parteien löst sich in dem Maße, wie Bündnis 90 / Die Grünen ihre Präsenz deutlich zeigt und Kontakte mit den Redakteuren pflegt. Wenn eine Berichterstattung erfolgt, wird sie als sehr positiv bewertet. Auch auf der lokalen Ebene scheint sich ein Wandel von der öffentlichen Mobilisierung zur medialen Öffentlichkeitsarbeit (Rink 1999) durchzusetzen.

Wir werden inzwischen als Bereicherung der politischen Landschaft angesehen. (F1)

Die lokalen Zeitungen sind uns wohlgesonnen. (C1)

Wir haben eine Superpresse im Moment, erstmal sehr feindselig, wir hatten einen Kandidaten, der hier auch schon aus der Bürgerbewegung kommt, sehr sperriger Typ, da haben sie uns abgewatscht, ein ganz finsterer, böser Artikel, das dauerte zwei Wochen und ein Gespräch mit dem Chefredakteur, dann fing es an, sich merklich zu bessern, Grüne wurden vorher totgeschwiegen, auch wirkliche Erfolge. (A2)

Wir haben hier in der Region nur eine marktbeherrschende Tageszeitung, die bringen von den Grünen fast nichts. (D2)

Eine besondere Problematik liegt darin, dass Bündnis 90 / Die Grünen eine geringe Profilierung in der Öffentlichkeit vornimmt. Immer wieder wurde darauf verwiesen, dass es für Außenstehende schwierig erscheint, die politischen Aktivitäten von Bündnis 90 / Die Grünen

diesen auch tatsächlich zuzuordnen. Zwar werden die Engagierten in der Öffentlichkeit wahrgenommen, aber nicht in jedem Fall als Mitglieder dieser Partei.

In der Öffentlichkeit treten wir noch relativ wenig als Ortsgruppe auf und werden auch noch nicht so wahrgenommen, Grüne setzen sie hier gleich mit Agenda. Ich werde immer für die Agenda angesprochen. (C1)

Ich habe sie bisher nicht als Gruppe der Grünen wahrgenommen. Nur die Personen. Ich weiß, dass der H. als Stadtverordneter arbeitet, aber nicht als Gruppe. Ich weiß nicht, wer noch dazu gehört. (C3)

Das ist für mich schwer zu sortieren, welchen Anteil der Stimmen auf ne Person gehen und wo halt Leute ne Partei wählen. Ich halt mich nicht für so furchtbar wichtig, ich hoffe mal, dass die meisten ein stückweit grünes Programm wählen und nicht irgendeine Person. (E1)

Es werden oft die Personen wahrgenommen, nicht die Partei. (A1)

In einer kleinen Stadt, ist es so, das so eine Partei immer mit den Leuten identifiziert wird, die in der Partei sind. (C4)

Wir werden als Grüne gesehen, die meisten wissen gar nicht, dass ich nicht drin bin. (C4)

B ist wieder zu groß als das man als Person etwas bewegen kann, das ist in Orten mit 10.000 Einwohnern anders, mit 100.000 ist das etwas Anderes. (B3)

Wir haben gute Spitzenkandidaten, die Leute wählen Köpfe, dann kommt es auf die Leute vor Ort an, die die restlichen Prozente bringen müssen, bekannt bin ich, mehr als die zugezogenen Leute, und die Glaubwürdigkeit ist ganz wichtig. (A5)

Also wenn es nach Personen ginge, würde ich eher nicht wählen, in der Stadt B, den W. kann ich wählen, da weiss ich, dass der okay ist. (B5)

Es ist so, dass es komisch aussieht, wenn Grüne auftauchen im Öffentlichen, dass das dann komisch war, also komische Stände, Bierfeste mit der PDS zusammen, ... und ich hab gesagt, das könnt ihr doch nicht ernst meinen, oder das kannst du doch nicht ernst meinen, Gründe waren, dass man kaum was bezahlen muss, einen Stand aufstellen kann, es kommen ganz viele Leute, der Marienberg am Ersten Mai ist schön, nicht weiter begründet. (A2)

Es ist davon auszugehen, dass die Wähler nicht allein über die Medien erreicht werden können, sondern dass für die Wahrnehmung von Bündnis 90 / Die Grünen die Ausbildung von Milieus, d.h. sich überlappenden persönlicher Netzwerke mit gemeinsamen Erfahrungshintergründen, eine große Rolle spielen.

9 Wählerpotential

9.1 Wahlchancen

Hinsichtlich der Wahlchancen von Bündnis 90 / Die Grünen bei den kommenden Landtagswahlen zeigen die Befragten einen verhaltenen Optimismus, teilweise waren sie auch sehr skeptisch. Die Chancen werden als sehr knapp eingeschätzt. Allerdings konnten die Befragten nur spekulieren und keine realen Wahlanalysen vorweisen. Ein Wahlsieg wird als sehr wichtig für die Zukunft in Brandenburg angesehen.

Die Chancen sind nicht so günstig. (D1)

bei den Landtagswahlen, das wird ganz schwer, aber es ist nicht berechenbar. (D2)

sie werden es schaffen, es muss mal sein. (D3)

Die Umfragen sind ja ganz gut. (D4)

5 Prozent sehe ich noch nicht so richtig, das ist nicht realistisch. (B3)

Halbe, halbe, versteht die Euphorie nicht, vielleicht werden es knappe 5 Prozent. (B4)

Ich denke ja. (C5)

Also ich würde es den Grünen wünschen, dass wir reinkommen, bei den Kommunalwahlen werden es noch viel mehr sein als bisher. (C4)

Landtagswahlen, Chancen, kann ich nicht einschätzen. Inwieweit Grüne in den Blick rücken, das sehe ich im Moment weniger. (A3)

Es geht darum zu verdoppeln, ich denke, dass sich da was tut. (A5)

Vergleicht man die Wahlergebnisse der Untersuchungsorte in den vergangenen zehn Jahren, so zeigt sich nach einem deutlichen Tief Mitte der 1990er Jahre eine leicht steigende Tendenz in den Wahlerfolgen.

Wahlergebnisse nach Untersuchungsgemeinden (in %)

	LW 99	LW 94	KT 03	KT 98	KT 93	EW 04	EW 99	EW 94
Fall A	2,1	4,0	3,4	5,4	-	7,6	3,1	4,6
Fall B	2,8	4,0	6,1	5,8	6,1	8,7	3,4	4,9
Fall C	2,5	3,3	6,0	4,4	-	9,1	4,1	4,6
Fall D	1,2	-	7,5	10,2	10,7	2,8	2,1	3,7
Fall E	1,0	3,6	3,7	1,4	3,0	4,9	1,9	4,6
Fall F	2,3 2,3	- -	4,9	- -	- -	13,8	6,8 6,0	5,7 5,1
Wahlergebnis Land Brandenburg	1,9	2,9	4,2	4,1	4,2	7,8	3,3	4,6
Wahlbeteiligung Land Brandenburg	54	56	46	78	55	30	30	42

Quelle: LSD Brandenburg

LW – Landtagswahlen; KT – Kreistagswahlen; EW – Europawahlen

Im Fall F wurden die Wahlergebnisse vor der Gemeindezusammenlegung getrennt ausgewiesen.

Bei den Befragten wird von einem relativ stabilen Wählerpotential ausgegangen. Es herrscht die Meinung vor, dass dieses Potenzial nur wenig veränderbar sei. Bei der Beurteilung der grünen Wählerschaft handelt es sich um eine Mischung von einem relativ stabilen Wählerpotential und einem leichten Zugewinn, der durch gute personelle Besetzungen entsteht. Aus anderen Untersuchungen sind Erkenntnisse über einen hohen Anteil von Wechselwählern bei Bündnis 90 / Die Grünen bekannt (Stöss 1999). Dieser Umstand deutet darauf hin, dass das Wissen über den stabilen Kern der Grünenwähler, die in das Grüne

Milieu involviert sind, bei den befragten Akteuren sehr gering ist. Angaben über bestimmte Zielgruppen und Wählerpotentiale waren kaum zu erhalten. Der starke Gruppenbezug führt nur zu einem geringen Kenntnisstand über das tatsächliche Wählerpotential.

Es gibt ein bestimmtes Sympathiepotenzial, relativ unabhängig von den Themen und Kampagnen, ... das ist eben eine Schicht, die für grüne Forderungen ohnehin empfänglich ist, mehr als ein arbeitsloser Brandenburger, eher eine Stimmung als ein Programm. (F1)

Die Grünen werden bei den Prozentanteilen bleiben, wo sie heute sind, da wird es keine großen Verschiebungen geben. (A1)

Strukturell liegen die Grünen bei 3 – 4 Prozent, in einem schlechten Jahr brauchen wir erst gar nicht probieren, dann kracht es unter 2 Prozent, wenn wir gute Arbeit gemacht haben und es werden 4 Prozent, und dann geben manche noch was rein, ein bisschen aus Mitleid. (B4)

Es hat sich kaum geändert, das ist ein Stamm, aber im Umland hier, da wählt keine Sau Grün, so zieht sich das durch, es gibt ein paar Highlights, die Wahlumfrage 1998 lag auch so was von daneben, ich sehe da nicht dieses Potenzial, wir haben schon fast alles probiert, 1993 hatten wir jeden Wahlkreis gerade mal mit drei Leuten besetzt, in 1998 haben wir totales Wooling gemacht, viele Kandidaten und fast die gleichen Prozente. (B3)

Es ist eine relativ stabile Größe, es handelt sich um ein starkes, aber nicht ausbaufähiges Wählerpotential. (B2)

Die Auswirkungen von Wahlkämpfen auf das Wählerpotenzial von Bündnis 90 / Die Grünen wird als eher gering eingeschätzt. Veränderungen sind in anderer Hinsicht zu erwarten. Zum einen ist es ein grundlegender gesellschaftlicher Stimmungswandel, der Bündnis 90 / Die Grünen eine politische Kompetenz zuspricht, die durch eine entsprechende personelle Kontinuität untermauert wird. Eine Erweiterung des Grünen Milieus wird vor allem bei Zugezogenen und bei den Jugendlichen gesehen.

9.2 Wahlentscheidung und Milieubildung

Im Gegensatz zu anderen Parteien können Bündnis 90 / Die Grünen ihre Zielgruppen nur in begrenztem Umfang über charismatische Persönlichkeiten oder Wahlkampagnen erreichen. Im Gegenteil, es wurde gerade von den Befragten im Umfeld von Bündnis 90 / Die Grünen immer wieder Skepsis gegenüber diesen Formen betont. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass es sich beim Grünen Milieu um Personen handelt, die aus Überzeugung ihre Stimmen abgeben. Dadurch sei auch die Werbung nur bedingt tauglich.

Aber übers Land Flugblätter abzuwerfen, das funktioniert nicht. Es müssen Menschen in konkreten Fragestellungen angesprochen werden, es ist ein Lernprozess. (F1)

Es sind unpopuläre Dinge, man kann keine Massen begeistern, ich habe auch aufgehört, sehr vordergründig zu missionieren, ich hab gelernt, dass manchmal so ganz kleine Reflektionen kommen auf Grund einer authentischen Lebensweise, dass man durch kleine Bemerkungen manchmal am Mittagstisch, ..., da brauche ich sie gar nicht bedrängen, das kommt von ganz selbst, das sind keine großen grünen Themen. (A1)

Wenn wir öffentliche Veranstaltungen machen, die Leute kommen nicht, die nutzen auch die Chance zur Information nicht, die Politikverdrossenheit ist ganz gewaltig, die Enttäuschungen, die wirtschaftlichen Belastungen, man sieht es an der Wahlbeteiligung. (D2)

Die Kriterien von Wahlerfolgen sind vielmehr in personeller Kontinuität, identitätsstiftenden Aktivitäten, regelmäßiger Öffentlichkeitsarbeit, thematischer Arbeit und Einbindung eines weiteren Netzwerkes zu sehen (Heilmann 2000). Die Wahlentscheidungen scheinen wesentlich stärker auf langfristige Wertorientierungen angewiesen zu sein, wie sie in bestimmten sozialen Kontexten, z.B. in sozialen Bewegungen und lokalen Milieus, vermittelt werden. Als eine wichtige Aussage für die Wahlchancen kann angesehen werden, dass die lokale Aufstellung eng mit den Wahlergebnissen korrespondiert. Dort wo es aktive Basisgruppen gibt, erzielen Bündnis 90 / Die Grünen bessere Wahlerfolge (Gusy 2004; Kux 1999). Insbesondere in kleineren Orten werden Wahlentscheidungen von dem Bekanntheitsgrad von Personen abhängig gemacht. Die persönliche Kontinuität im kommunalpolitischen Engagement ist dafür eine wichtige Voraussetzung, so dass Authentizität nachvollzogen und konkrete Erfahrungen ausgebildet werden können. In diesem Zusammenhang kann davon gesprochen werden, dass Milieus nicht nur als sozioökonomische Gruppen in der Gesellschaft bestehen, sondern über Engagement, gemeinsame Erfahrungen und soziale Netzwerke regelrecht *gebildet* werden.

Wenn es keine Grünen gibt, dann werden sie auch nicht gewählt, es gibt dann keine Informationen, es kommt keiner aus anderen Orten hierher. (F2)

Dort wo wir aktive Leute haben, können wir auch ganz gute Ergebnisse erzielen, ... bei Kommunalpolitik kommt es auf den Bekanntheitsgrad der Menschen an, das ist einfach der Bekanntheitsgrad, das Vertrauensverhältnis. (D2)

Also Grüne gab es bisher nicht, A. hat sich aufstellen lassen, war der Erste. Es gibt schon viele Leute, die sagen, ja, wir brauchen die grüne Partei. Sie selber haben sich aber nie aufstellen lassen. ... Und A. ist zwar ein Neuer, den man noch nicht so kennt, der aber durch seine Aktion hier, Sonne für Schule in den Vordergrund gerückt ist. Und das sehen die Leute. Und nach und nach wird A. ein akzeptabler grüner Mann sein und beim nächsten Mal sehr viel mehr Stimmen bekommen, denn die Leute wollen was sehen. (C4)

Leute, die uns wählen, das sind welche, die mitgekriegt haben was wir hier machen oder die uns kennen. (C2)

Die Milieubildung beinhaltet die Gestaltung konkreter Kommunikations- und Handlungszusammenhänge, in denen gemeinsame Erfahrungen gemacht werden und sich eine soziale Identität ausbilden kann. Die Notwendigkeit der Milieubildung für politische Wahlen besteht darin, dass sie ein Selbstverständnis generieren, welches dann situations- und personenübergreifend wirksam werden kann. Charakteristisch für das hier untersuchte Grüne Milieu ist, dass verallgemeinerte Grundwerte und –überzeugungen oft ausschlaggebend für konkretes Engagement und einzelne Wahlentscheidungen sind.

Der hier untersuchten kommunalen Ebene kommt bei der Milieubildung eine herausragende Stellung zu. Geht man dabei nicht nur von einer selbsttragenden Entwicklung aus, sollte das Grüne Milieu nicht ausschließlich im Brandenburger Speckgürtel gesucht werden. Die Brandenburger Peripherie und ländliche Gebiete dürfen nicht aufgegeben werden, denn hier können durchaus weitere Potentiale erschlossen werden. Die Milieubildung basiert auf konkreter Arbeit und Themensetzungen innerhalb von sozialen Netzwerken. Allerdings zeigen die Ergebnisse der Studie auch, dass lokale Milieus nicht zwangsläufig zu einer parteipolitischen Profilierung von Bündnis 90 / Die Grünen führen. Um hier andere Akzente zu setzen, müssten stärker gesellschaftspolitische Inhalte in und mit den Basisgruppen angeregt

und diskutiert werden. Dazu ist es jedoch notwendig, dass die Kommunikation zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei verbessert und verstetigt wird.

10 Literatur

Gusy, A. 2004: Analyse der Brandenburger Kommunalwahlen 2003. Positionierung von Bündnis 90 / Die Grünen. Berlin

Heilmann, F. 2000: Potenzial-Analyse – drei ostdeutsche Beispiele. o.O.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) 1999: Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam

Infratest dimap 2004: Brandenburg Barometer März 2004. Berlin

Janecek, D. 2000: Bündnis 90 / Die Grünen. Schwierigkeiten der Etablierung in den neuen Ländern. Diplomarbeit an der Hochschule für Politik der Ludwig-Maximilians-Universität München – Sozialwissenschaftliche Fakultät

Kux, U. 1999: Bündnis 90 / Die Grünen: Hausmacht in den Kommunen? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S. 53 - 61

Land, Rainer 1999: Reformpolitik in Zeiten der Depression. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S. 81 - 95

Lazarsfeld, P.F. / Berelson, B. / Gaudet, H. 1969: Wahlen und Wähler. Soziologie des Wahlverhaltens. Neuwied

Liao, K.-H. 2000: Die Beteiligungsformen der Grünen Parteien auf kommunaler Ebene. Deutschland, Österreich und die Schweiz im Vergleich. Dissertation an der Philipps-Universität Marburg

Lipset, S. M. / Rokkan, S. 1967: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: dies. (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York

Meckel, E. 2002: Die Grünen und der deutsche Osten. In: Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik, H. 16, S. 47-52.

Müller-Rommel, F. 1993: Grüne Parteien in Westeuropa: Entwicklungsphasen und Erfolgsbedingungen, Opladen

Müller-Rommel, F. 1994: Green Parties under Comparative Perspective. Working Paper 99, Barcelona

Müller-Rommel, F. 2002: The Lifespan and the Political Performance of Green Parties in Western Europe. Manuskript

Müller-Rommel, F. / Poguntke, T. 1993: Die Grünen. In: Oberreuther, H. / Minzel, A. (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München, S.319-361

Müller-Rommel, F. / Poguntke, T. 1991: Lebensstile und Wahlverhalten. 'Alte' und 'neue' Milieus in der Wahlforschung, in: Wehling, H.-G. (Hrsg.): Wahlverhalten, Stuttgart, S. 179-193.

Neugebauer, G. 1999: Die Bündnisgrünen im Wertehorizont der deutschen Gesellschaft. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S.45-52

-
- Niedermayer, O. (Hrsg.) 1996: Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen
- Niedermayer, O. 1996: Das gesamtdeutsche Parteiensystem. In: Gabriel, O. / Falter, J. (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Frankfurt a.M., S. 106-130
- Poguntke <http://www.oeko-net.de/kommune/kommune9-99/dpoguntk.HTM>
- Poguntke, T. 1993: Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie, In: Niedermayer, O. / Stöss, R. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen, S. 187-210
- Poguntke, T. 1999: Differenzen und Chancen bei den Bündnisgrünen: Strategische Empfehlungen für eine geschwächte Partei. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S.32-38
- Poguntke, Thomas 1996: Bündnis 90 / Die Grünen, in: Niedermayer, O. (Hrsg.), Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen, S. 87–112
- Pollack, D. / Pickel, G. 2000: Die Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland – Zwei getrennte Elektorate oder nur partielle Abweichungen? In: Pickel, G. u.a. (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems, Opladen, S.79-100
- Raschke, J. 1993: Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln
- Raschke, J. 2001: Die Grünen. Hamburg
- Rink, D. 2000: Blockierte Entfaltung. Soziale Bewegungen in den Konfliktlinien der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. In: Misselwitz, H. / Werlich, K. (Hrsg.): 1989: Später Aufbruch - frühes Ende. Potsdam
- Rucht, D. / Blattert, B. / Rink, Dieter 1997: Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung? Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands. Frankfurt a.M.
- Sauer, T. 1999: Das landespolitische Dilemma der Bündnisgrünen im Osten. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S.39-44
- Scherer, K.-J. 1999: Wechsel '98: Wähleranalyse – Parteienlandschaft im Osten. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung. Berlin / Potsdam, S. 72-80
- Schönfelder, S. 1999: Das Verhältnis von Umweltbewegung und Bündnis 90 / Die Grünen in den sechs östlichen Bundesländern am Beispiel Grüne Liga. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S. 96-99
- Stöss, R. 1999: Die Bündnisgrünen im Parteienwettbewerb Ostdeutschlands: Zwischen Vergangenheitsbewältigung und Zukunftsgestaltung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Bündnis 90 / Die Grünen in den neuen Bundesländern. Eine Textsammlung, Berlin / Potsdam, S. 6-31
- Zeuner, B. / Wischermann, J. / Kux, U. / Vogelsang, L.: 1995: Rot - Grün in den Kommunen. Opladen